



Katastrophenforschungsstelle



Das Hochwasser 2013 im Elbe-Havel-Land aus Sicht der Bevölkerung

Forschungsbericht zur quantitativen Datenerhebung

KFS Working Paper Nr. 04

Jessica Reiter
Bettina Wenzel, Dr.
Cordula Dittmer, Dr.
Daniel F. Lorenz
Martin Voss, Prof. Dr.

© 2017 KFS.

Für den Inhalt des Dokuments sind allein die Autor*innen verantwortlich. Jede kommerzielle Nutzung der Dokumente, auch von Teilen und Auszügen, ist ohne vorherige Zustimmung und Absprache mit den Autor*innen ausdrücklich verboten.

Zitierweise: Reiter, Jessica; Wenzel, Bettina; Dittmer, Cordula; Lorenz, Daniel F.; Voss, Martin (2017): Das Hochwasser 2013 im Elbe-Havel-Land aus Sicht der Bevölkerung. Forschungsbericht zur quantitativen Datenerhebung. KFS Working Paper 04. Berlin: KFS. Online verfügbar unter <http://www.polsoz.fu-berlin.de/ethnologie/forschung/arbeitsstellen/katastrophenforschung/publikationen/index.html>.

DOI: 10.17169/FUDOCS_document_000000027713

Katastrophenforschungsstelle (KFS)
Freie Universität Berlin
FB Politik- und Sozialwissenschaften
Carl-Heinrich-Becker-Weg 6-10
12165 Berlin

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung / Abstract.....	4
1) Einleitung.....	5
2) Datenerhebung und Stichprobenbeschreibung.....	7
3) Auswirkungen des Hochwassers und ihre subjektive Bewertung	11
4) Bewältigung und Verarbeitung drei Jahre nach dem Ereignis	14
5) Unterstützungsbedarfe während des Hochwassers und danach	16
6) Fehlende Unterstützung.....	22
7) Quellen der Unterstützung	25
8) Bewertung der Organisationen und Behörden des Bevölkerungsschutzes.....	30
9) Bewertung der Hilfe aus der Bevölkerung	32
10) Freiwilliges Engagement bei der Katastrophenbewältigung	35
11) Vorsorgeverhalten.....	37
12) Zusammenfassung und Ausblick	40
Anhang.....	42
Einzelübersichten nach Gemeinden.....	42
Literaturverzeichnis.....	61
Impressum.....	62
Die Autor*innen	63
Danksagung	63

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Verteilung der befragten Haushalte auf die Gemeinden.....	7
Abbildung 2: Alter der Befragten im Vergleich zur Grundgesamtheit	8
Abbildung 3: Höchster beruflicher Bildungsabschluss der Befragten	9
Abbildung 4: Erwerbsstatus der Befragten	9
Abbildung 5: Haushaltseinkommen der Befragten	10
Abbildung 6: Verteilung materieller und finanzieller Schäden	12
Abbildung 7: Verteilung immaterieller Schäden und Beeinträchtigungen	12
Abbildung 8: Bewertung materieller und nicht-materieller Auswirkungen.....	13
Abbildung 9: Handlungsfähigkeit bei der Bewältigung des Hochwassers.....	14
Abbildung 10: Verarbeitung des Hochwassers.....	14
Abbildung 11: Evakuierung und Verbleib von zur Evakuierung aufgeforderten Personen	16
Abbildung 12: Unterbringung während des Hochwassers.....	17
Abbildung 13: Rückkehr nach der Evakuierung.....	17
Abbildung 14: Informationsbedarf während des Hochwassers und danach	18
Abbildung 15: Bedarf an Sachleistungen während des Hochwassers und danach.....	19
Abbildung 16: Bedarf an medizinischer Unterstützung während des Hochwassers und danach.....	19
Abbildung 17: Bedarf an psychosozialer Unterstützung während des Hochwassers und danach	20
Abbildung 18: Unterstützungsbedarf drei Jahre nach dem Hochwasser.....	20
Abbildung 19: Unterstützungsbedarf drei Jahre nach dem Hochwasser nach Bereichen.....	21
Abbildung 20: Überblick über fehlende Unterstützung	22
Abbildung 21: Wichtigste Informationsquellen	26
Abbildung 22: Wichtigste Quellen materieller Hilfe	27
Abbildung 23: Wichtigste Quellen medizinischer Unterstützung	28
Abbildung 24: Wichtigste Quellen psychosozialer Unterstützung.....	29
Abbildung 25: Erfahrungen mit Institutionen im Hochwasser 2013.....	30
Abbildung 26: Veränderung des Vertrauens in Institutionen nach dem Hochwasser.....	31
Abbildung 27: Vertrauen in Institutionen	31
Abbildung 28: Unterstützung für andere Personen oder Organisationen durch die Bevölkerung.....	32
Abbildung 29: Hilfeverhalten der Bevölkerung	33
Abbildung 30: Einschätzung der Nachbarschaft in der Katastrophe.....	34
Abbildung 31: Veränderungen in der Nachbarschaft nach dem Hochwasser	34
Abbildung 32: Einschätzung des Nutzens freiwilligen Engagements für Katastrophenbewältigung....	35
Abbildung 33: Formen freiwilligen Engagements in der Gemeinde	36
Abbildung 34: Veränderung des Vereinslebens nach dem Hochwasser.....	36
Abbildung 35: Bewertung des Nutzens eigener Schutzmaßnahmen.....	38
Abbildung 36: Veränderung von Gefahrenbewusstsein und Schutzvorkehrungen	38
Abbildung 37: Informationsverhalten	39
Abbildung 38: Wahrnehmung von Gefahren und Alltagsorgen in der Gesamtschau	39
Abbildung 39: Verteilung materieller Schäden (nach Gemeinden)	42
Abbildung 40: Verteilung immaterieller Auswirkungen (nach Gemeinden)	42
Abbildung 41: Evakuierungsaufforderung (nach Gemeinden).....	43
Abbildung 42: Verlassen des Hauses (nach Gemeinden).....	43
Abbildung 43: Anteil der Evakuierten im Überschwemmungsgebiet (nach Gemeinden)	44
Abbildung 44: Rückkehr nach der Evakuierung (nach Gemeinden).....	44
Abbildung 45: Hilfebedarf drei Jahre nach dem Hochwasser (nach Gemeinden)	45

Abbildung 46: Nützlichste Informationsquellen während des Hochwassers (nach Gemeinden).....	46
Abbildung 47: Nützlichste Informationsquellen nach dem Hochwasser (nach Gemeinden)	46
Abbildung 48: Nützlichste materielle Unterstützung während des Hochwassers (nach Gemeinden)	47
Abbildung 49: Nützlichste materielle Unterstützung nach dem Hochwasser (nach Gemeinden).....	47
Abbildung 50: Nützlichste psychosoziale Unterstützung während des Hochwassers (nach Gemeinden)	48
Abbildung 51: Nützlichste psychosoziale Unterstützung nach dem Hochwasser (nach Gemeinden)..	48
Abbildung 52: Nützlichste medizinische Unterstützung während des Hochwassers (nach Gemeinden)	49
Abbildung 53: Nützlichste medizinische Unterstützung nach dem Hochwasser (nach Gemeinden) ...	49
Abbildung 54: Einschätzung der Behördenkompetenz in der Katastrophe (nach Gemeinden)	50
Abbildung 55: Einschätzung der Versorgung durch Behörden in der Katastrophe (nach Gemeinden)	50
Abbildung 56: Einschätzung der Vorbereitung der Hilfsorganisationen (nach Gemeinden)	51
Abbildung 57: Einschätzung der Unterstützung durch Hilfsorganisationen (nach Gemeinden)	51
Abbildung 58: Änderung des Vertrauens in Organisationen und Behörden (Kamern).....	52
Abbildung 59: Änderung des Vertrauens in Organisationen und Behörden (Klietz)	52
Abbildung 60: Änderung des Vertrauens in Organisationen und Behörden (Schollene).....	53
Abbildung 61: Änderung des Vertrauens in Organisationen und Behörden (Schönehausen).....	53
Abbildung 62: Änderung des Vertrauens in Organisationen und Behörden (Stadt Sandau)	54
Abbildung 63: Änderung des Vertrauens in Organisationen und Behörden Wust-Fischbeck)	54
Abbildung 64: Vertrauen in Behörden und Organisationen (Kamern)	55
Abbildung 65: Vertrauen in Behörden und Organisationen (Klietz)	55
Abbildung 66: Vertrauen in Behörden und Organisationen (Schollene).....	56
Abbildung 67: Vertrauen in Behörden und Organisationen (Schönhausen).....	56
Abbildung 68: Vertrauen in Behörden und Organisationen (Stadt Sandau).....	57
Abbildung 69: Vertrauen in Behörden und Organisationen (Wust-Fischbeck).....	57
Abbildung 70: Einschätzung der Unterstützung durch die Nachbarschaft (nach Gemeinden)	58
Abbildung 71: Einschätzung der Katastrophenbewältigung in der Nachbarschaft (nach Gemeinden)	58
Abbildung 72: Veränderung der Solidarität nach dem Hochwasser (nach Gemeinden)	59
Abbildung 73: Veränderung des Bewusstseins über Hochwassergefahr (nach Gemeinden)	59
Abbildung 74: Veränderung der eigenen Schutzvorkehrungen (nach Gemeinden)	60
Abbildung 75: Veränderung des staatlichen Hochwasserschutzes (nach Gemeinden).....	60

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Fehlende Informationen während des Hochwassers und danach	23
Tabelle 2: Fehlende materielle und finanzielle Unterstützung während des Hochwassers und danach	24
Tabelle 3: Einschätzung des Nutzens von freiwilligem Engagement für die Katastrophenbewältigung.....	35
Tabelle 4: Getroffene Maßnahmen vor dem Hochwasser	37

Zusammenfassung / Abstract

Das Hochwasser 2013 im Elbe-Havel-Land aus Sicht der Bevölkerung. Forschungsbericht zur quantitativen Datenerhebung

Zusammenfassung: Im Sommer 2013 wurde die Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land in Sachsen-Anhalt während des Elbehochwassers nach einem Deichbruch weiträumig überflutet: Häuser, Straßen und Grundstücke wurden zerstört. Der Bericht beleuchtet die Folgen des Hochwassers 2013 und ihre Bewältigung aus Sicht der Bewohner*innen, basierend auf Ergebnissen einer quantitativen Bevölkerungsbefragung drei Jahre nach dem Ereignis. Ausgehend von erlebten materiellen und immateriellen Auswirkungen und dem Stand der Verarbeitung des Ereignisses, wird der Bedarf an Unterstützung aufgezeigt, fehlende Hilfeleistungen identifiziert und die Bedeutung verschiedener Akteure im Verlauf der Katastrophe dargestellt. Dabei zeigen sich insbesondere zeitliche Variationen der Hilfebedarfe und ein anhaltender Bedarf an Unterstützung sowie Nachwirkungen des Ereignisses bis zum Zeitpunkt der Befragung.

Schlüsselwörter: Hochwasser 2013; quantitative Bevölkerungsbefragung, Unterstützungsbedarf; Auswirkung auf Lebensumstände

The 2013 Flood in the community of Elbe-Havel-Land in the eyes of the population. Research report of the quantitative survey

Abstract: During the 2013 European floods, the municipalities of the Elbe-Havel-Land in Saxony-Anhalt were flooded after mass of water of the Elbe River caused a levee to break; houses, streets and plots of land were destroyed. This report, based on the results of a quantitative survey carried out three years after the event, shines light on the effects of the 2013 Flood, and how well, according to the perception of residents, the disaster has been dealt with. Based on personally experienced material and immaterial impacts and on the state of psychological recuperation, we highlight the need for further support needed, identify what kinds of aid have been missing, and illustrate the relative importance of different actors throughout the disaster. The results indicate that the need for assistance varies especially with regard to time, that after-effects continued to linger at the time of questioning, and that accordingly there is a continued need for support.

Keywords: 2013 European floods, quantitative survey, need for support, impact on living conditions

1) Einleitung

Während des Elbehochwassers 2013 brach am 10. Juni ein Deich in Fischbeck und eine Vielzahl an Orten in der Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land, eine überwiegend ländlich geprägte und dünn besiedelte Region östlich der Elbe in Sachsen-Anhalt, wurde überflutet. Obwohl einige Orte komplett von der Außenwelt abgeschnitten waren, widersetzten sich viele der Bewohnerinnen und Bewohner den von behördlicher Seite angeordneten Evakuierungen, um ihr Hab und Gut zu retten und organisierten ihr Leben autark (Dittmer et al. 2016). Zum Teil traf erst nach zwei Wochen Hilfe von außen durch die Organisationen des Katastrophenschutzes wie das Technische Hilfswerk (THW), das Deutsche Rote Kreuz (DRK), die Johanniter (JUH) oder auch die eingesetzte Bundeswehr ein. Andere, die der Aufforderung zur Evakuierung gefolgt waren und in privaten Unterkünften oder in Notunterkünften in Stendal, Jerichow oder Havelberg unterkamen, kehrten nach Wochen in teils kaum bewohnbare Wohnungen und Häuser zurück. Einige Hilfsorganisationen waren bis Ende 2016 vor Ort und unterstützten die Menschen u.a. mit Rechtsberatungen oder psychosozialer Nachsorge. Für viele insbesondere der stark betroffenen Menschen vor Ort ist auch drei Jahre danach die materielle, v.a. aber die psychosoziale Be- und Verarbeitung dieses Ereignisses nicht abgeschlossen (Dittmer et. al 2016).

Im Rahmen des Projektes INVOLVE¹ wurde von der Katastrophenforschungsstelle (KFS) in den Jahren 2015/16 in der betroffenen Verbandsgemeinde eine qualitative und quantitative Feldstudie mit Expert*inneninterviews, Interviews mit Betroffenen, Stakeholderworkshops, Gruppendiskussionen sowie eine quantitative Bevölkerungsbefragung durchgeführt. Das besondere Interesse lag darin, die Bedürfnisse und Selbsthilfekapazitäten in der Bevölkerung im Katastrophenfall zu erfassen, um diese in zukünftigen ähnlichen Lagen durch entsprechende Hilfsangebote besser bewältigen zu können. So wurden die Lebensumstände der Betroffenen vor, während und nach der Katastrophe ebenso abgefragt wie erhaltene und benötigte Hilfeleistungen sowie die Bedeutung von sozialen Netzwerken. Durch Expert*inneninterviews mit Hilfsorganisationen und Stakeholderworkshops wurde diese Perspektive um eine professionelle Wahrnehmung ergänzt.

Der vorliegende Bericht umfasst primär deskriptive Ergebnisse der quantitativen Erhebung, weitere insbesondere qualitative Ergebnisse und Informationen zum Vorgehen sind u.a. in Dittmer et al. (2016); Reiter et al. (2017); Wenzel et al. (2016) sowie in diversen Artikeln der lokalen Tageszeitung „Volksstimme“ nachzulesen.

Der Bericht beginnt mit einem kurzen Überblick über die Datenerhebung und die Zusammensetzung der Stichprobe (Kapitel 2). Für ein breites Verständnis der Katastrophe werden die Auswirkungen des Hochwassers aus Sicht der Betroffenen aufgezeigt (Kapitel 3) und dargelegt, wie sich die Bewältigung und Verarbeitung des Ereignisses drei Jahre nach dem Hochwasser darstellt (Kapitel 4). Anschließend werden die konkreten Hilfebedarfe der Bevölkerung im Verlauf der Katastrophe beleuchtet. Dabei wird beschrieben, welche Unterstützung von Betroffenen benötigt wurde (Kapitel 5), welche Unterstützung gefehlt hat (Kapitel 6) und woher die Betroffenen die nützlichste Unterstützung bekommen haben (Kapitel 7). Wie die Unterstützung durch Behörden und Organisationen des Katastrophenschutzes

¹ Neben der Katastrophenforschungsstelle (KFS) sind an dem Projekt die Forschungsstelle Interkulturelle Arbeitswelten (FINKA) der Universität Jena sowie das Deutsche Rote Kreuz (DRK) beteiligt. Mehr zum Projekt unter www.involve-project.com.

einerseits und Hilfe aus der Bevölkerung andererseits wahrgenommen und bewertet wurde und wie sich die Erfahrungen auswirken wird in Kapitel 8 und 9 weiter analysiert. Kapitel 10 befasst sich mit dem Nutzen freiwilligen Engagements für die Katastrophenbewältigung. Kapitel 11 gibt einen Einblick in das Vorsorgeverhalten der Bevölkerung im Kontext des Hochwassers 2013 und im Hinblick auf aktuelle Einschätzungen. Kapitel 12 fasst die Ergebnisse abschließend zusammen. Im Anhang finden sich zusätzliche Diagramme, die die im Bericht dargestellten Ergebnisse nach Gemeinden differenziert darstellen.²

² Die Prozentzahlen in den einzelnen Diagrammen weisen die errechneten Werte ohne Nachkommastellen aus. Durch Rundungen kann die Summe daher geringfügig von 100 Prozent abweichen.

2) Datenerhebung und Stichprobenbeschreibung

Die quantitative Befragung fand drei Jahre nach dem Ereignis im Zeitraum von Juli bis Oktober 2016 statt. Dafür wurden mit der Unterstützung von Studierenden etwa 1500 Fragebögen über ein Random-Route Zufallsverfahren in der Verbandsgemeinde verteilt, die postalisch zurückgesendet werden konnten. Zudem wurden ca. 60 Haushalte persönlich vor Ort befragt. Weiterhin bestand die Möglichkeit, online an der Befragung teilzunehmen. Zielgruppe der Befragung waren alle Bewohner der Verbandsgemeinde über 18 Jahre. Es konnte mit einer Quote von 17 Prozent ein vergleichsweise hoher Rücklauf erzielt werden. Nach Bereinigung lagen 255 Datensätze zur Auswertung vor.

Abbildung 1 zeigt den Rücklauf verteilt auf die Gemeinden. Die Stichprobe ist ausgewogen über die Verbandsgemeinde verteilt, wobei aus den stärker betroffenen Regionen höhere Rückläufe zu verzeichnen sind.

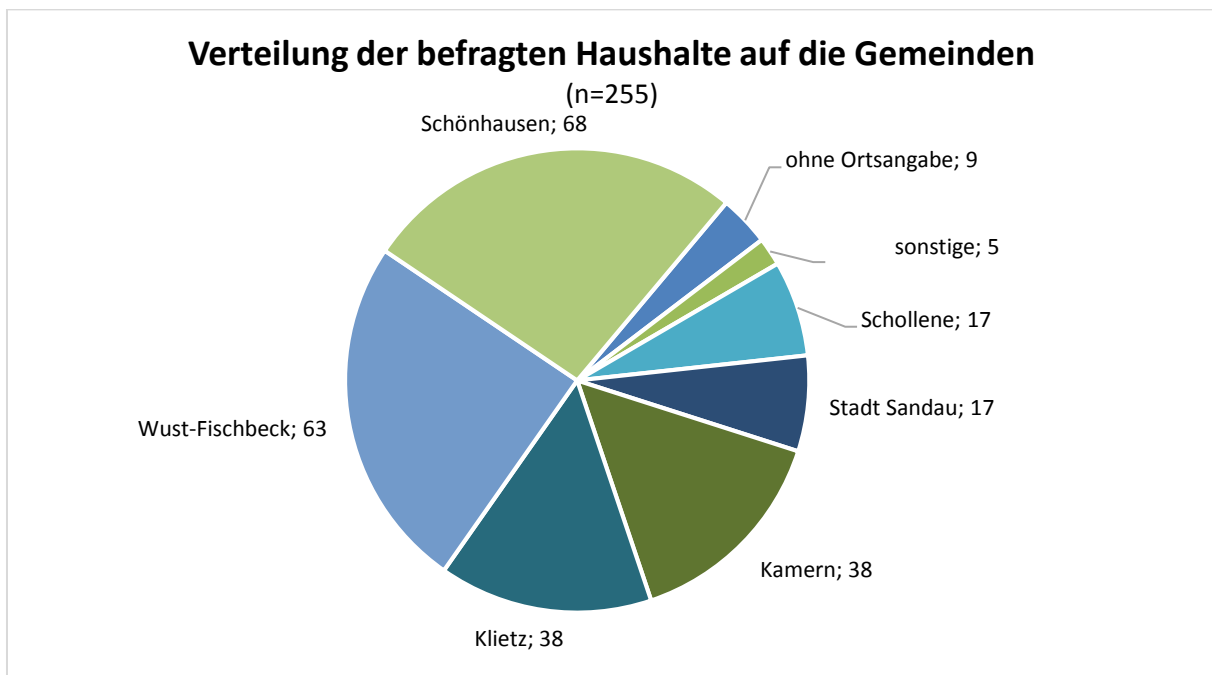


Abbildung 1: Verteilung der befragten Haushalte auf die Gemeinden

Die Stichprobe bildet alle Altersgruppen über 18 Jahre ab. Das Durchschnittsalter der Befragten beträgt 56 Jahre. Beim Vergleich der Altersklassen der Stichprobe mit der Grundgesamtheit (Abbildung 2) wird deutlich, dass an der Befragung überdurchschnittlich viele ältere Personen (50 bis >80 Jahre) teilgenommen haben und die Altersklasse der 20- bis 29-jährigen sowie der 40- bis 49-jährigen unterrepräsentiert ist. Die Altersverteilung spiegelt sich auch in einer überproportionalen Repräsentation von Zweipersonenhaushalten ohne Kinder gegenüber Singlehaushalten und Haushalten mit Kindern wider.

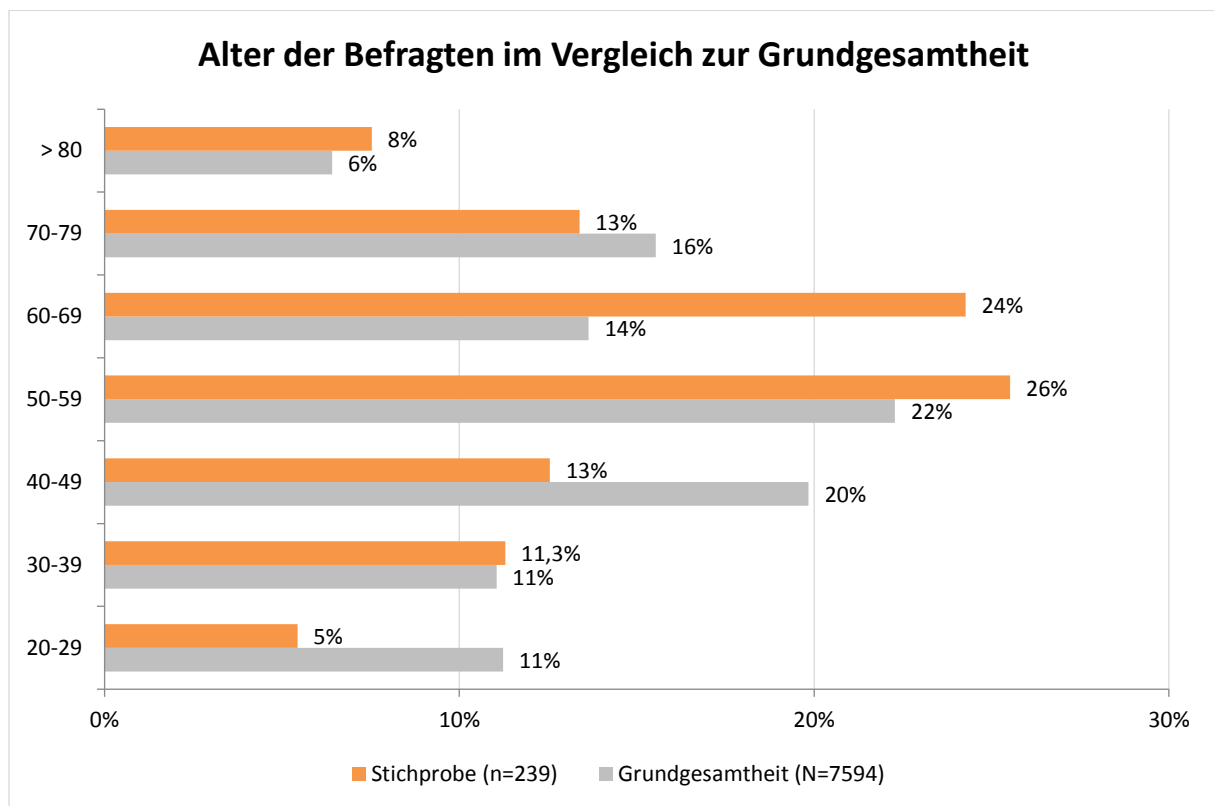


Abbildung 2: Alter der Befragten im Vergleich zur Grundgesamtheit

(Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2014).

Zudem beantworteten insgesamt mehr Frauen (60 Prozent) als Männer (40 Prozent) den Fragebogen, während das Geschlechterverhältnis in der Verbandsgemeinde gemäß den Angaben im Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt (2014) mit 49 Prozent Frauen zu 51 Prozent Männer relativ ausgeglichen ist.

Zum Bildungshintergrund und zur Einkommenssituation liegen auf Gemeindeebene keine vergleichenden Angaben aus der Bevölkerungsstatistik vor. Fast die Hälfte aller Befragten verfügt über eine abgeschlossene Lehre als höchste Berufsausbildung, mit Abstand gefolgt von Personen mit Hochschulabschluss (18 Prozent), Meisterbrief (15 Prozent) und Fachhochschul- und Ingenieursabschluss (15 Prozent) (Abbildung 3).

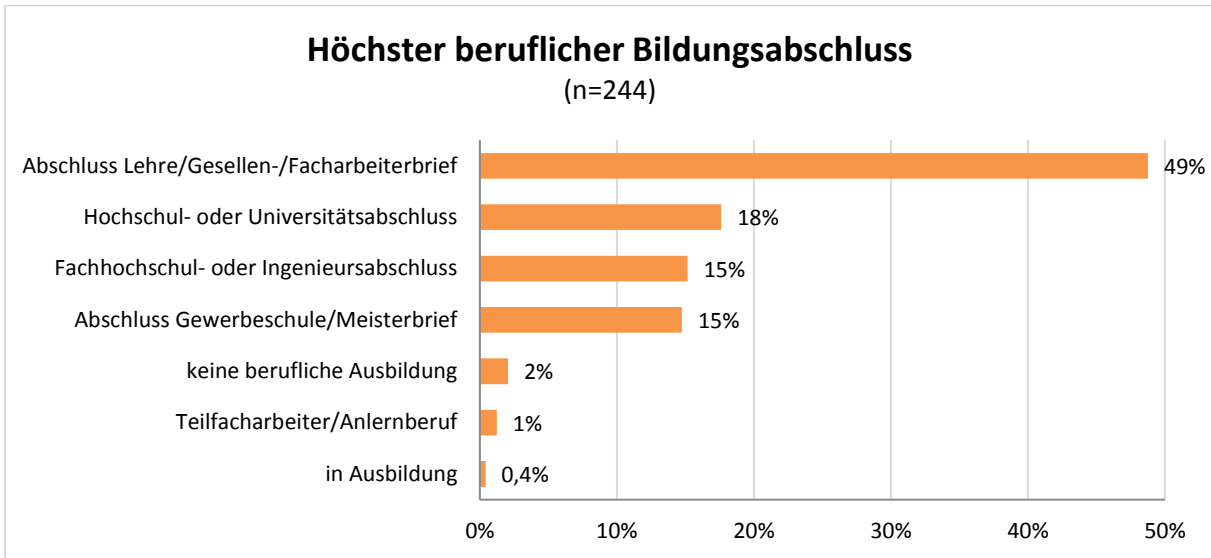


Abbildung 3: Höchster beruflicher Bildungsabschluss der Befragten

Bezogen auf die Erwerbstätigkeit sind in der Stichprobe in Vollzeit Erwerbstätige (38 Prozent) und Rentner*innen (32 Prozent) am stärksten vertreten (Abbildung 4).

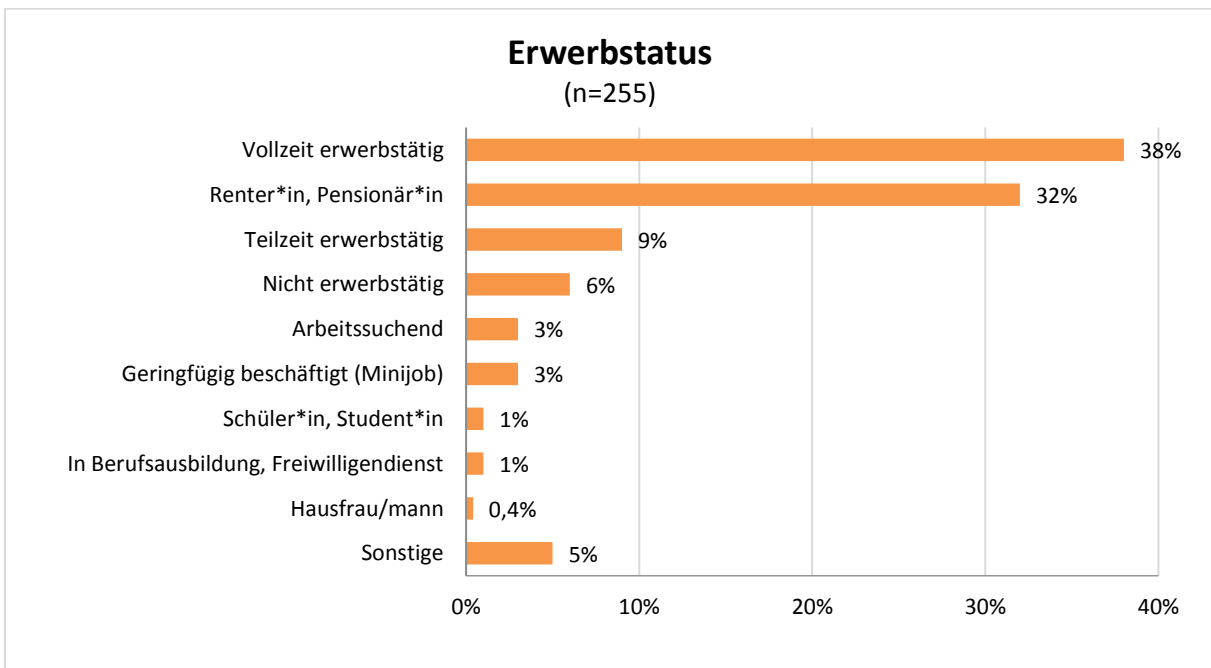


Abbildung 4: Erwerbstatus der Befragten

Die Frage nach dem monatlichen Haushaltseinkommen (Nettoeinkünfte abzüglich Steuern und Sozialabgaben, Abbildung 5) wurde von etwa 85 Prozent der Befragten beantwortet. Der überwiegende Teil ordnete sich zwischen 1000 und 3000 Euro pro Monat ein. Etwa 16 Prozent der Haushalte stehen monatlich weniger als 1000 Euro zur Verfügung. Weniger als drei Prozent der befragten Haushalte verfügen über ein monatliches Einkommen von über 5000 Euro.

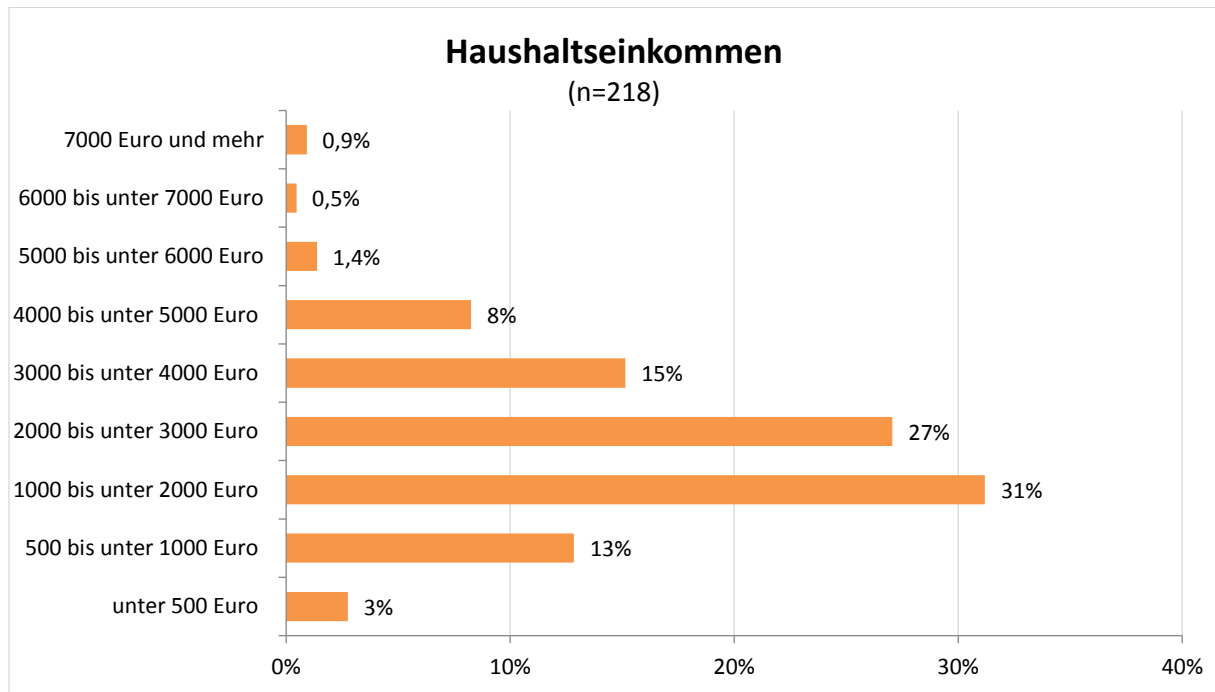


Abbildung 5: Haushaltseinkommen der Befragten

3) Auswirkungen des Hochwassers und ihre subjektive Bewertung

Das Ausmaß einer Katastrophe wie das Hochwasser 2013 wird häufig mit Schadenssummen beziffert und eingeordnet. Gleichwohl eine abschließende Bewertung noch aussteht, wird die Gesamtschadensbilanz des am stärksten betroffenen Bundeslandes Sachsen-Anhalt auf 1,5 bis 2 Mrd. Euro geschätzt (Stand 2013) (Landesregierung Sachsen-Anhalt 2014). Diese Zahlen umfassen direkte Schäden von Privatleuten, Unternehmen und Betrieben sowie Schäden an staatlicher Infrastruktur. Für die Betroffenen in der Region stehen dahinter jedoch weitere, sehr vielfältige Auswirkungen. Sie reichen von Einschränkungen der Versorgung über starke psychische Belastungen bis hin zu gesundheitlichen Langzeitfolgen. Diese sind oft weder sichtbar noch im Einzelnen quantifizierbar. Um ein umfassendes Bild der Katastrophe zu erhalten, wurden in der vorliegenden Studie daher ergänzend zu den materiellen und finanziellen Schäden auch nicht-materielle Auswirkungen erhoben. Gleichzeitig wurden die Befragten gebeten, ihre Angaben zu spezifizieren und zu bewerten, wie schlimm die verschiedenen Auswirkungen empfunden wurden.

Die Verteilung der materiellen und finanziellen Schäden (Abbildung 6)³ zeigt, dass Grundstücke (49 Prozent) und Keller (46 Prozent) am häufigsten betroffen waren. Der Anteil der Befragten, deren Wohnhäuser betroffen waren, lag bei rund 23 Prozent. Weiteres beschädigtes Eigentum umfasste vor allem andere Grünflächen, weiteres Wohneigentum sowie diverse Nebengebäude wie Scheunen, Ställe, Garagen und Schuppen. Die materiellen Schäden traten jeweils zu unterschiedlichen Zeitpunkten auf – als direkte Folge der Überschwemmung, nach Rückgang des Hochwassers oder als Langzeitfolgen bis zum Zeitpunkt der Befragung (z.B. Absackungen, Risse in den Wänden, Schäden an der Bausubstanz, Schimmel, defekte Stromleitungen, Schäden an der Heizung). Verluste bei landwirtschaftlichen Gütern und Tieren benannten 18 Prozent der Befragten. Dies beinhaltet auch die zum Haushalt gehörenden Tiere (Haustiere und Nutztiere zur privaten Nutzung) sowie Lebensmittel- und andere Vorräte in Privathaushalten.

³ Die Verteilung der materiellen und nicht-materiellen Schäden innerhalb der Gemeinden sind in den Abbildungen 39 und 40 im Anhang dargestellt.

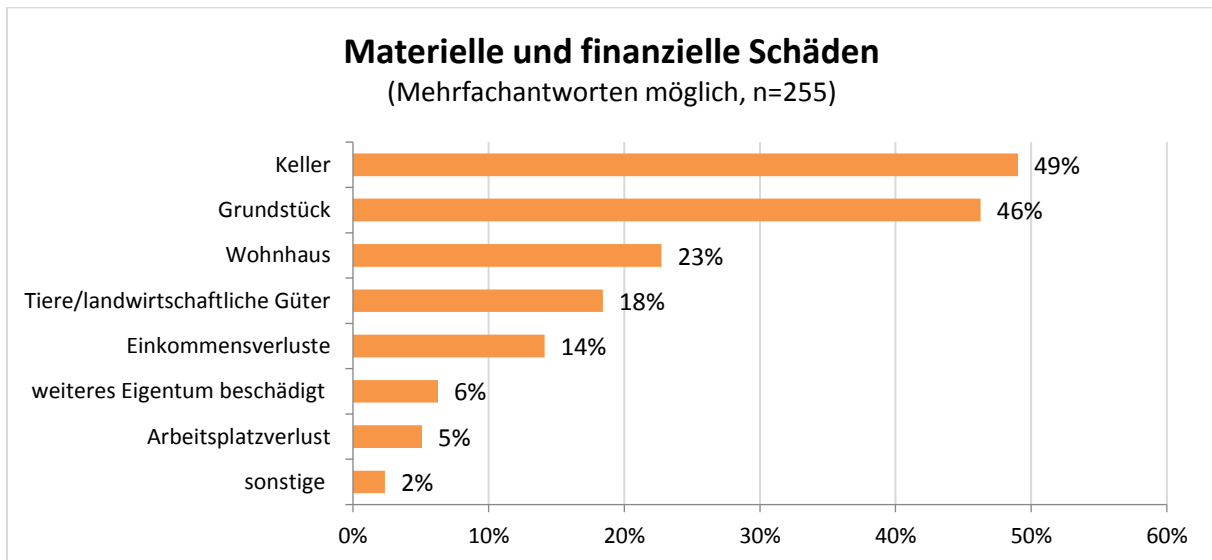


Abbildung 6: Verteilung materieller und finanzieller Schäden

Abbildung 7 zeigt eine Auswahl an immateriellen Folgen und ihre Verteilung innerhalb der Stichprobe. Hier ist v.a. die psychische Belastung zu nennen, von der 62 Prozent der Befragten betroffen waren. Sie umfasst die Angst um das eigene Leben, die Sorge um Mitmenschen, Ungewissheit und Hilflosigkeit in der Situation, Anspannung sowie die Sorge um Haus und Hof und betrifft insgesamt deutlich mehr Personen, als direkt materiell Betroffene. Weiterhin wurden Einschränkungen der Mobilität und Versorgung (47 Prozent) und gesundheitliche Auswirkungen benannt. Während Versorgungsprobleme mit dem Rückzug des Wassers relativ schnell behoben waren, zeigten sich insbesondere psychische Probleme oder auch gesundheitliche Effekte häufig erst mit Zeitverzug. Für etwa zehn Prozent der Befragten führte das Hochwasser zu gesundheitlichen Langzeitfolgen.

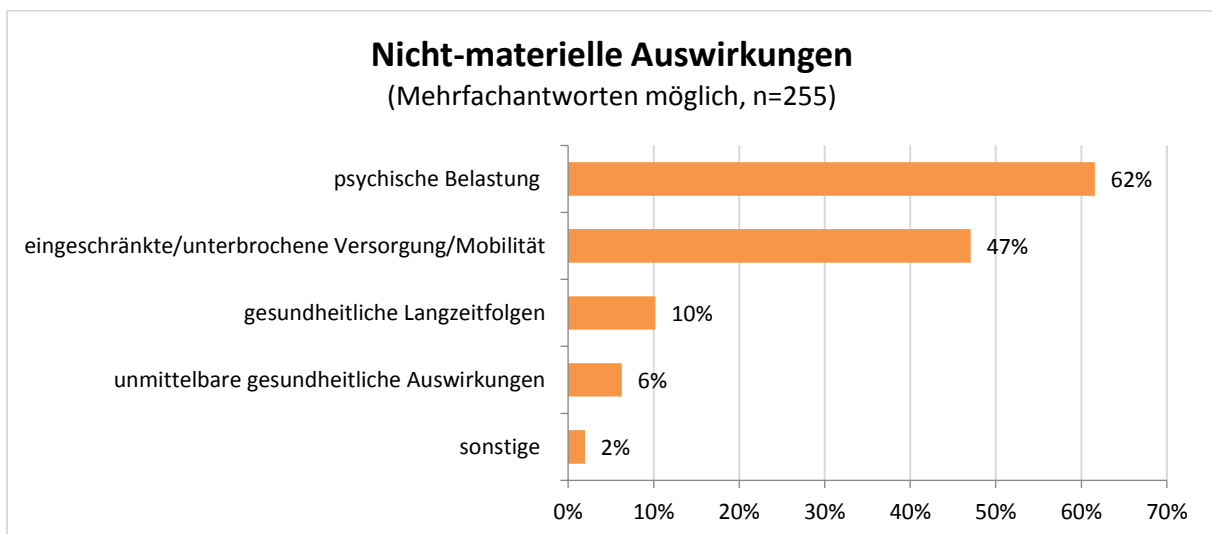


Abbildung 7: Verteilung immaterieller Schäden und Beeinträchtigungen

Wie die Betroffenen diese Auswirkungen erlebt und bewertet haben, ist in Abbildung 8 dargestellt. Dabei wurden die psychischen Auswirkungen am häufigsten (61 Prozent) als schlimm oder sehr schlimm bewertet. 57 Prozent gaben dies für materielle Schäden an.

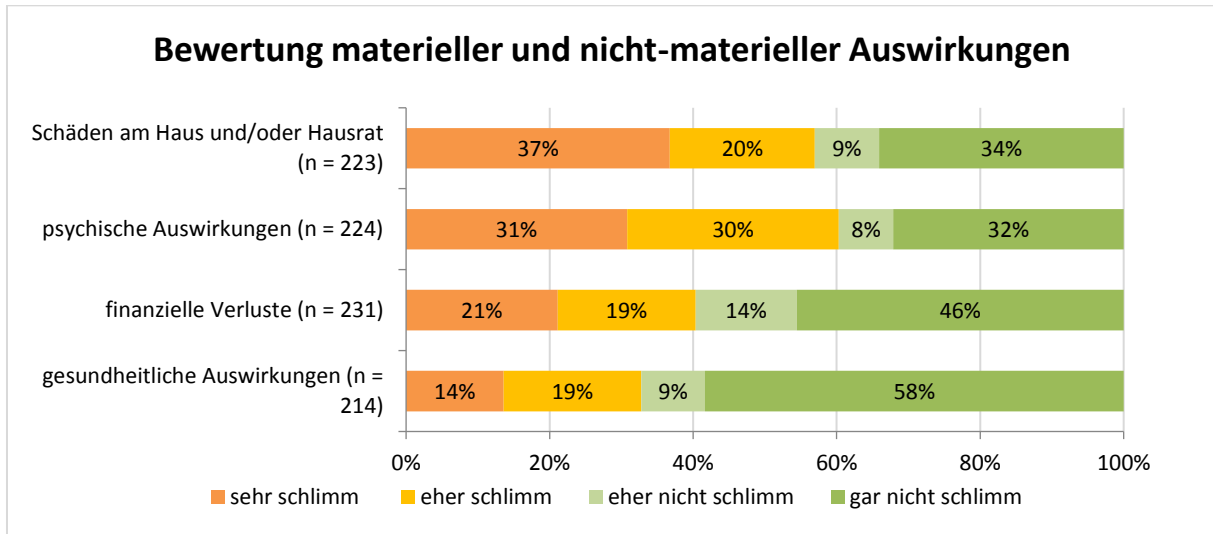


Abbildung 8: Bewertung materieller und nicht-materieller Auswirkungen

4) Bewältigung und Verarbeitung drei Jahre nach dem Ereignis

Ein Extremereignis wie das Hochwasser 2013 zu bewältigen, stellt eine große Herausforderung dar, die entsprechend viel Zeit benötigt. Um den Stand der Bewältigung innerhalb der Gemeinde zu erheben, wurden die Handlungsfähigkeit, die Rückkehr in den Alltag sowie die emotionale Verarbeitung über entsprechende Fragen abgebildet.

Im Rahmen der Befragung gaben 39 Prozent der Befragten an, eher nicht oder ganz und gar nicht in der Lage gewesen zu sein, das Ereignis mit „eigenen Mitteln“ erfolgreich zu bewältigen (Abbildung 9).

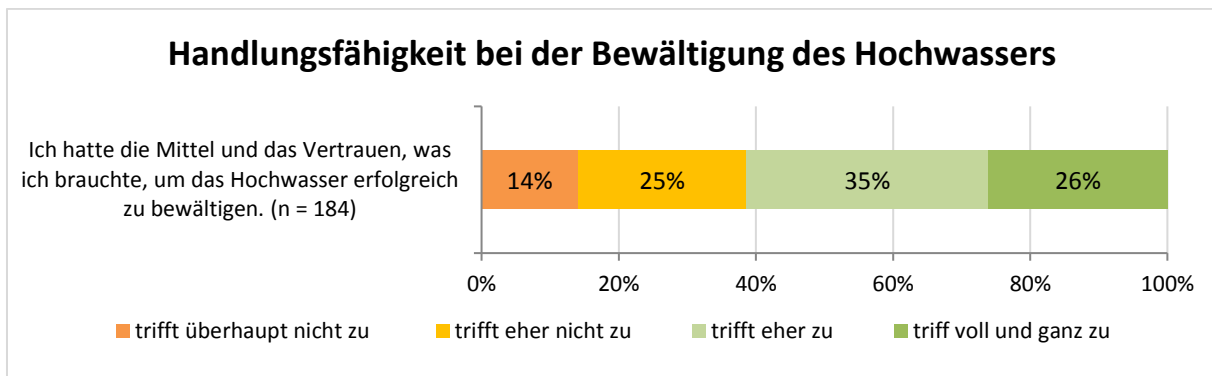


Abbildung 9: Handlungsfähigkeit bei der Bewältigung des Hochwassers

Während die große Mehrheit der Befragten (90 Prozent) zum Zeitpunkt der Erhebung ihren eigenen Alltag bereits wieder als „normalisiert“ bezeichnete, waren zehn Prozent der Befragten der Meinung, ihr Alltag sei bisher eher nicht oder überhaupt nicht normalisiert. Eine Rückkehr in den Alltag bedeutet wiederum nicht zwangsläufig, dass auch die emotionale Verarbeitung der Geschehnisse schon abgeschlossen ist: So fiel es 29 Prozent der Betroffenen zum Zeitpunkt der Befragung noch eher schwer oder sehr schwer, über das Hochwasser und die Verluste nachzudenken (Abbildung 10).

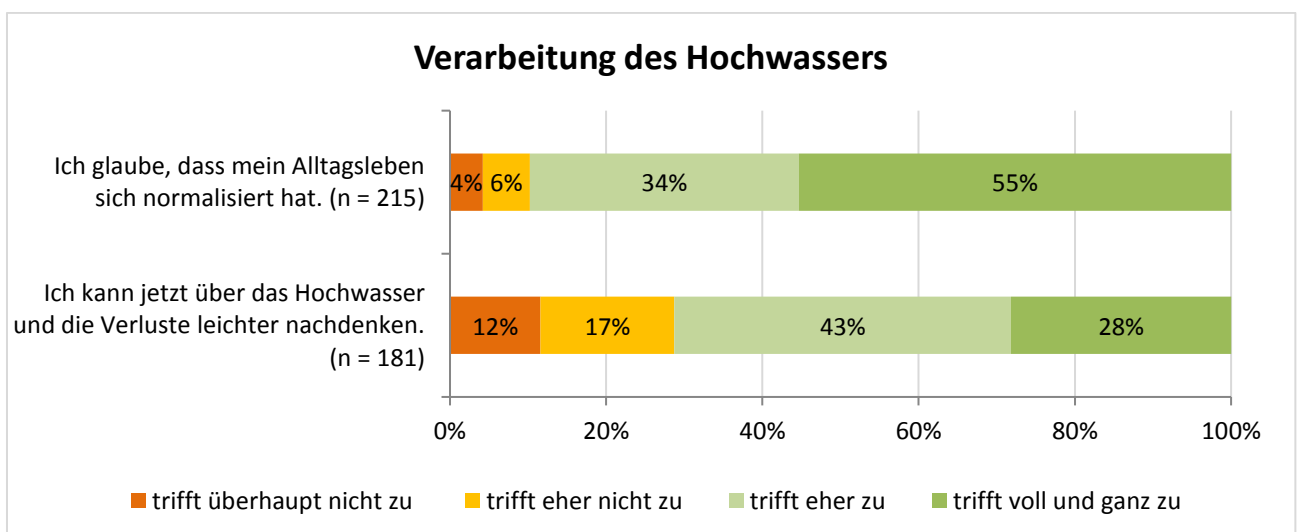


Abbildung 10: Verarbeitung des Hochwassers

Bei der Durchführung der persönlichen Befragung war zudem auffällig, dass knapp ein Drittel der persönlich angesprochenen Personen sich nicht beteiligen wollte, da sie nach eigenen Aussagen noch nicht über das Erlebte sprechen konnten. Bei der Beurteilung der erhobenen Daten muss demnach von einem sog. Dunkelfeld der Betroffenheit ausgegangen werden, da durch das Geschehene stark emotional belastete Personen nur unzureichend in dieser Studie repräsentiert sind.⁴

⁴ Dies gilt allerdings nicht nur für die vorliegende Studie. Es ist im Allgemeinen so, dass es eine deutliche Differenz gibt zwischen den in Statistiken und Befragungen erhobenen und den tatsächlichen Schäden (Lorenz et al. 2015).

5) Unterstützungsbedarfe während des Hochwassers und danach

Für Katastrophenschutzorganisationen ist es eine große Herausforderung, den von Katastrophen betroffenen Menschen angemessene Hilfeleistungen zur Verfügung zu stellen. Sie müssen schnell in zumeist unbekanntem Räumen Entscheidungen treffen, ohne viel Zeit zu haben, sich über die konkrete Lage zu informieren. Die Unterstützung umfasst die Evakuierung und Unterbringungen von Betroffenen sowie ihre Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung u. ä. während des Ereignisses und danach. Um ein besseres Verständnis der tatsächlichen Bedürfnisse von Betroffenen zu erhalten, wurde erhoben, welche Hilfe in welchem Maße im Verlauf der Katastrophe gebraucht wurde. Dabei wurden die Bereiche Information und Beratung, materielle und finanzielle Unterstützung, medizinische Versorgung sowie psychosoziale Unterstützung unterschieden.⁵

84 Prozent aller Befragten gaben an, dass sie zur Evakuierung aufgefordert wurden. Von den zur Evakuierung aufgeforderten Haushalten folgten 58 Prozent der Aufforderung, 20 Prozent verließen zwar ihre Häuser oder Wohnungen, gaben aber an, zumindest zeitweise an einem anderen Ort innerhalb des Überschwemmungsgebietes untergekommen zu sein. Ziele waren meist höher gelegene Regionen oder Ortschaften in weiterer Entfernung zur Deichbruchstelle. 23 Prozent blieben ganz in ihren Häusern. Somit blieben bis zu 43 Prozent der zur Evakuierung aufgeforderten Personen im Überschwemmungsgebiet und waren dort ggf. auf Versorgung angewiesen (Abbildung 11).

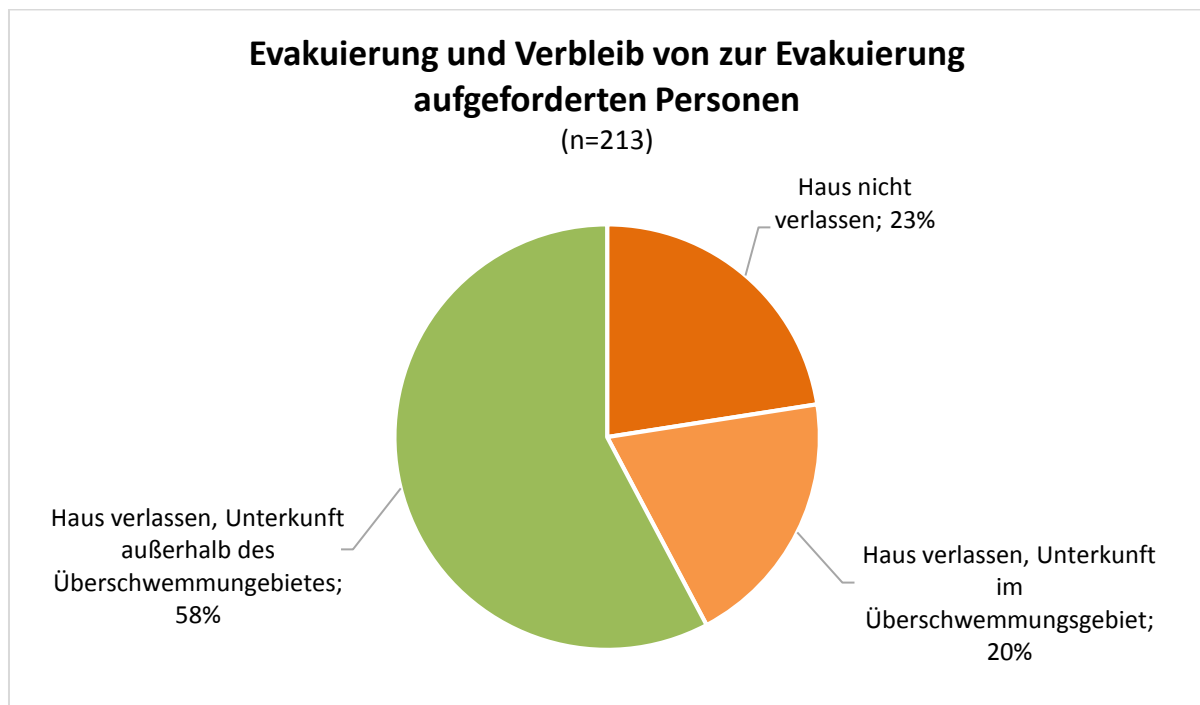


Abbildung 11: Evakuierung und Verbleib von zur Evakuierung aufgeforderten Personen

⁵ Angaben zur Evakuierung, Unterbringung und Rückkehr sowie zum Unterstützungsbedarf drei Jahre nach dem Hochwasser innerhalb der Gemeinden sind in den Abbildungen 41 bis 45 im Anhang dargestellt.

Die Befragung ergab, dass die große Mehrheit (77 Prozent) innerhalb des sozialen Umfeldes, also bei Verwandten, Freunden, Bekannten oder Nachbarn unterkam. Aber auch touristische Einrichtungen wie Ferienwohnungen, Hotels oder Campingplätze (19 Prozent) wurden als vorübergehende Unterkunft genutzt. Lediglich sechs Prozent der Befragten wohnten in einer Notunterkunft (Abbildung 12).

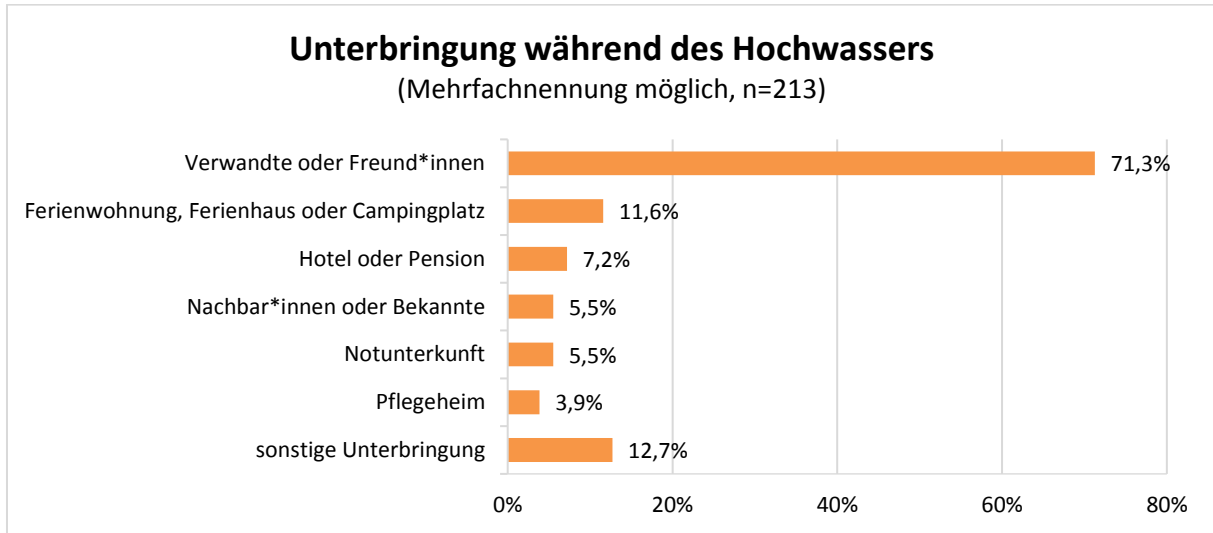


Abbildung 12: Unterbringung während des Hochwassers

Viele Evakuierte kehrten bereits nach einigen Tagen in ihr Haus oder ihre Wohnung zurück. Die meisten Betroffenen (81 Prozent) waren innerhalb weniger Wochen nach dem Hochwasser in ihre Wohnungen und Häuser zurückgekehrt, auch wenn diese teilweise nur eingeschränkt bewohnbar waren. Andere mussten länger in ihrer provisorischen Unterkunft bleiben: 13 Prozent einige Monate und drei Prozent der Befragten über ein Jahr. Zwei Prozent der Befragten konnten oder wollten gar nicht in ihr früheres Zuhause zurückkehren (Abbildung 13).

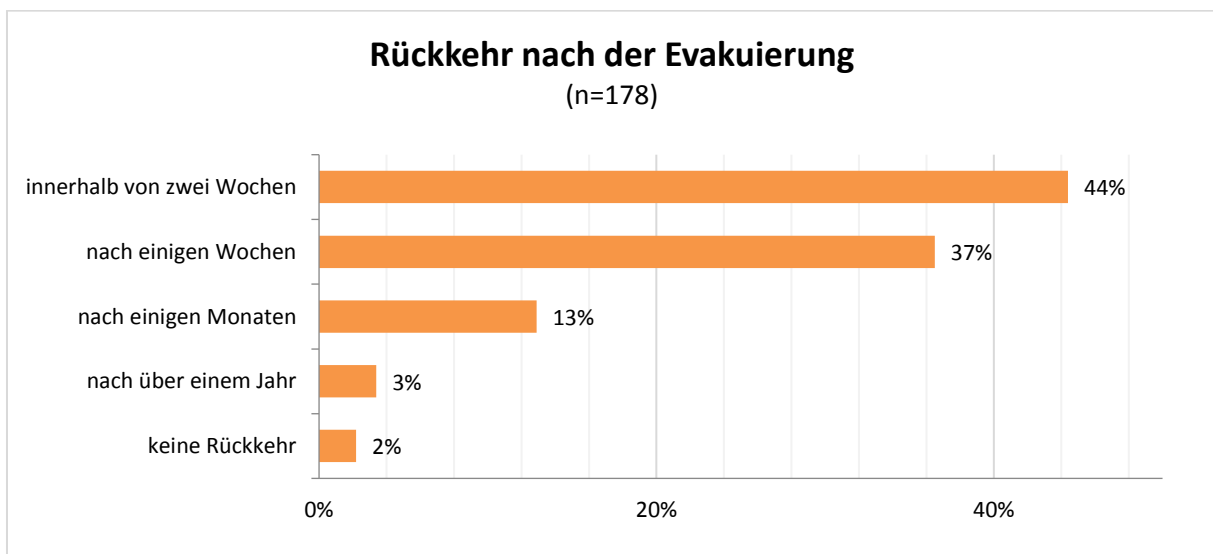


Abbildung 13: Rückkehr nach der Evakuierung

Sowohl während der Zeit des Hochwassers als auch danach waren die Betroffenen auf unterschiedliche Formen der Unterstützung angewiesen. Im Rahmen der Befragung wurde abgefragt, welche Hilfe sie zu den verschiedenen Zeitpunkten benötigt haben.⁶

Der am stärksten geäußerte Bedarf für die Betroffenen war der nach **Informationen** sowohl während des Hochwassers als auch danach (Abbildung 14). Dies betraf vor allem die Aufklärung über die Situation während des Ereignisses (69 Prozent). Nach dem Hochwasser stieg insbesondere der Bedarf an rechtlicher oder administrativer Beratung an (von 17 auf 37 Prozent).

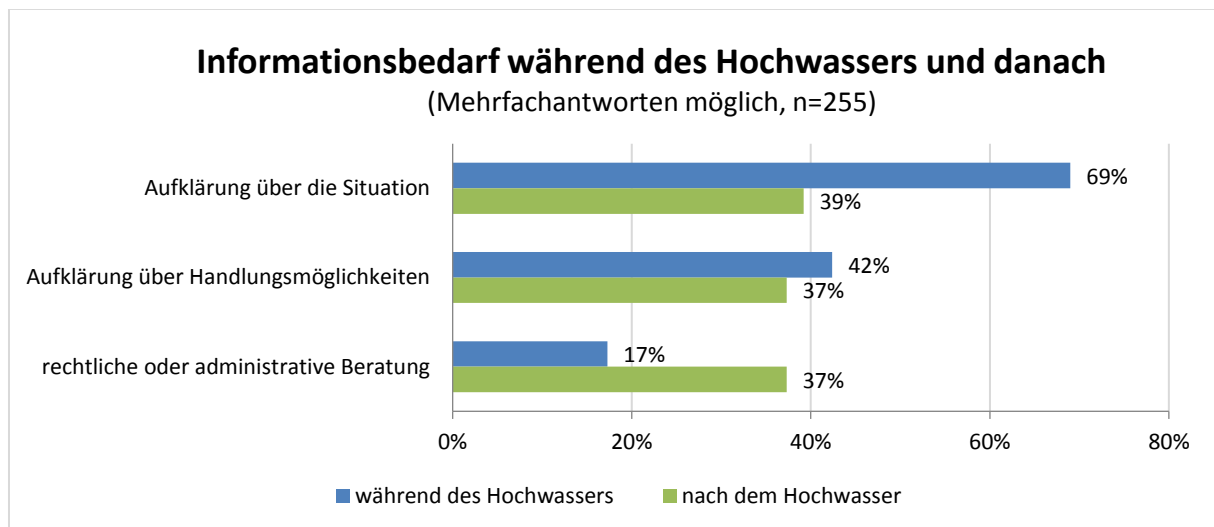


Abbildung 14: Informationsbedarf während des Hochwassers und danach

Der Bedarf an **Sachleistungen und finanziellen Hilfeleistungen** (Abbildung 15) verteilte sich wie folgt: Den größten Anteil machten Verpflegung (34 Prozent), Kleidung und Hygieneartikel (21 Prozent) sowie Bargeld (15 Prozent) während des Ereignisses aus, wobei der Bedarf an diesen Gütern nach dem Ereignis deutlich zurückging. Nach dem Ereignis wurden zunehmend Geräte und Maschinen für Aufräumarbeiten nachgefragt (16 Prozent).

⁶ Die Bewohner wurden gefragt, auf welche der genannten Unterstützungen sie angewiesen waren. Auf Grundlage der vorhandenen Daten kann hierbei nicht differenziert werden, inwieweit auch Unterstützungsbedarfe angegeben wurden, zu denen es kein Angebot gab oder ob sich die Angaben ausschließlich auf in Anspruch genommene Hilfe beziehen.

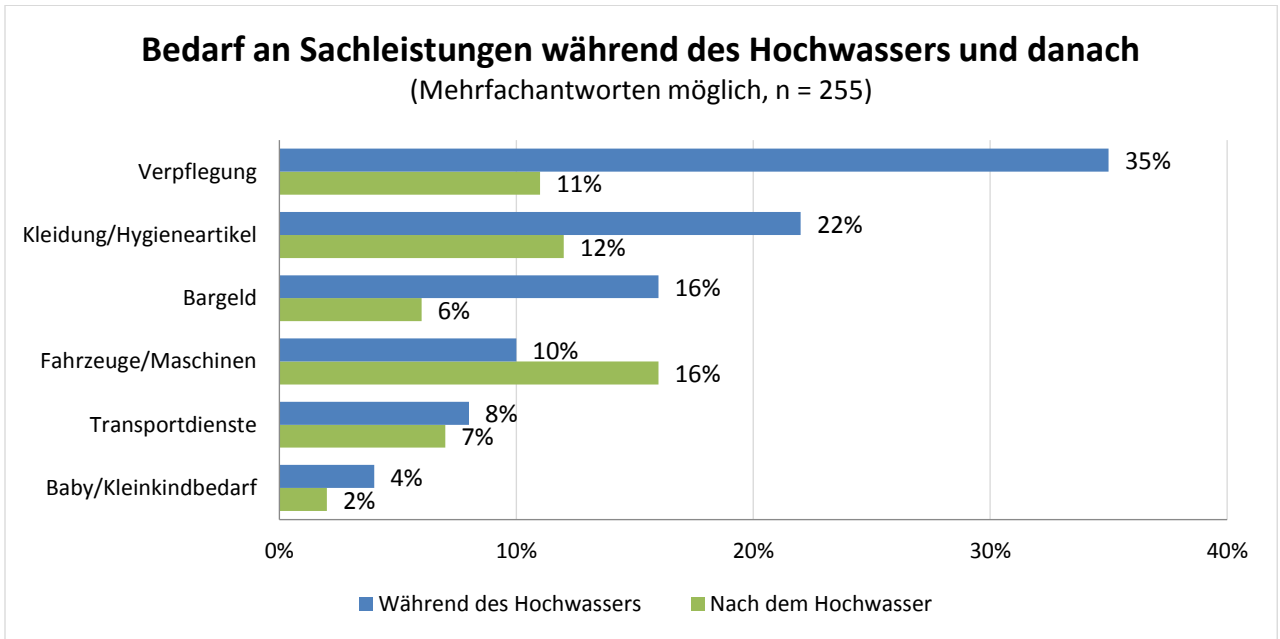


Abbildung 15: Bedarf an Sachleistungen während des Hochwassers und danach

Medizinischer Unterstützungsbedarf (Abbildung 16) wurde über den Bedarf an Medikamenten und Hilfsmitteln sowie ärztlicher und pflegerischer Versorgung abgefragt. Auf Medikamente und Hilfsmittel waren während des Hochwassers 22 Prozent, nach dem Hochwasser noch 14 Prozent der Befragten angewiesen. Ärztliche Hilfe und pflegerische Unterstützung variierten zeitlich nicht auffällig.

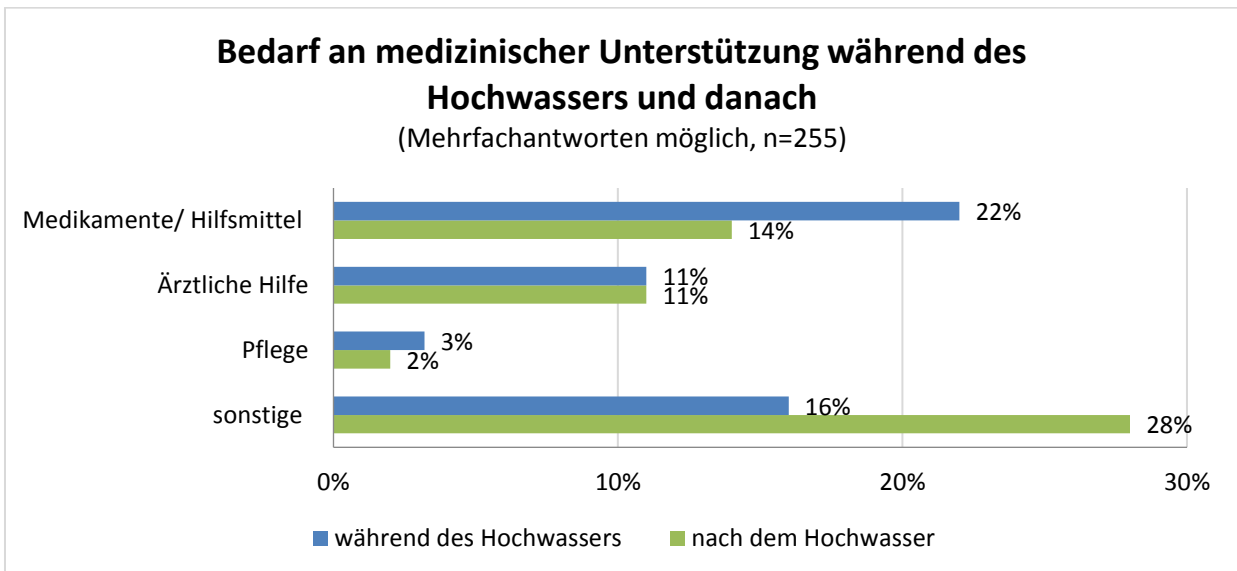


Abbildung 16: Bedarf an medizinischer Unterstützung während des Hochwassers und danach

Weniger offensichtlich zeigt sich der Bedarf an **psychosozialer Unterstützung** (Abbildung 17). Bei der Frage nach psychosozialer Unterstützung ging es zum einen um psychische und seelsorgerische Unterstützung bei der Bewältigung des Ereignisses, zum anderen um konkrete Hilfe, wie z.B. religiöse Angebote oder Betreuung von Kindern oder Freizeitangebote.

Einen Bedarf für psychische oder seelsorgerische Betreuung äußerten elf Prozent der Befragten für die Zeit während des Ereignisses. Dieser Bedarf stieg auf 14 Prozent für die Zeit nach dem Hochwasser. Lediglich zwei bis vier Prozent gaben an, während oder nach dem Ereignis Freizeitangebote oder Kinderbetreuung benötigt zu haben.

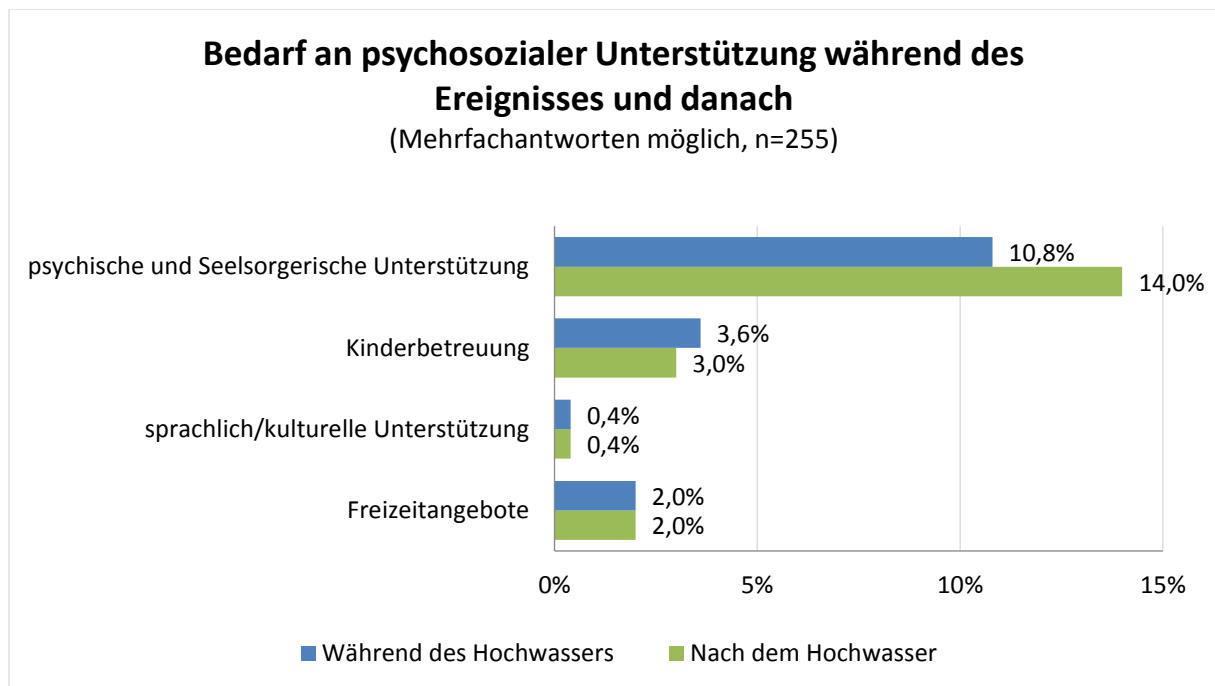


Abbildung 17: Bedarf an psychosozialer Unterstützung während des Hochwassers und danach

17 Prozent der Befragten waren auch drei Jahre nach dem Hochwasser noch auf Unterstützung angewiesen (Abbildung 18). Dies betrifft vor allem finanzielle, beratende und psychologische Hilfen (Abbildung 19).

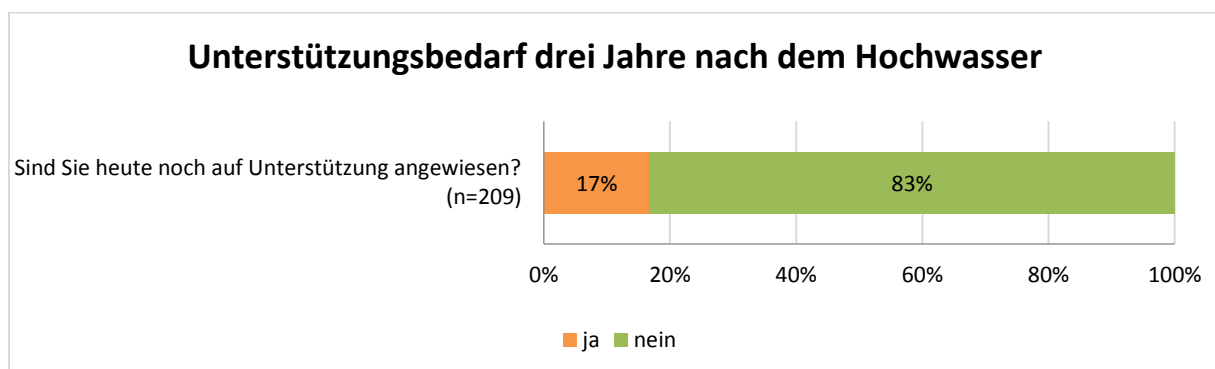


Abbildung 18: Unterstützungsbedarf drei Jahre nach dem Hochwasser

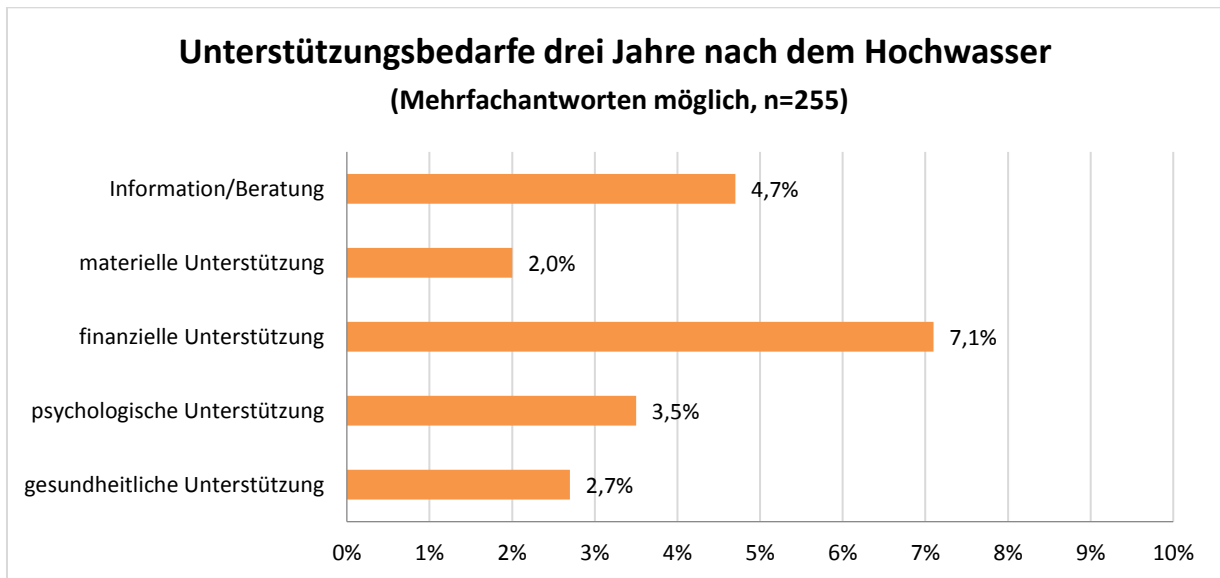


Abbildung 19: Unterstützungsbedarf drei Jahre nach dem Hochwasser nach Bereichen

6) Fehlende Unterstützung

Um Defizite bei der Unterstützung herauszuarbeiten, wurden Teilnehmer*innen gefragt, ob ihnen konkrete Unterstützung gefehlt hat und gebeten genau anzugeben, welche Unterstützung sie während des Ereignisses und welche Unterstützung sie nach dem Ereignis dringend gebraucht, aber nicht bekommen haben. Abbildung 20 zeigt einen Überblick über fehlende Hilfeleistungen.

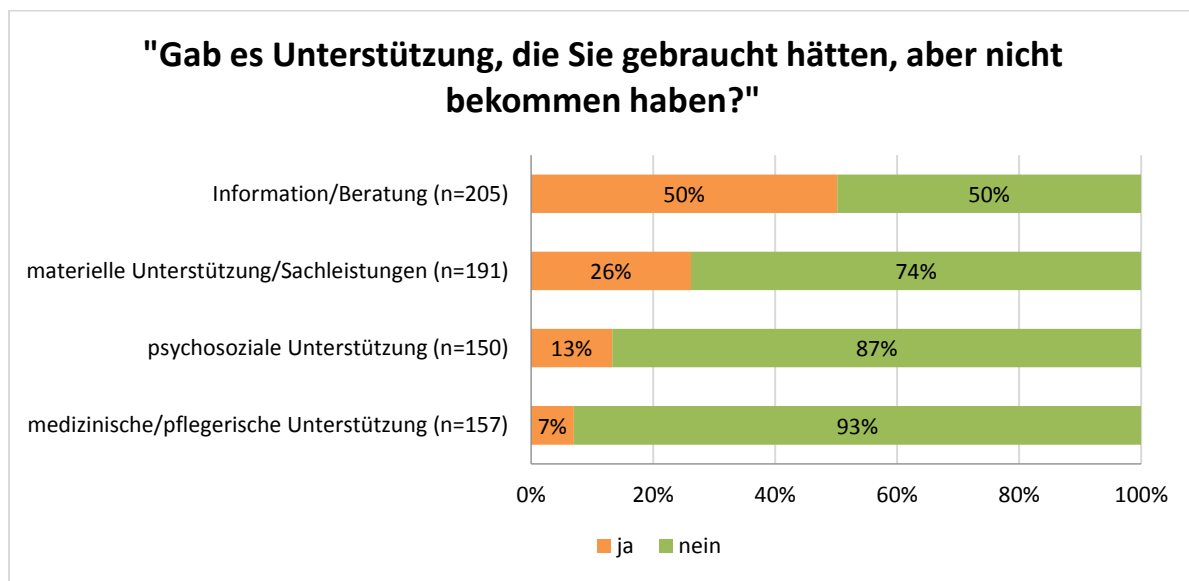


Abbildung 20: Überblick über fehlende Unterstützung

Insbesondere die Kommunikation der verantwortlichen Stellen mit der Bevölkerung wurde von vielen Befragten sowohl während als auch nach dem Ereignis als unzureichend wahrgenommen. So gab die Hälfte der Befragten (50 Prozent) an, dass ihnen generell **Informationen** fehlten, was nach Angaben der Befragten zu großer Verunsicherung und Hilflosigkeit führte (Abbildung 20). Insbesondere Informationen zur Lage, zur Evakuierung und zu Unterstützungsmöglichkeiten wurden vermisst (Tabelle 1). Wichtig war den Betroffenen dabei nicht nur eine objektive Lagebeschreibung, sondern auch eine Bewertung der Gefahren, sowohl unmittelbar vor dem Hochwasser und während des Hochwassers, als auch bezüglich potentieller Sekundärgefahren bspw. durch Kontaminierung. Den Befragten fehlten konkrete Informationen zum Ablauf der Evakuierung, insbesondere zur Unterbringung von Haus- und Nutztieren. Die nicht geregelte Versorgung der Tiere wurde vielfach als Grund für die Meidung von Notunterkünften bzw. die Weigerung zur Evakuierung angeführt. Mehrfach wurde der Wunsch nach einer zentralen Anlaufstelle für Informationen und Hilfe geäußert. Informationen wurden nach Angaben der Befragten lokal oft nur mündlich unter Nachbar*innen und Bekannten weitergegeben. Dies hatte zur Folge, dass insbesondere stark betroffene Menschen, die erst spät oder gar nicht in ihre Häuser zurückkehren konnten sowie Berufstätige, die überwiegend außerhalb der Gemeinde arbeiteten, oft Informationen und somit vorhandene Hilfsangebote erst spät oder gar nicht erhielten bzw. wahrnehmen konnten.

Tabelle 1: Fehlende Informationen während des Hochwassers und danach

	Lageinformationen	Evakuierung	Unterstützung und Hilfe
Während des Hochwassers	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gefahren einschätzen ▪ Pegelstände, Fließrichtung und -geschwindigkeit etc. ▪ Betroffene/Auswirkungen in verschiedenen Dörfern (Wohnort/Nachbardörfer) ▪ Sichere/unsichere Räume ▪ Stand der Deichsicherung ▪ Technische Belange (Stromabschaltung bzw. -zuschaltung) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zeitpunkt ▪ Akteure ▪ Evakuierungsziel ▪ Dauer ▪ Unterbringung von Tieren 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ An wen kann man sich wenden? ▪ Welche Hilfsangebote gibt es und wo? ▪ Wo wird welche Hilfe benötigt? ▪ Welche Maßnahmen laufen bzw. sind geplant?
Nach dem Hochwasser	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verfügbarkeit von Infrastruktur (Strom, Wasser etc.) ▪ Trinkwasserqualität ▪ Bodenqualität/-kontamination ▪ Grundwasserspiegel 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Freigabe von Orten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Welche Hilfsangebote gibt es und wo? ▪ Informationen zur Schadensbeseitigung, Schadensregulierung und zu Versicherungen

26 Prozent der Befragten gaben an, dass ihnen **materielle oder finanzielle Unterstützung** gefehlt hat (Abbildung 20). Dies betraf vor allem Maschinen, Geräte und Fahrzeuge für die Versorgung und Mobilität während des Ereignisses sowie für Aufräumarbeiten und Schadensbeseitigung. Aber auch zahlreiche Hilfsleistungen wie Verpflegung, Bargeld oder Bekleidung, welche vielfach von Organisationen zur Verfügung gestellt wurden, haben nicht alle Betroffenen erreicht. Teilweise reichten auch die ausgegebenen Sachleistungen wie Reinigungsartikel nicht aus, z.B. um den flutgeschädigten Wohnraum zu säubern oder eine adäquate Hygiene für die Pflege von Angehörigen sicherzustellen (Tabelle 2).

Tabelle 2: Fehlende materielle und finanzielle Unterstützung während des Hochwassers und danach

	Maschinen und Geräte	Finanzielles	Sachleistungen	Firmen/Institutionen/ Dienstleistungen
Während des Hochwassers	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kraftstoffe (Benzin, Diesel) ▪ Notstrom/Notstrom-Aggregat ▪ Pumpen ▪ Fahrzeuge und Transportdienste (Frontlader, Transporter, Krankentransport) ▪ Toiletten/sanitäre Anlagen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bargeld ▪ Überweisungsmöglichkeiten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Tierversorgung ▪ Lebensmittel ▪ Haushaltsgegenstände ▪ Reinigungsmittel und -zubehör 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Angefordertes Material für Feuerwehr vor Ort
Nach dem Hochwasser	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Trockentechnik (Heizung, Luftentfeuchter, Lüfter/Trockner) ▪ Gerät zur Beseitigung von Schwemmfahrt/toten Tieren ▪ Fahrzeuge und Transportdienste 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kompensation von entstandenen Kosten und Ausgaben⁷ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Versorgung für Rückkehrer ▪ Bekleidung ▪ Decken, Bettwäsche, Matratzen ▪ Spielsachen ▪ Reinigungsmittel und -zubehör 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Arbeitskräfte ▪ Kapazitäten von Baufirmen/Bauleistungen ▪ Müllentsorgung

Sieben Prozent der Befragten gaben an, nötige **medizinische Unterstützung** nicht bekommen zu haben (Abbildung 20). Die größte Herausforderung ergab sich hier aus Sicht der Betroffenen durch die fehlenden Zugänge zu Hausärzt*innen und Fachärzt*innen.

Auf die Frage, was ihnen gefehlt hat, gaben 13 Prozent der Befragten an, dass ihnen **psychosoziale Unterstützung** fehlte (Abbildung 20). Am meisten wurde hier psychische oder seelsorgerische Hilfe vermisst. So wünschten sich Betroffene mehr Möglichkeiten, über das Erlebte zu sprechen, auch in Form von Gesprächskreisen für einen gegenseitigen Austausch und eine gemeinsame Verarbeitung. Außerdem wurde die Unterstützung für Kinder und Familien als unzureichend wahrgenommen: So wurden eine fehlende Kinderbetreuung und Angebote für Kinder oder fehlende Ansprechpartner*innen für Kinder benannt.

⁷ Dieser Punkt wurde häufig damit erklärt, dass Soforthilfen zurückgezahlt werden mussten oder die nötigen Ausgaben nicht berücksichtigt wurden.

7) Quellen der Unterstützung

Auf die verschiedenen beschriebenen Hilfebedarfe reagierte eine Vielzahl von Akteuren spontan oder organisiert. Hierzu zählen Privatpersonen aus dem Umfeld der Betroffenen oder aus anderen Regionen genauso wie Mitarbeiter*innen von Behörden und Einsatzkräfte des Katastrophenschutzes. Um dieses sehr heterogene Feld von Akteuren im Verlauf der Katastrophe abzubilden, wurden die Bewohnerinnen und Bewohner im Rahmen der Erhebung gefragt, von wem sie die größte Unterstützung erhalten haben. Dabei wurde wieder zwischen den Bereichen Information, Finanz- und Sachleistungen, medizinische sowie psychosoziale Unterstützung während des Ereignisses und danach unterschieden.⁸

Für **alle erhobenen Bereiche** gaben die meisten Befragten an, die größte Unterstützung aus dem Familien- und Freundeskreis erhalten zu haben. Dies trifft insbesondere auf die Zeit während des Hochwassers zu. Nach dem Hochwasser nahm diese Unterstützung ab, blieb jedoch in allen Bereichen die häufigste Nennung. Während des Ereignisses wurden zudem Katastrophenschutzorganisationen, freiwillige Helferinnen und Helfer sowie Nachbarinnen und Nachbarn als wichtige Unterstützungsquellen genannt. Während die Bedeutung von THW, Feuerwehr, Nachbar*innen und freiwilligen Helfer*innen nach dem Hochwasser abnahm, stieg insbesondere die Unterstützungsleistung von Hilfsorganisationen wie dem DRK oder der Caritas an. Auch andere Akteure wie die Gemeindeverwaltung, private Unternehmen und kirchliche Einrichtungen leisteten vor allem nach dem Hochwasser wichtige Hilfe für die Bevölkerung (Abbildung 21 bis Abbildung 24).

⁸ Unterstützungsquellen zu den angegebenen Bereichen innerhalb der Gemeinden sind in den Abbildungen 46 bis 53 im Anhang dargestellt.

Wichtigste **Informationsquellen** während des Hochwassers waren neben Freund*innen, Verwandten oder Nachbar*innen insbesondere Medien aller Art, wobei soziale Onlinenetze explizit benannt wurden. Auch die Gemeindeverwaltungen, THW und Feuerwehr spielten eine wichtige Rolle. Nach dem Hochwasser stieg insbesondere die Bedeutung der Hilfsorganisationen als Informationsquelle an, was vor allem auf die angebotenen Beratungsleistungen im Bereich der Schadensregulierung und Aufarbeitung zurückzuführen ist (Abbildung 21).

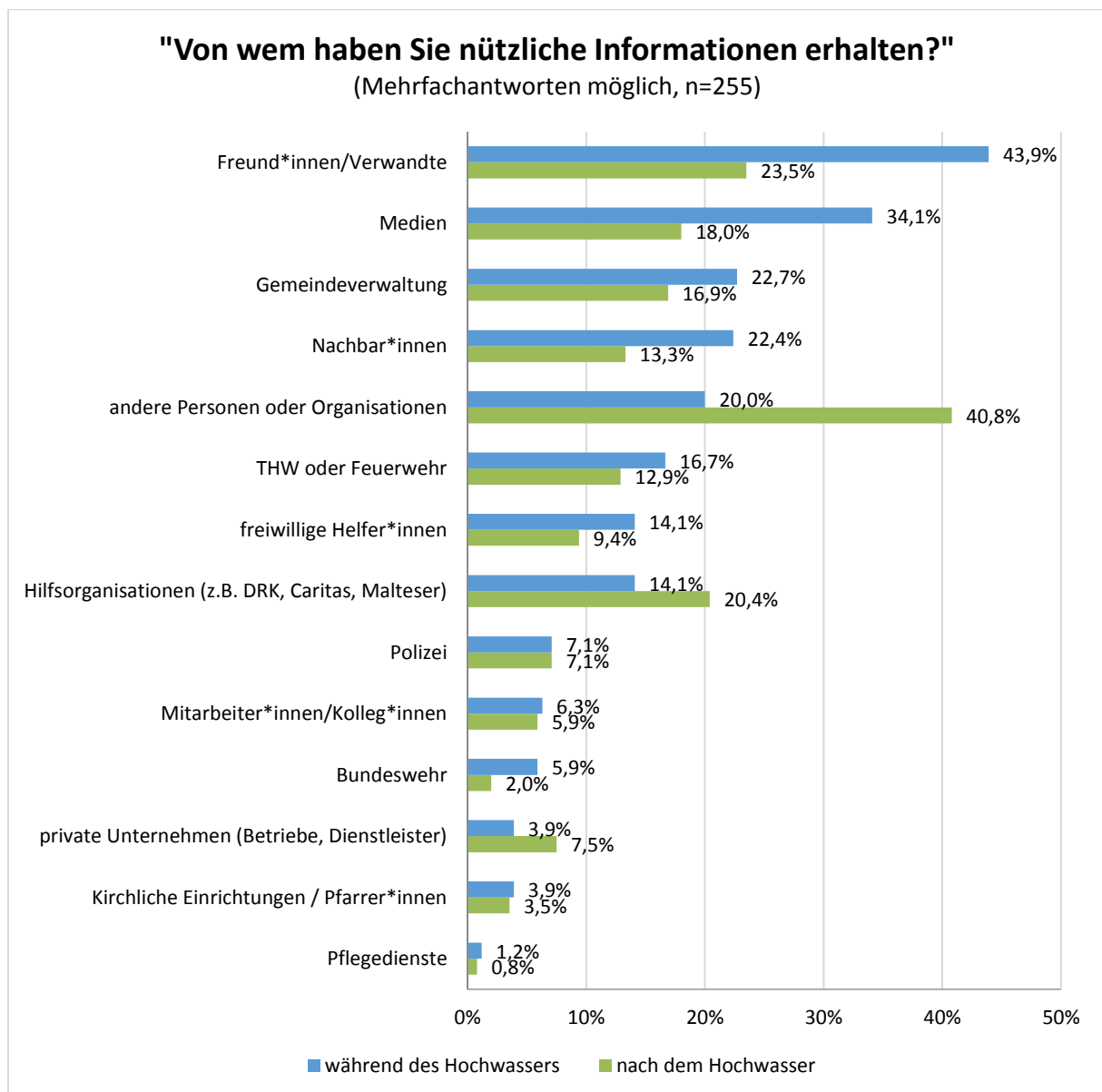


Abbildung 21: Wichtigste Informationsquellen

Materielle und finanzielle Hilfe erhielten die Betroffenen während des Hochwassers in erster Linie von Freund*innen und Verwandten, gefolgt von den Hilfsorganisationen, dem THW und Feuerwehren sowie freiwilligen Helferinnen und Helfern. Nach dem Hochwasser nahm die Bedeutung der Hilfeleistungen durch die Hilfsorganisationen stark zu, ebenso die Hilfe durch Gemeindeverwaltungen, private Unternehmen und kirchliche Einrichtungen. Banken und Versicherungen kamen als neue Akteure in diesem Bereich hinzu, die neben ihren Dienstleistungen auch konkrete materielle Hilfe (z.B. Trocknungsgeräte) zur Verfügung stellten (Abbildung 22).

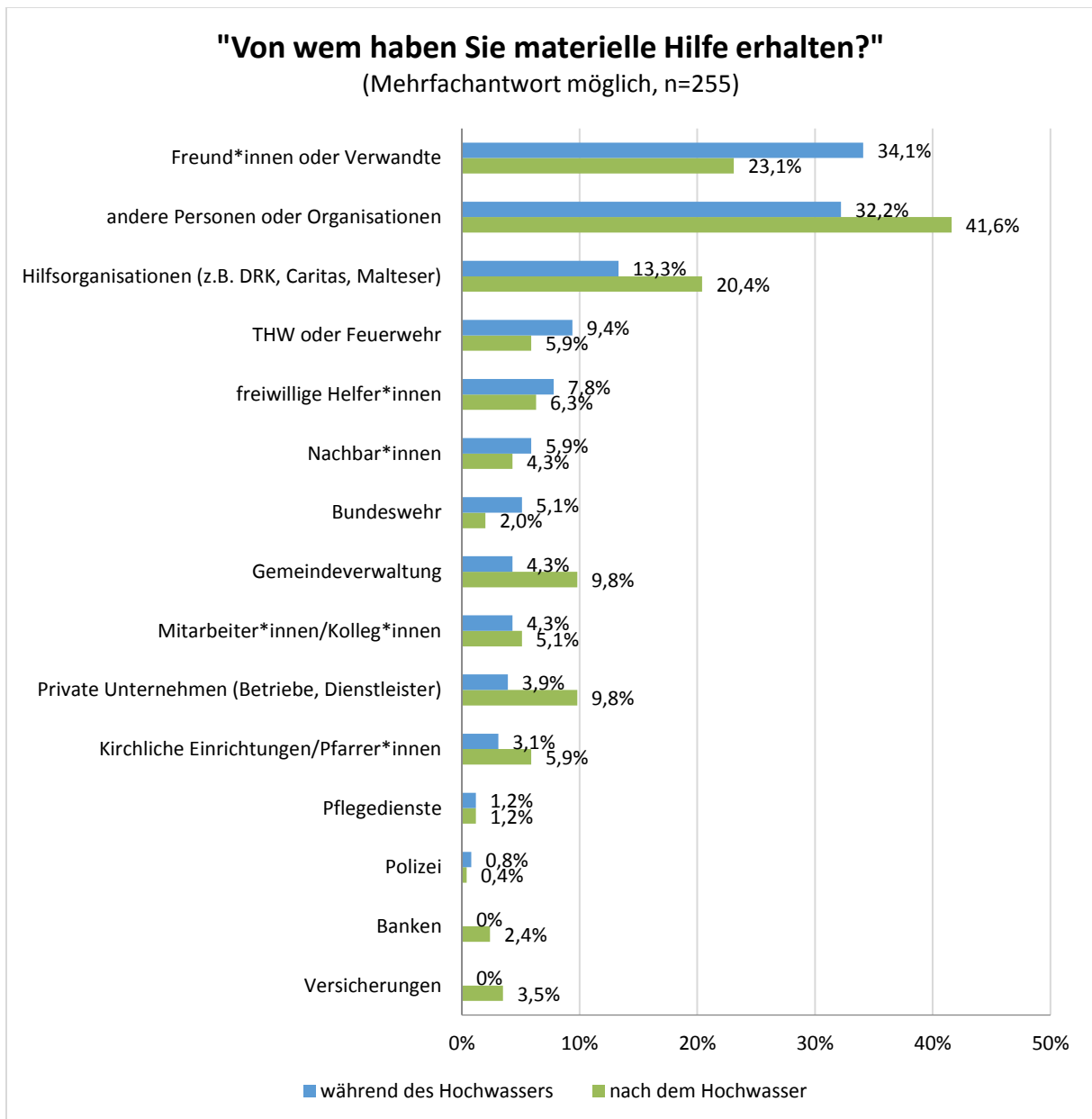


Abbildung 22: Wichtigste Quellen materieller Hilfe

Medizinische Unterstützung leisteten sowohl vor als auch nach dem Hochwasser neben Freund*innen und Verwandten vor allem Hausärztinnen und -ärzte. Weiterhin von Bedeutung waren private Betriebe und Dienstleister, Hilfsorganisationen wie das DRK und die Caritas sowie Pflegedienste. Wieder nahm die Bedeutung der Hilfsorganisationen nach dem Hochwasser zu (Abbildung 23).

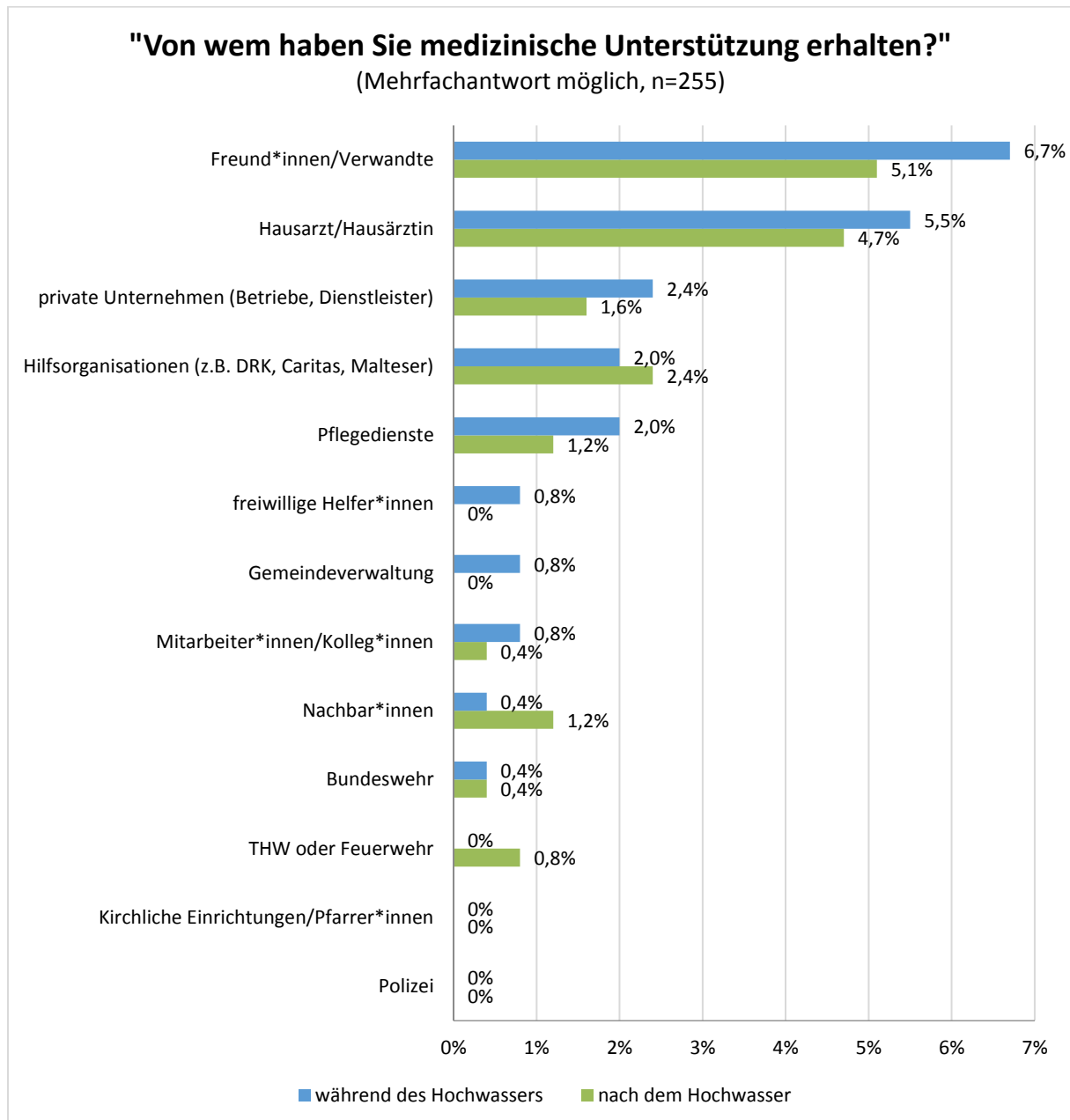


Abbildung 23: Wichtigste Quellen medizinischer Unterstützung

Psychosoziale Unterstützung erhielten die Betroffenen über die gesamte Zeit hinweg mit Abstand am meisten von Freund*innen und Bekannten. Während des Ereignisses wurden die Befragten noch durch Nachbar*innen, das THW und Feuerwehren sowie Hilfsorganisationen vielfach unterstützt. Danach leisteten vor allem Hilfsorganisationen, aber auch Nachbar*innen, kirchliche Einrichtungen sowie Mitarbeiter*innen oder Kolleg*innen psychosoziale Unterstützung (Abbildung 24).

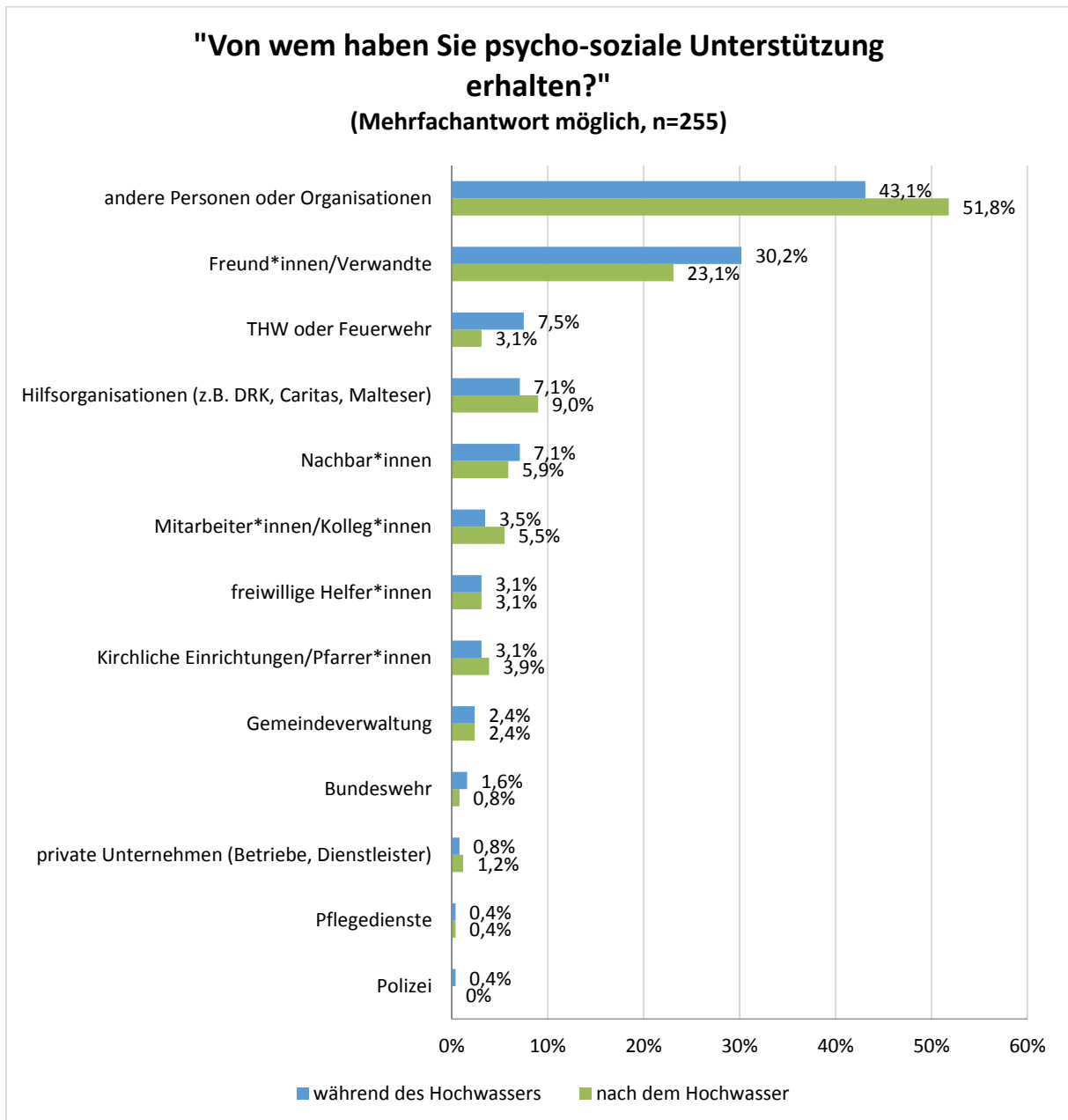


Abbildung 24: Wichtigste Quellen psychosozialer Unterstützung

8) Bewertung der Organisationen und Behörden des Bevölkerungsschutzes

Behörden und Organisationen des Bevölkerungsschutzes stellen in Katastrophen Hilfe- und Unterstützungsleistungen für die Bevölkerung zur Verfügung. Die Wahrnehmung dieser Unterstützungsleistungen durch die Bevölkerung ist jedoch sehr von individuellen Erfahrungen abhängig. Daher wurde gefragt, welche Erfahrungen die Betroffenen mit den Behörden und Organisationen gemacht haben und ob sie sich gut unterstützt gefühlt haben. Das Agieren von Behörden und Organisationen in Notsituationen und Katastrophen kann langfristig die Wahrnehmung dieser durch Betroffene beeinflussen. Daher wurde im Rahmen der Befragung abgefragt, welches Vertrauen Institutionen genießen, bzw. ob sich dieses durch die Erfahrungen des Hochwassers verändert hat.⁹

Die Befragten haben die Versorgung durch die Behörden und deren Kompetenz deutlich schlechter wahrgenommen als die Unterstützung durch Hilfsorganisationen (Abbildung 25). So bewerteten 70 Prozent der Befragten die Kompetenzen der Behörden und 50 Prozent die Versorgung durch die Behörden negativ. Hilfsorganisationen wurden nur von 16 bis 26 Prozent der Befragten negativ bewertet.

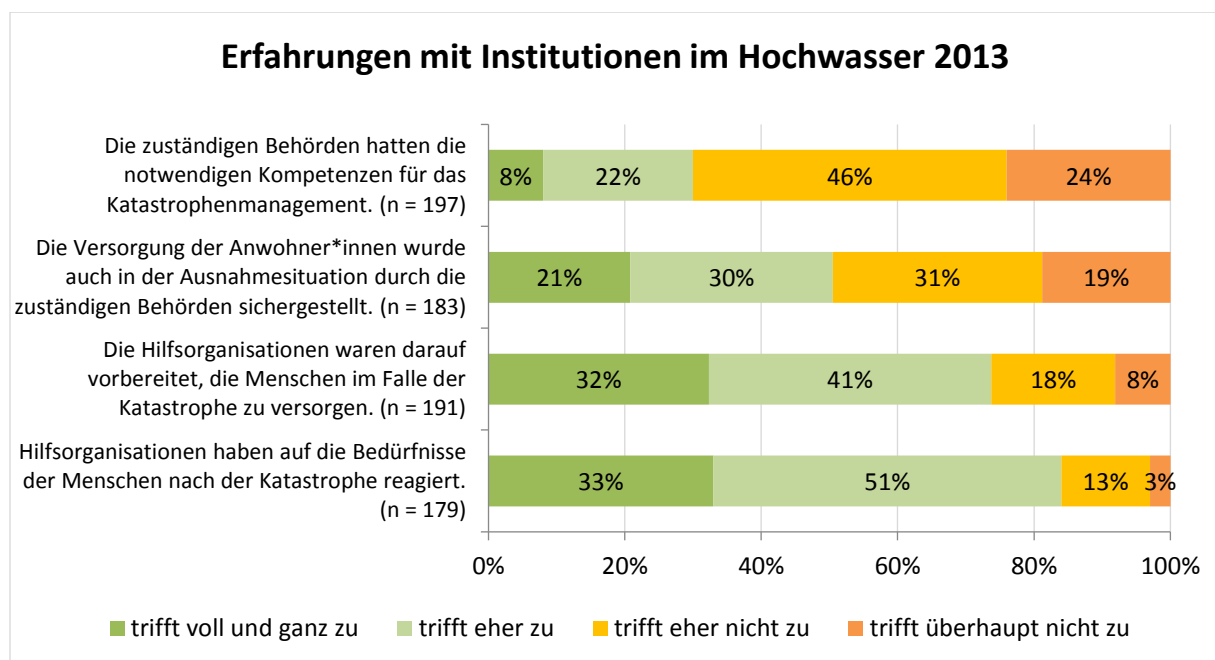


Abbildung 25: Erfahrungen mit Institutionen im Hochwasser 2013

Feuerwehren, das THW und Hilfsorganisationen konnten, wie Abbildung 26 zeigt, durch das Hochwasser deutlich Vertrauen in der Bevölkerung hinzugewinnen. So gaben jeweils 36 Prozent der Befragten an, dass sich ihr Vertrauen in diese Organisationen etwas oder stark verbessert hat.

⁹ Die Bewertung von Organisationen und Behörden während des Ereignisses sowie Angaben zum Vertrauen in Organisationen und Behörden innerhalb der Gemeinden ist in den Abbildungen 54 bis 69 dargestellt.

Gemeindeverwaltungen und der Staat haben deutlich an Vertrauen verloren. Für 36 Prozent der Befragten verschlechterte sich das Vertrauen in die Gemeindeverwaltung etwas oder stark. Das Vertrauen in den Staat verschlechterte sich sogar bei 56 Prozent der Befragten (Abbildung 26).

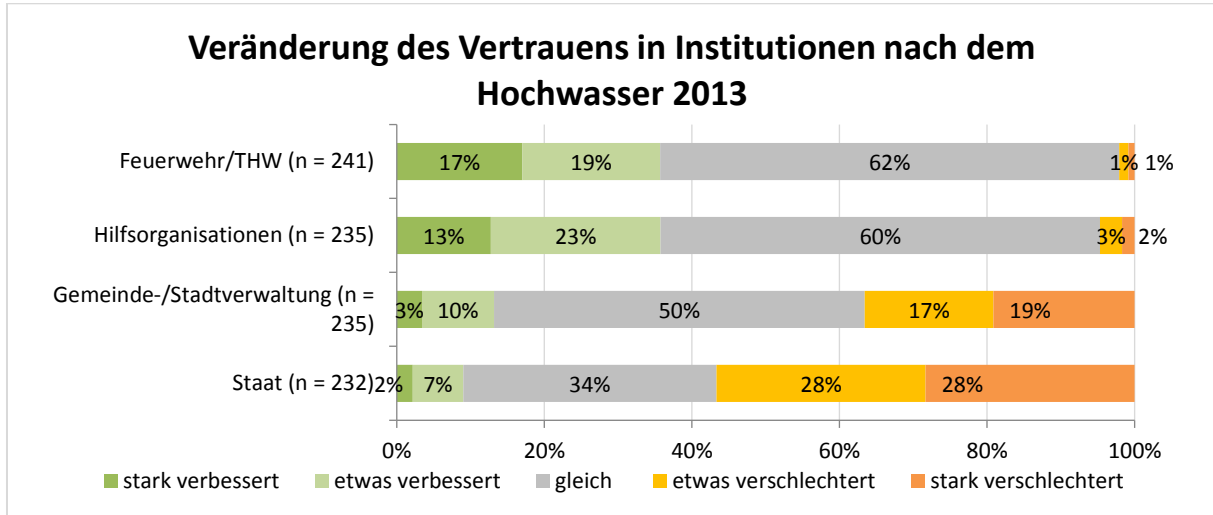


Abbildung 26: Veränderung des Vertrauens in Institutionen nach dem Hochwasser

Betrachtet man das gegenwärtige Vertrauen in Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (Abbildung 27), zeigt sich ein deutlicher Vertrauensvorsprung der Organisationen gegenüber den Behörden.

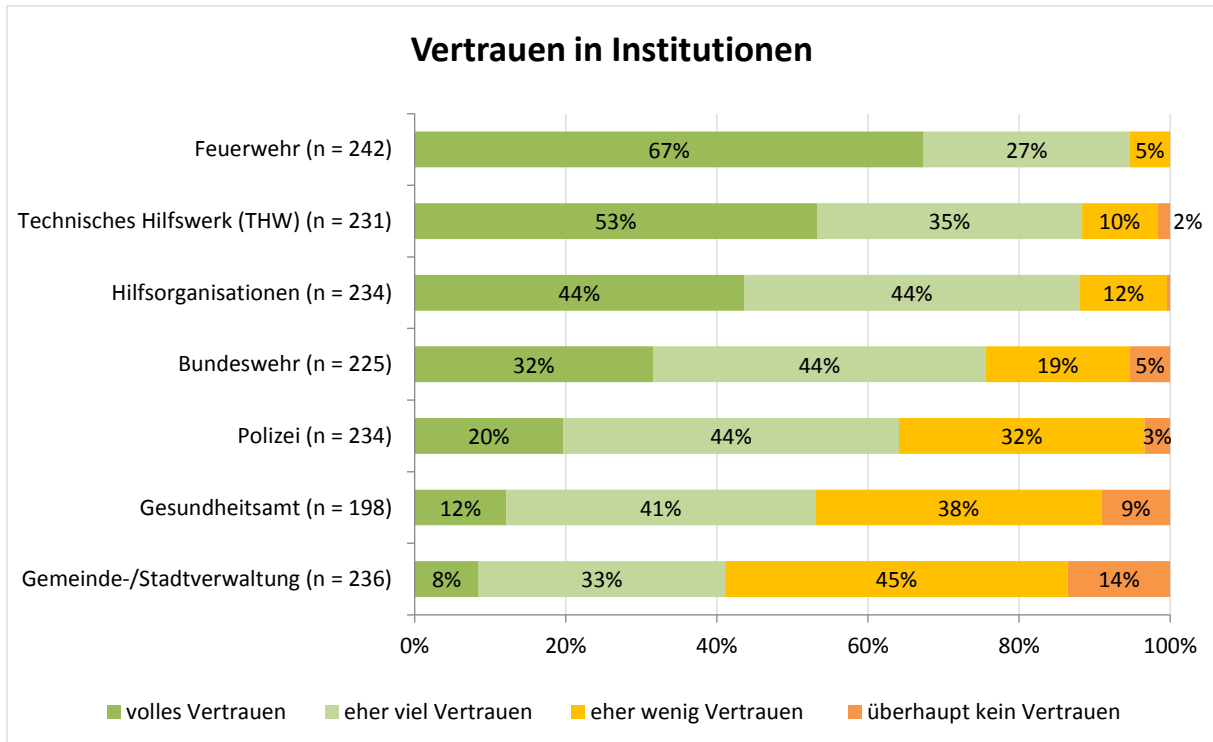


Abbildung 27: Vertrauen in Institutionen

9) Bewertung der Hilfe aus der Bevölkerung

Bereits bei der Betrachtung derjenigen Akteure, die Hilfeleistungen zur Verfügung stellten (Kapitel 7), zeigt sich, dass Menschen aus dem direkten sozialen Umfeld, also Freundinnen, Freunde und Verwandte sowie Menschen aus der Nachbarschaft, eine wichtige Quelle für materielle und immaterielle Hilfe bei der Bewältigung von Katastrophen darstellen. Für die vorliegende Studie wurde erhoben, ob und für wen die Bewohner*innen der betroffenen Region selbst Hilfe geleistet haben und wie sie die Unterstützung der Nachbarschaft vor Ort wahrgenommen haben.¹⁰

Die Unterstützung aus der Bevölkerung für Organisationen und Mitmenschen war sowohl während des Hochwassers als auch danach sehr groß (Abbildung 28). 77 Prozent der Befragten gab an, eigene Hilfe geleistet zu haben; für die Zeit danach waren es 78 Prozent, unabhängig davon ob oder wie stark sie selbst betroffen waren.

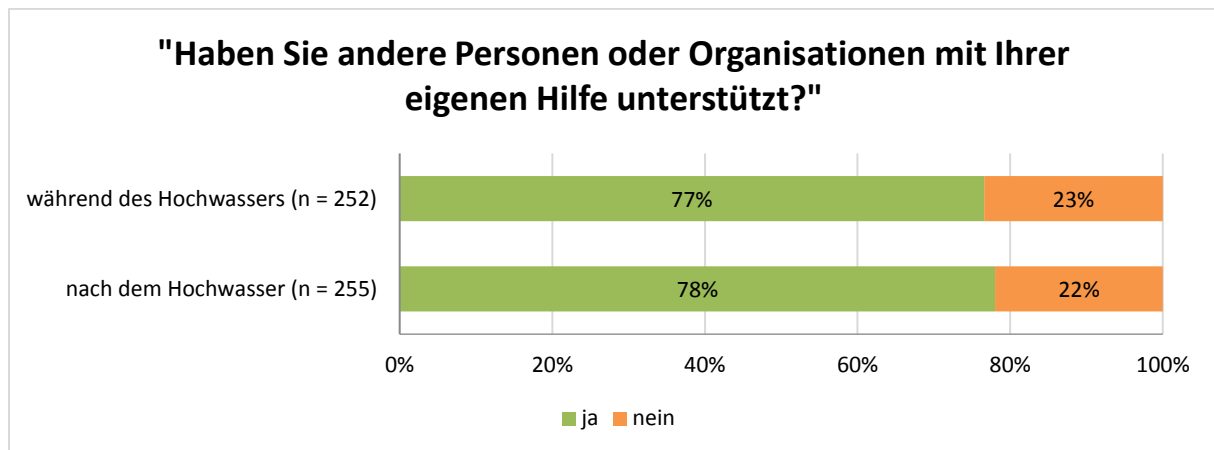


Abbildung 28: Unterstützung für andere Personen oder Organisationen durch die Bevölkerung

¹⁰ Angaben zur Bewertung nachbarschaftlicher Unterstützung und zu Veränderungen nachbarschaftlicher Beziehungen innerhalb der Gemeinden sind in den Abbildungen 70 bis 72 im Anhang dargestellt.

Es zeigt sich, dass während des Hochwassers vor allem das eigene soziale Umfeld, also Freund*innen, Verwandte oder Nachbar*innen, im Mittelpunkt der eigenen Hilfe stand und diese Unterstützung auch danach nur geringfügig nachließ. Während des Hochwassers wurden zudem die Gemeindeverwaltung, THW und Feuerwehren sowie auch freiwillige Helferinnen und Helfer unterstützt, wobei diese Unterstützung später deutlich zurückging. Andere Akteure erhielten insgesamt weniger Unterstützung (Abbildung 29). Viele der Befragten gaben an, geholfen zu haben, konnten oder wollten ihre Hilfe aber keiner Organisation oder Institution zuordnen. Beispielhaft wurden allgemeine unterstützende Tätigkeiten bei der Evakuierung, bei der Verpflegung und bei Aufräumarbeiten, beim Befüllen von Sandsäcken, in Form von Sach- und Geldspenden sowie bei deren Verteilung genannt.

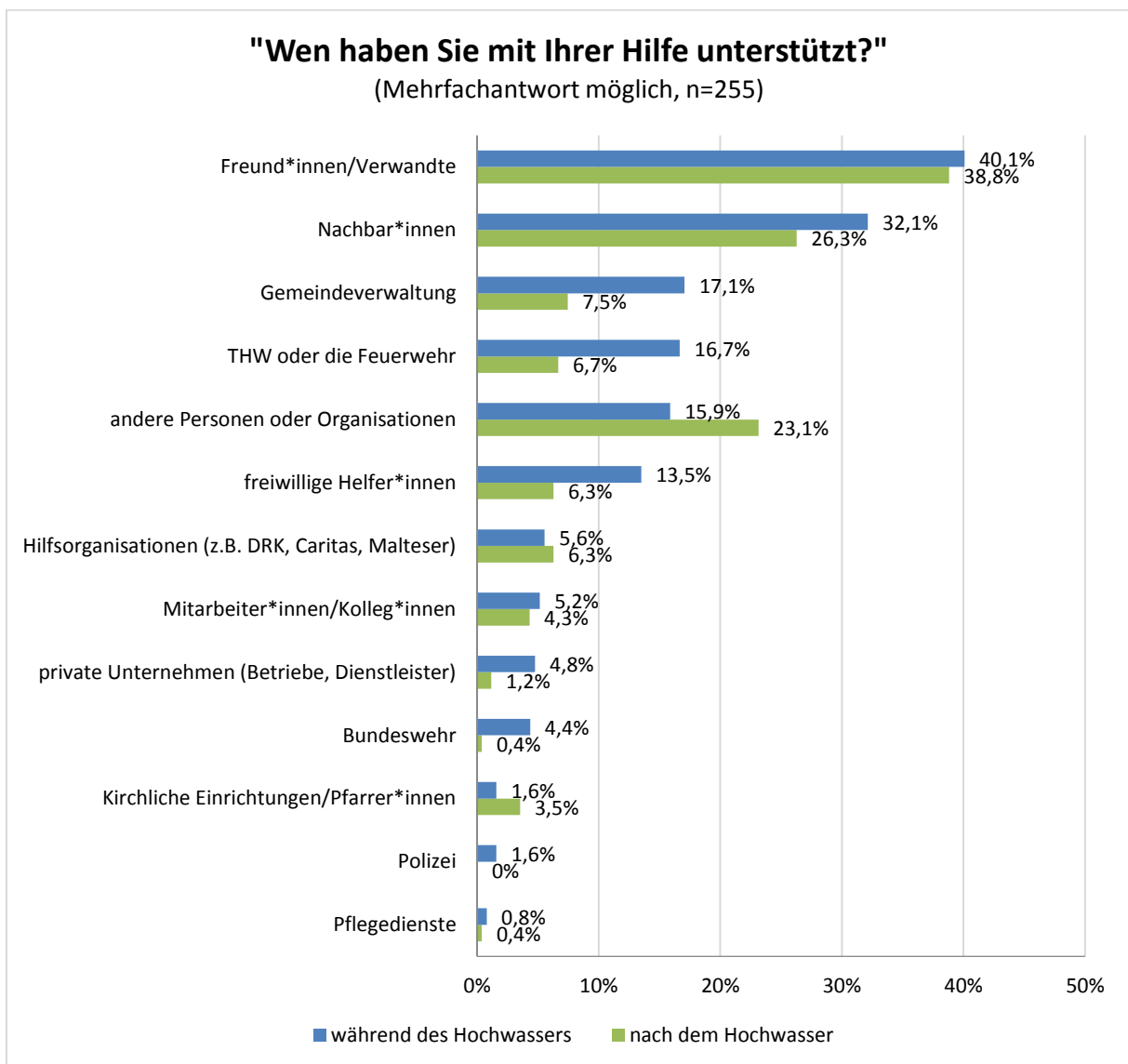


Abbildung 29: Hilfeverhalten der Bevölkerung

Mehr als 80 Prozent der Befragten schätzten die nachbarschaftliche Unterstützung bei der Bewältigung des Hochwassers positiv ein. Dennoch konnten sechs bzw. sieben Prozent den genannten Aussagen überhaupt nicht zustimmen (Abbildung 30).

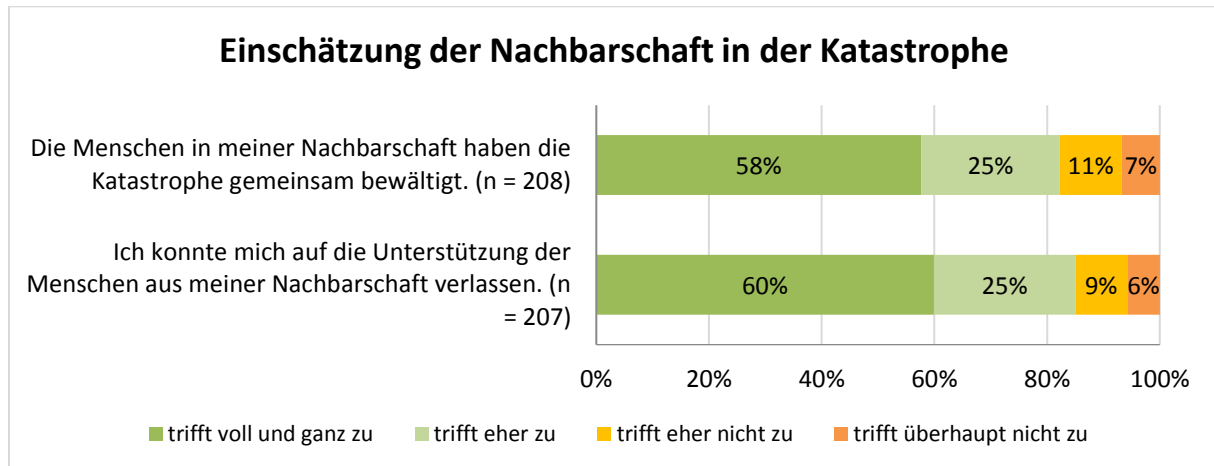


Abbildung 30: Einschätzung der Nachbarschaft in der Katastrophe

Abbildung 31 zeigt die Veränderung nachbarschaftlicher Beziehungen in Folge des Hochwassers 2013. Für über die Hälfte der Befragten hatte die Erfahrungen während der Katastrophe keine wesentlichen Auswirkungen auf die Nachbarschaft. Die Solidarität und der Zusammenhalt in der Nachbarschaft haben sich für 28 Prozent verbessert, für neun Prozent verschlechtert.

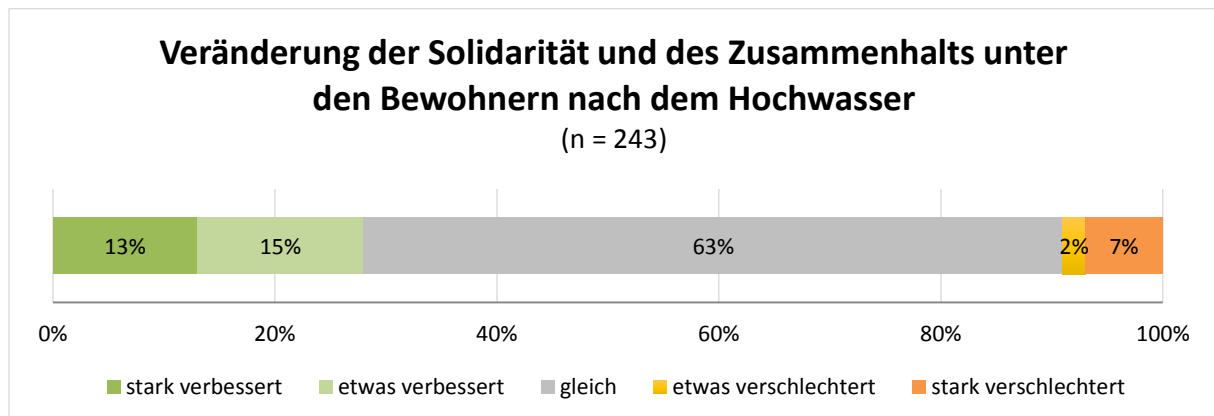


Abbildung 31: Veränderungen in der Nachbarschaft nach dem Hochwasser

10) Freiwilliges Engagement bei der Katastrophenbewältigung

In diesem Kontext interessiert auch, welche Rolle Kenntnisse und Fähigkeiten, die durch freiwilliges Engagement erworben wurden, für die Bewältigung der Katastrophe spielen.

43 Prozent der Befragten gaben an, bereits vor dem Hochwasser 2013 in der Gemeinde oder darüber hinaus, bspw. in Vereinen oder Nachbarschaftshilfen, engagiert gewesen zu sein. Welche Bedeutung die betroffenen Personen ihrem Engagement für die Bewältigung der Hochwasserkatastrophe beimessen, zeigt Abbildung 32: 80 Prozent gaben an, dass ihr vorhergehendes Engagement eher hilfreich (46 Prozent) oder sogar sehr hilfreich (34 Prozent) für die Bewältigung des Hochwassers war.

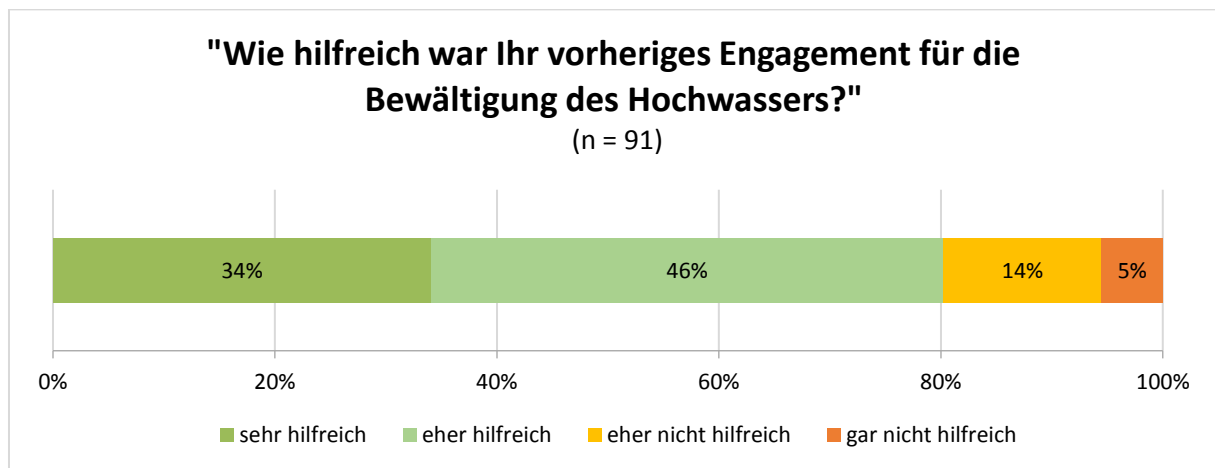


Abbildung 32: Einschätzung des Nutzens freiwilligen Engagements für die Katastrophenbewältigung

Die zusätzlichen Erläuterungen derjenigen Befragten, die ihr Engagement als eher oder sehr hilfreich einschätzten, geben Hinweise auf die Bedeutung von Engagement und lassen sich in drei Bereiche einteilen (Tabelle 3).

Tabelle 3: Einschätzung des Nutzens von freiwilligem Engagement für die Katastrophenbewältigung

Hintergrundwissen	Soft Skills	Soziale Netzwerke
<ul style="list-style-type: none"> ▪ geografische Gegebenheiten ▪ Hochwasserschutz ▪ soziale Netzwerke 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Organisationsfähigkeit ▪ Kommunikations-/ Vermittlungsfähigkeit ▪ psychosoziale Kompetenzen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ ökonomische Unterstützung ▪ psychosoziale Unterstützung ▪ Informationsquellen ▪ Reputation & Einflussnahme

Abbildung 33 zeigt, dass sich ein großer Teil der Befragten in der Nachbarschaft in einer oder mehreren Formen engagiert. In der Befragung abgebildet wurden neben der aktiven Mitgliedschaft in einer lokalen Organisation oder einem Verein (47 Prozent) auch nachbarschaftliche Aktivitäten während der letzten zwölf Monate, wie die Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinnen und Bürgern, um Veränderungen in der Gemeinde zu bewirken (38 Prozent), und das Anbieten alltäglicher Hilfeleistungen für Mitmenschen (53 Prozent).

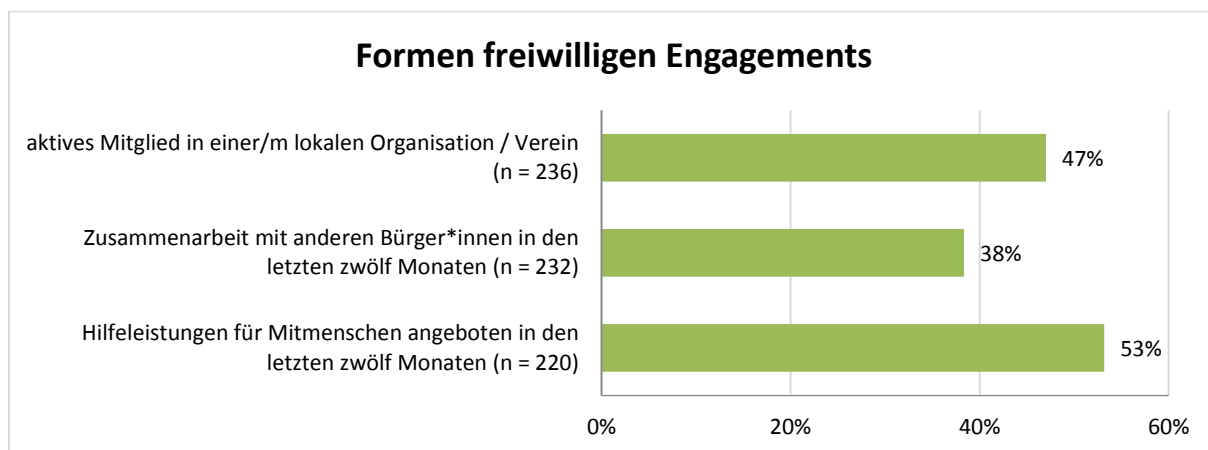


Abbildung 33: Formen freiwilligen Engagements in der Gemeinde

Nicht nur wirkt sich das Engagement auf die Katastrophenbewältigung aus, Katastrophen können auch Einfluss auf Engagementstrukturen haben. So zeigt sich, dass 16 Prozent angeben, dass sich das Vereinsleben nach dem Hochwasser eher oder stark verbessert hat, während neun Prozent eine Verschlechterung beschreiben (Abbildung 34).

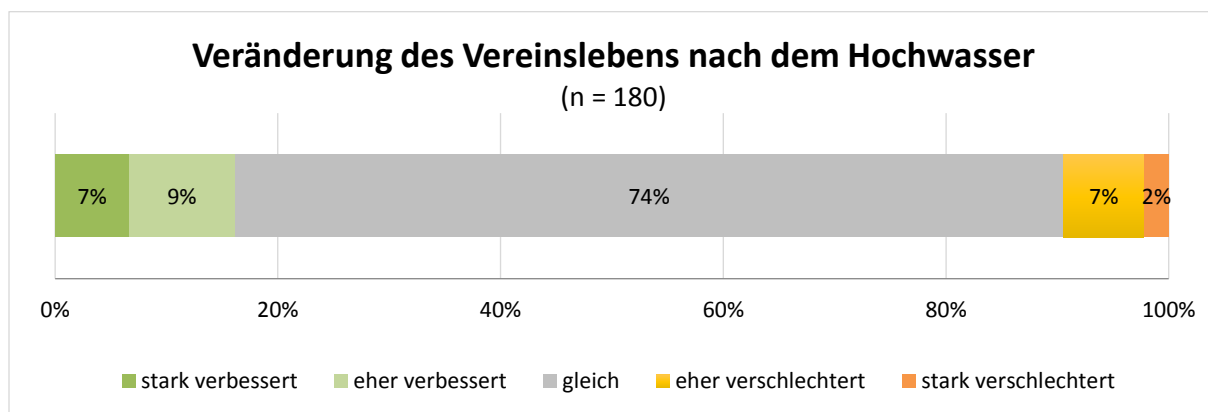


Abbildung 34: Veränderung des Vereinslebens nach dem Hochwasser

11) Vorsorgeverhalten

Im Rahmen der Erhebung wurden die Betroffenen gefragt, welche Maßnahmen sie vor dem Hochwasser getroffen haben, wie hilfreich sie diese eingeschätzten und wie der aktuelle Stand der Vorsorge wahrgenommen wird.¹¹

Etwas mehr als die Hälfte (52 Prozent) der Befragten gab an, dass sie vor dem Hochwasser 2013 vorbeugende Maßnahmen ergriffen hatten, 48 Prozent verneinten dies. Bei der Spezifizierung der Angaben überwogen kurzfristige Maßnahmen, die direkt vor dem Ereignis getroffen wurden, aber es wurde auch langfristiges Vorsorgen wie bauliche Maßnahmen oder Versicherungen genannt. Tabelle 4 zeigt verschiedene Maßnahmen, die von den Befragten genannt wurden.

Tabelle 4: Getroffene Maßnahmen vor dem Hochwasser

Bauliche Maßnahmen und Sicherung von Eigentum	Vorbereitung, Vorräte, Evakuierung	Versicherung
Abdichtung von Kellern, Horizontalsperre	Vorräte an Bargeld, Lebensmitteln und Tierfutter	Elementarschadenversicherung
Befüllung und Verbau von Sandsäcken	Wasservorräte für Tiere	andere Versicherungen
Sicherung von Türen und Fenstern	Notfallkoffer (Kleidung, Fotos, Papiere usw.) für Evakuierung	
Räumen von Möbeln und Geräten in höher gelegene Räume	Sicherung oder Evakuierung von Tieren	
Sicherung von Gefahrstoffen (Ölheizung)	Vorbereitung von Schlauchboot	
Abschalten von Strom, Gas, Wasser	Aufstellen von Deichwachen	

¹¹ Angaben zur Veränderung von Gefahrenbewusstsein und Schutzvorkehrungen innerhalb der Gemeinden sind in Abbildung 73 bis 75 im Anhang dargestellt.

65 Prozent der Befragten bewerteten die von ihnen getroffenen Maßnahmen zur Vorbeugung gegen das Hochwasser als eher hilfreich bis sehr hilfreich, 19 Prozent dagegen als überhaupt nicht hilfreich (Abbildung 35).

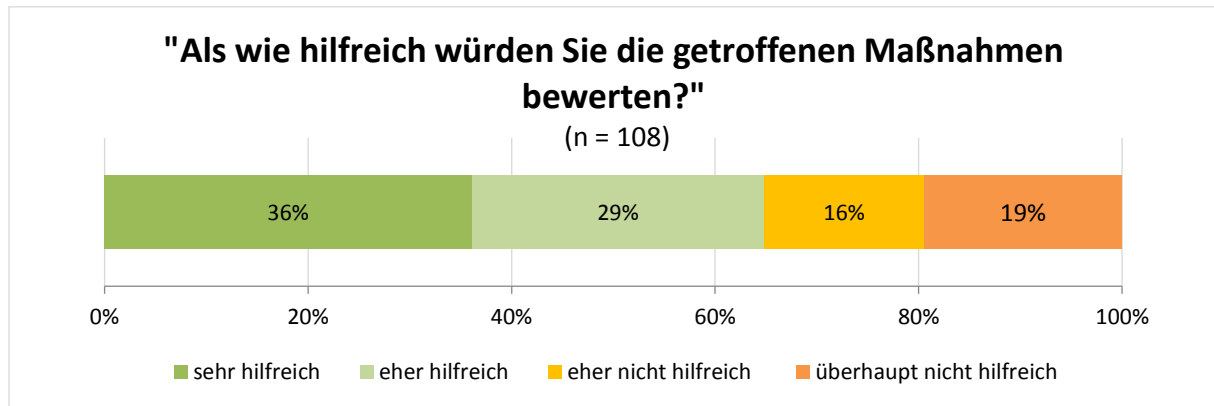


Abbildung 35: Bewertung des Nutzens eigener Schutzmaßnahmen

Veränderungen bezüglich der Gefahrenwahrnehmung und Schutzvorkehrungen sind in Abbildung 36 dargestellt. Nach Angaben der Befragten ist das eigene Gefahrenbewusstsein nach dem Hochwasser für die Mehrheit deutlich gestiegen (62 Prozent). Bei der Bewertung eigener und staatlicher Schutzvorkehrungen zeigt sich, dass ein Viertel der Befragten (25 Prozent) angab, die eigenen Schutzvorkehrungen seit dem Hochwasser verbessert zu haben, knapp drei Viertel (72 Prozent) schätzten ihre Schutzvorkehrungen gleich ein und vier Prozent sahen sie als verschlechtert an. Die staatlichen Schutzvorkehrungen wurden dagegen von 62 Prozent der Befragten besser eingeschätzt als vor dem Hochwasser.

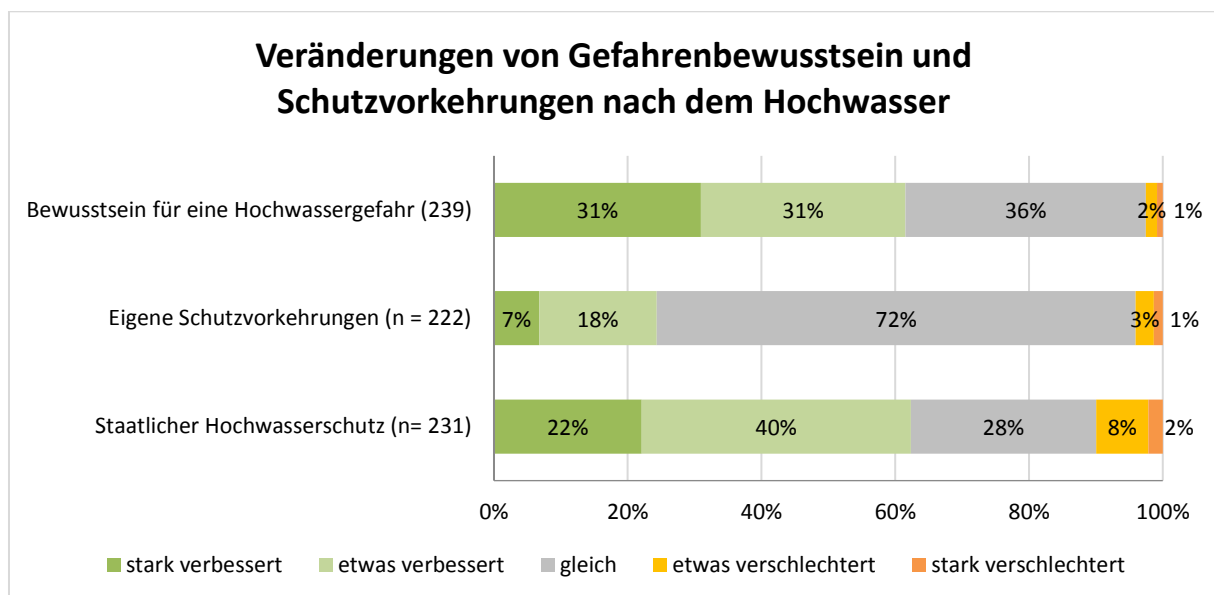


Abbildung 36: Veränderung von Gefahrenbewusstsein und Schutzvorkehrungen

Ein hohes Gefahrenbewusstsein spiegelt sich auch im Informationsverhalten wider. 91 Prozent der Befragten gaben zum Zeitpunkt der Befragung an, aufmerksam aktuelle Wetterwarnungen in den Medien zu verfolgen (Abbildung 37).

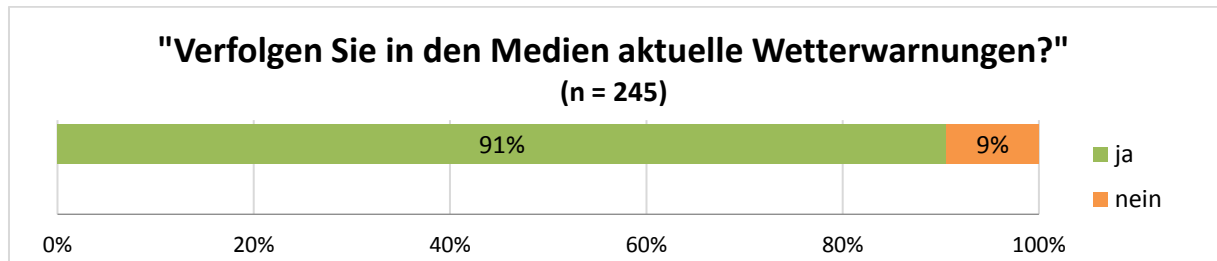


Abbildung 37: Informationsverhalten

Die Gefahr eines Hochwassers stellt nur eine der Gefahren dar, mit denen sich die Bevölkerung auseinandersetzen muss. Um den Stellenwert der Hochwassergefahr und damit den Bewertungskontext der Hochwasserschutzmaßnahmen zu eruieren, wurden daher die Wahrnehmungen von Gefahren und Alltagssorgen erhoben (Abbildung 38). Dabei zeigt sich, dass die Sorge vor einem erneuten Hochwasser etwa die Hälfte der Befragten sehr oder eher beunruhigt, insgesamt aber Alltagssorgen eine größere Bedeutung einnehmen.

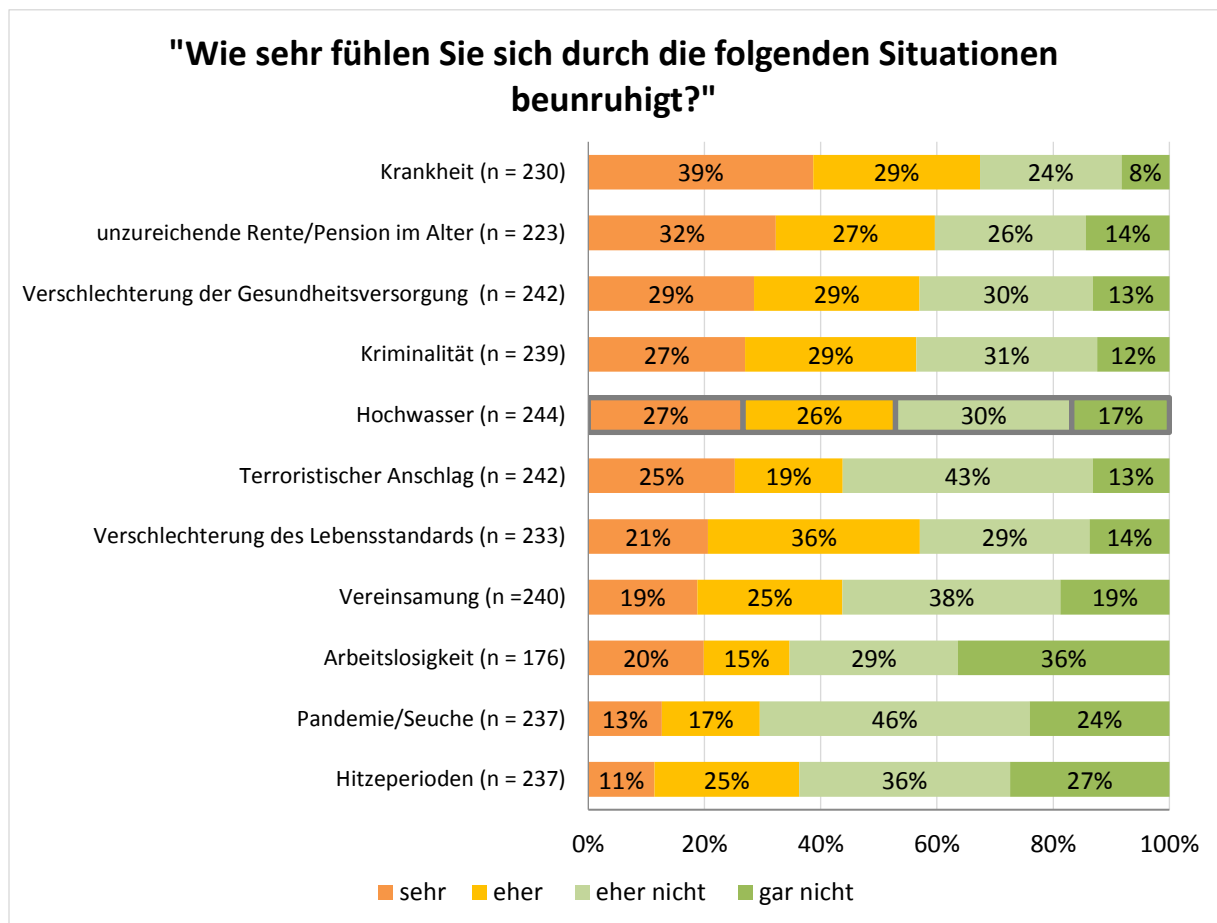


Abbildung 38: Wahrnehmung von Gefahren und Alltagssorgen in der Gesamtschau

12) Zusammenfassung und Ausblick

Die vorliegende Befragung untersucht einerseits retrospektiv die Situation 2013 während des Hochwassers und bildet andererseits eine Momentaufnahme der langfristigen Wirkungen drei Jahre nach dem Hochwasser ab. Einige wichtige Ergebnisse seien hier abschließend zusammengefasst:

Es zeigen sich neben den sichtbaren materiellen Schäden weit verbreitete **immaterielle, insbesondere psychische Belastungen**, die bisweilen sogar als gravierender von den Betroffenen beschrieben werden als die materiellen Auswirkungen. Auch drei Jahre nach dem Ereignis fällt es bspw. rund einem Drittel der Befragten noch schwer, über das Geschehene zu sprechen.

Die Ergebnisse zeigen auch, dass **bestehende Angebote und Maßnahmen** bisweilen an den realen Bedarfen vorbeigehen. So ist eine Vielzahl von Betroffenen aus verschiedenen Gründen der Evakuierungsaufforderung nicht nachgekommen und ein großer Teil derjenigen, die ihr Haus verlassen mussten, kam nicht in Notunterkünften, sondern räumlich stark verstreut bei Verwandten oder Freund*innen außerhalb sowie innerhalb des Überschwemmungsgebietes unter. Es wurde deutlich, dass zudem sowohl während des Ereignisses als auch danach andere bestehende Angebote, wie die Versorgung mit Lebensmitteln, Bargeld oder Kleidung die Bevölkerung nicht immer erreicht haben.

Darüber hinaus konnten mit der Befragung auch konkrete **Lücken bei der institutionellen und/oder organisatorischen Unterstützung** wie z.B. bei der psychosozialen und medizinischen Unterstützung identifiziert werden, die für eine Erweiterung bestehender Hilfsangebote sprechen.

Die Ergebnisse weisen sehr deutlich auf die **zeitliche Dimension von Katastrophen** hin. Katastrophen sind langfristige Prozesse, die mitnichten enden, wenn das Wasser wieder weg, die Häuser wieder trocken oder der Deich repariert ist. Auch drei Jahre nach dem Ereignis zeigen sich noch deutliche Auswirkungen und ein Bedarf an langfristiger finanzieller, beratender und psychologischer Unterstützung. Die endgültige Bewältigung wird für einige der Betroffenen noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern, vielleicht sogar nie abgeschlossen sein.

Die Auswertungen zeigen zudem die **Dynamik der zeitlich variierenden Hilfsbedarfe** und damit verbunden die Notwendigkeit, für unterschiedliche Phasen der Bearbeitung und Bewältigung unterschiedliche Hilfsangebote für die Betroffenen vorhalten zu müssen.

Die Befragung dokumentiert die große **Bedeutung bestehender sozialer Netzwerke** während des Ereignisses, aber auch danach. Die wichtigsten Unterstützungsleistungen kamen für die Betroffenen v.a. aus dem bestehenden sozialen Umfeld. Auch zeigt sich unabhängig von der eigenen Betroffenheit die große Hilfsbereitschaft der Menschen untereinander.

Ebenso wird die **Vielschichtigkeit der Katastrophe** und ihre Wirkung in ganz unterschiedlichen Lebensbereichen der Betroffenen deutlich. Hierzu gehören auch langfristige Veränderungen zum Beispiel beim Gesundheitszustand, in sozialen Beziehungen oder der Wahrnehmung und Bewertung von Gefahren und Maßnahmen.

Im Kontext des Ereignisses lassen sich deutliche **Verschiebungen im Vertrauen zu Behörden und Organisationen** ausmachen. Während sich bspw. das Vertrauen in Gemeindeverwaltungen und Behörden, aber v.a. in den Staat, überwiegend verschlechtert hat, konnten Feuerwehren, das Technische Hilfswerk und Hilfsorganisationen tendenziell mehr Vertrauen gewinnen.

Damit sind nur einige deskriptive Befunde der Befragung angesprochen. Mit diesen Ergebnissen – so wichtig diese im Einzelnen oder als Zwischenschritt sein mögen – endet weder die wissenschaftliche noch praxisorientierte Arbeit der KFS im Forschungsprojekt INVOLVE. Die Analysen werden zukünftig auch statistische Zusammenhänge (bi- und multivariat) miteinbeziehen und die Ergebnisse auch ins Verhältnis mit weiteren erhobenen Daten aus anderen Quellen (Expert*inneninterviews, Workshops usw.) setzen. Hierzu sind weitere Veröffentlichungen bereits in Planung. Zudem werden die Ergebnisse unterschiedlichen Stakeholdern des Katastrophenschutzes, allen voran dem Projektpartner DRK, aber auch Akteuren vor Ort, zur Verbesserung des Katastrophenschutzes zur Verfügung gestellt.

Anhang

Einzelübersichten nach Gemeinden

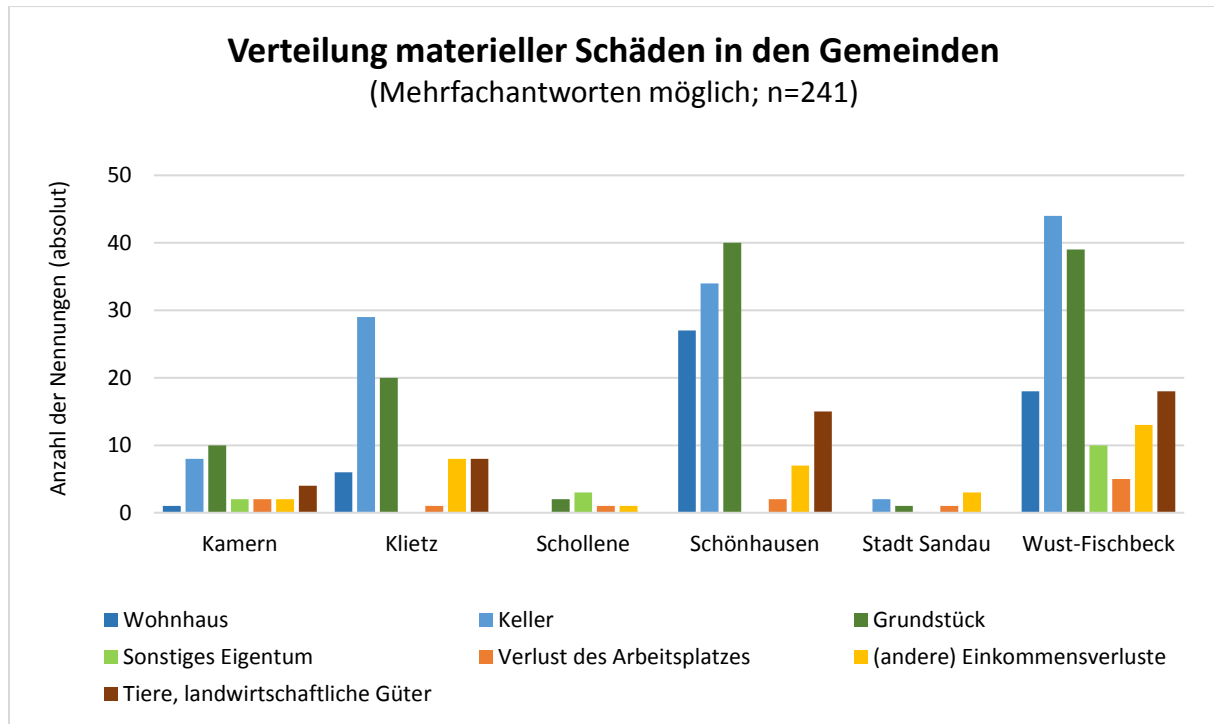


Abbildung 39: Verteilung materieller Schäden (nach Gemeinden)

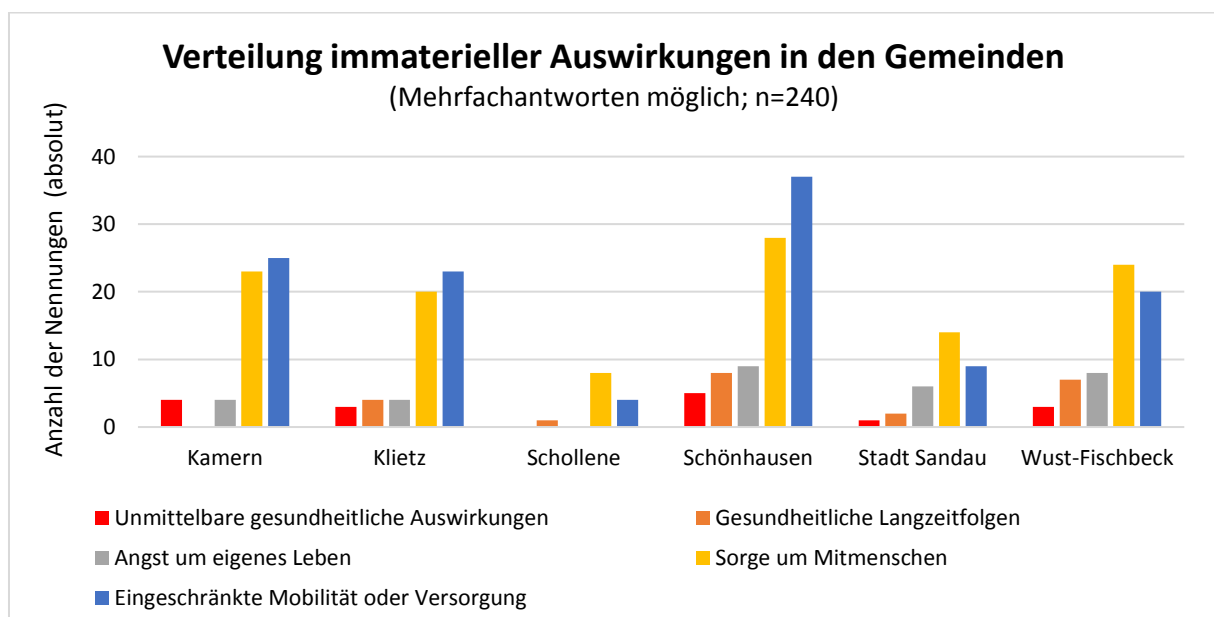


Abbildung 40: Verteilung immaterieller Auswirkungen (nach Gemeinden)

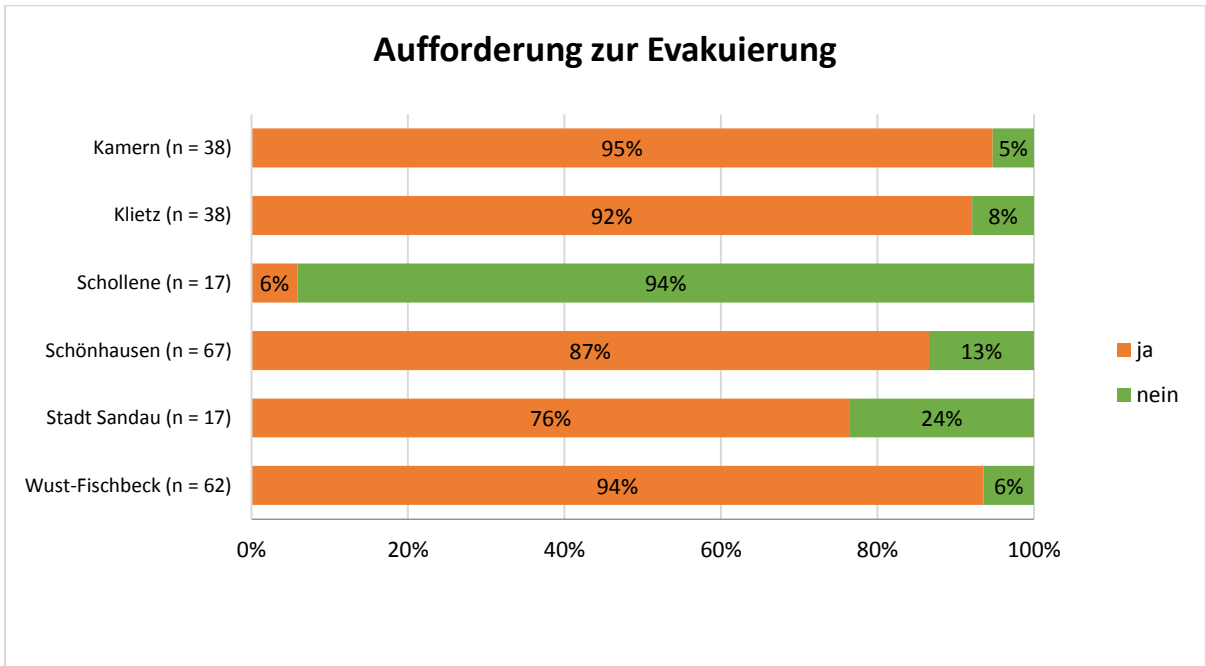


Abbildung 41: Evakuierungsaufforderung (nach Gemeinden)

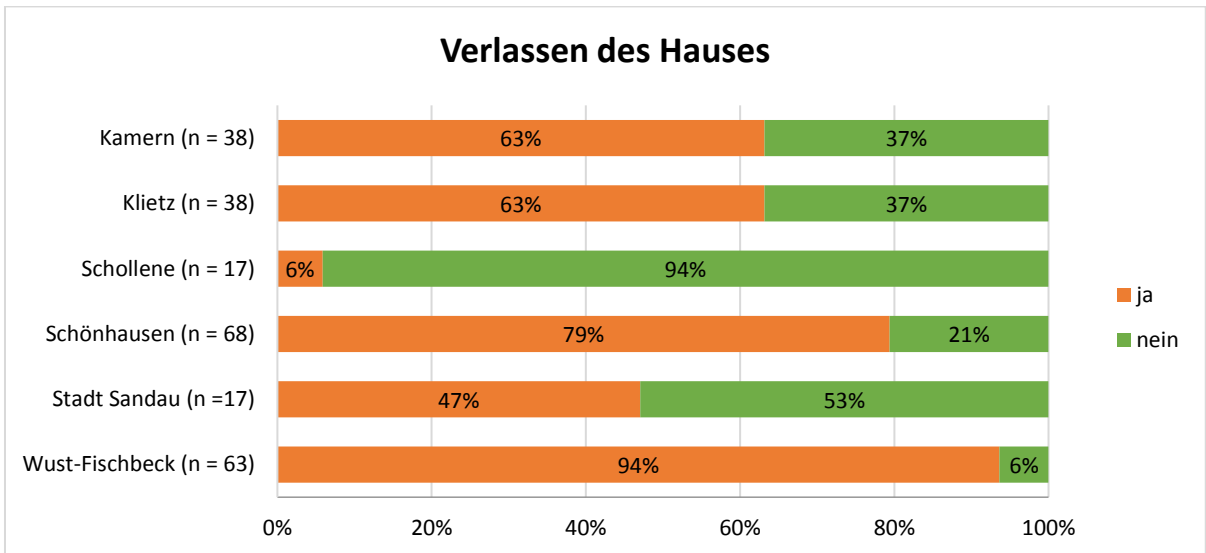


Abbildung 42: Verlassen des Hauses (nach Gemeinden)

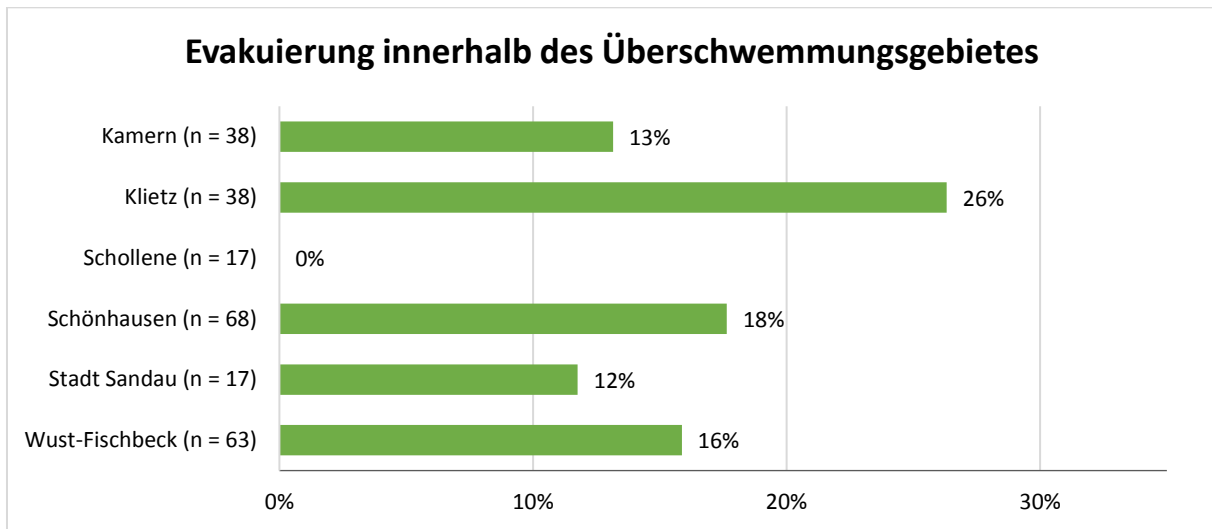


Abbildung 43: Anteil der Evakuierten im Überschwemmungsgebiet (nach Gemeinden)

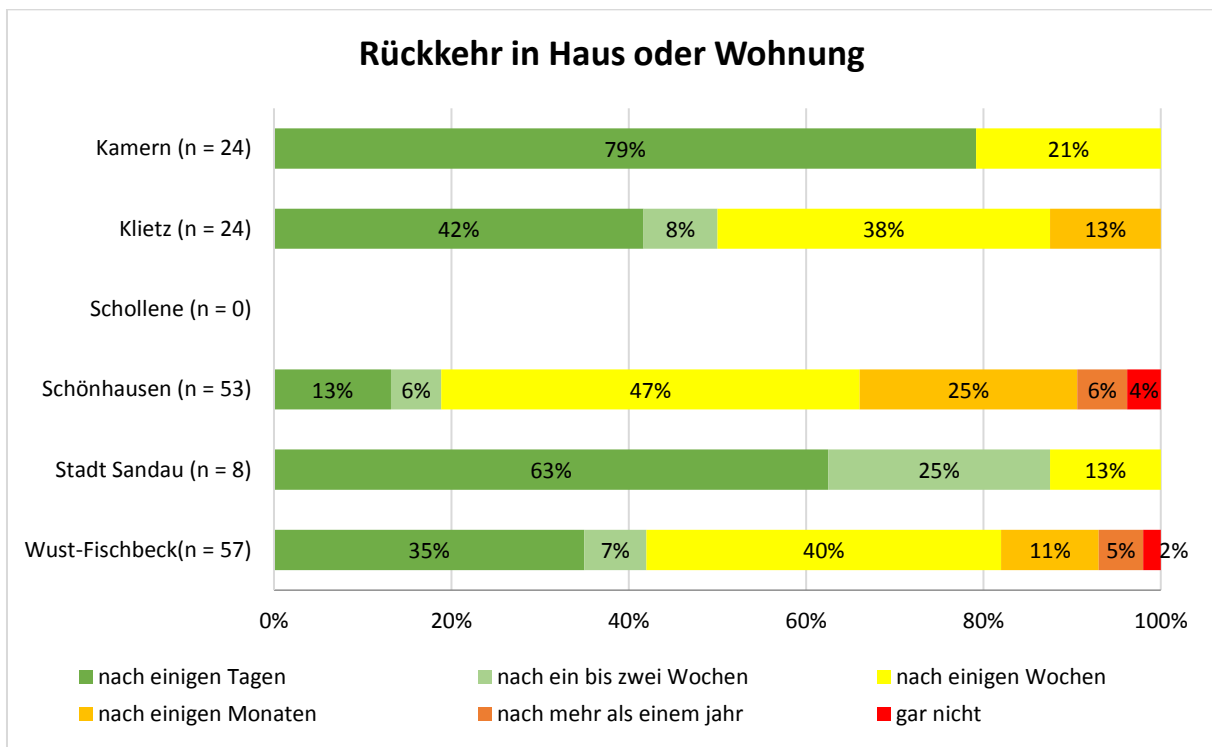


Abbildung 44: Rückkehr nach der Evakuierung (nach Gemeinden)

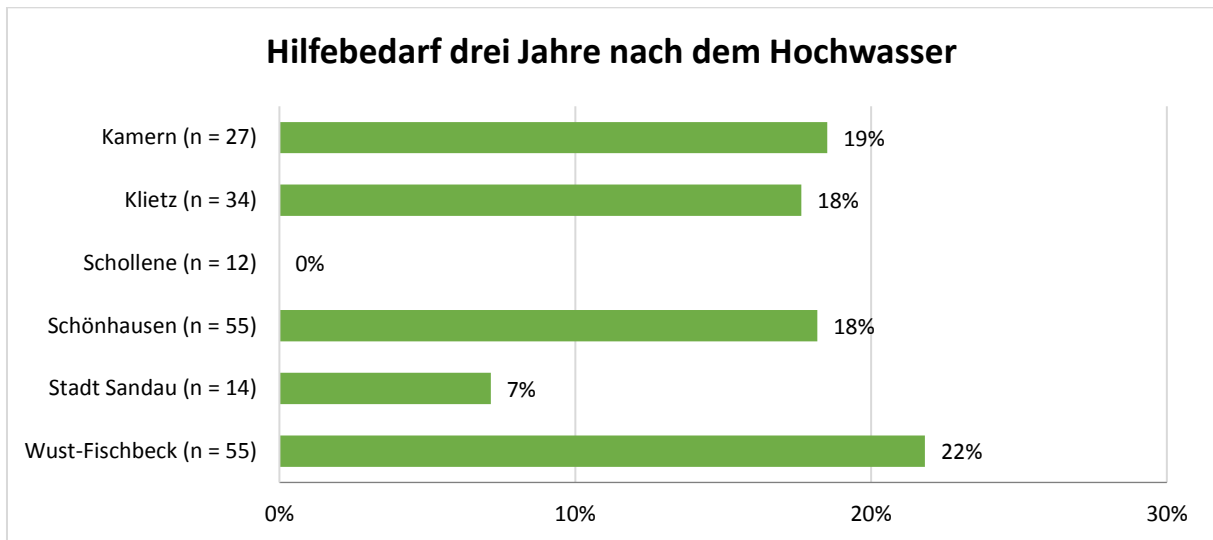


Abbildung 45: Hilfebedarf drei Jahre nach dem Hochwasser (nach Gemeinden)

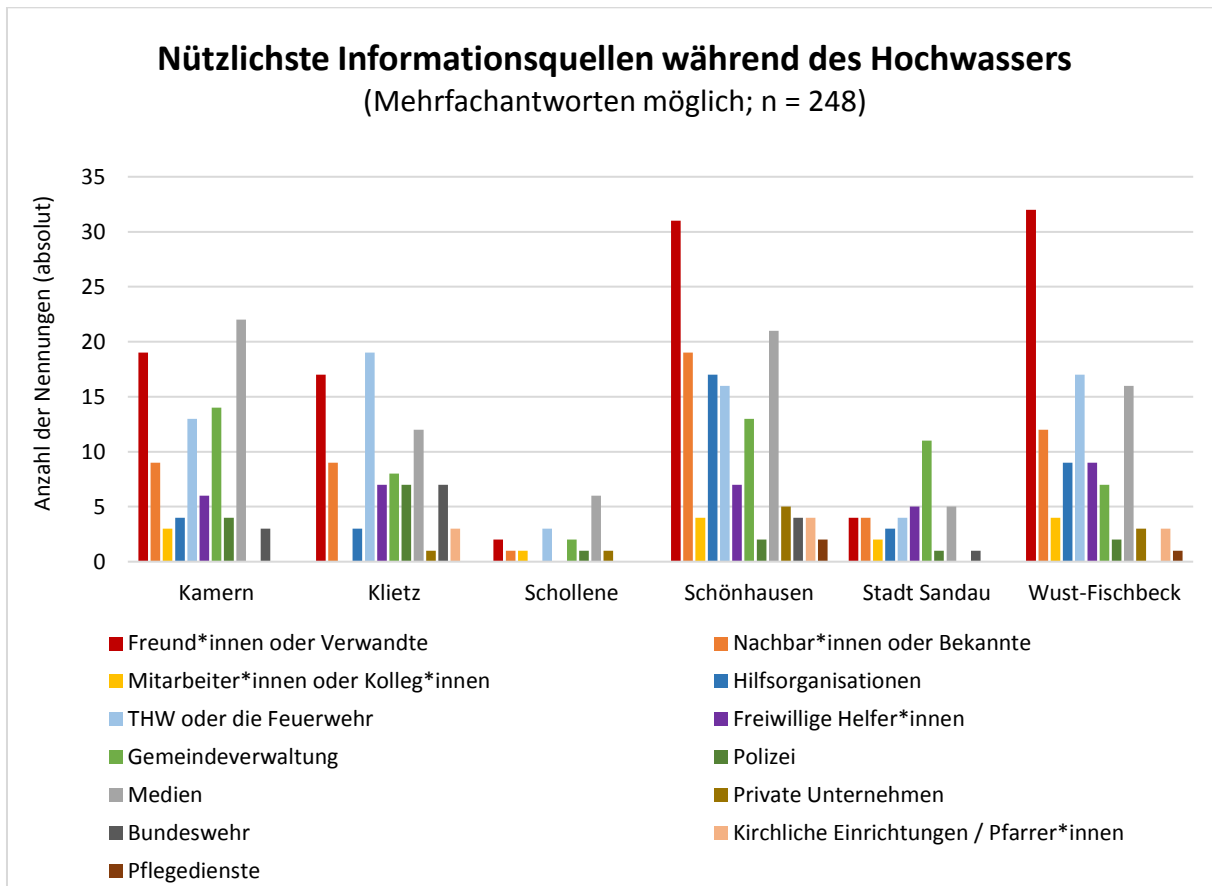


Abbildung 46: Nützlichste Informationsquellen während des Hochwassers (nach Gemeinden)

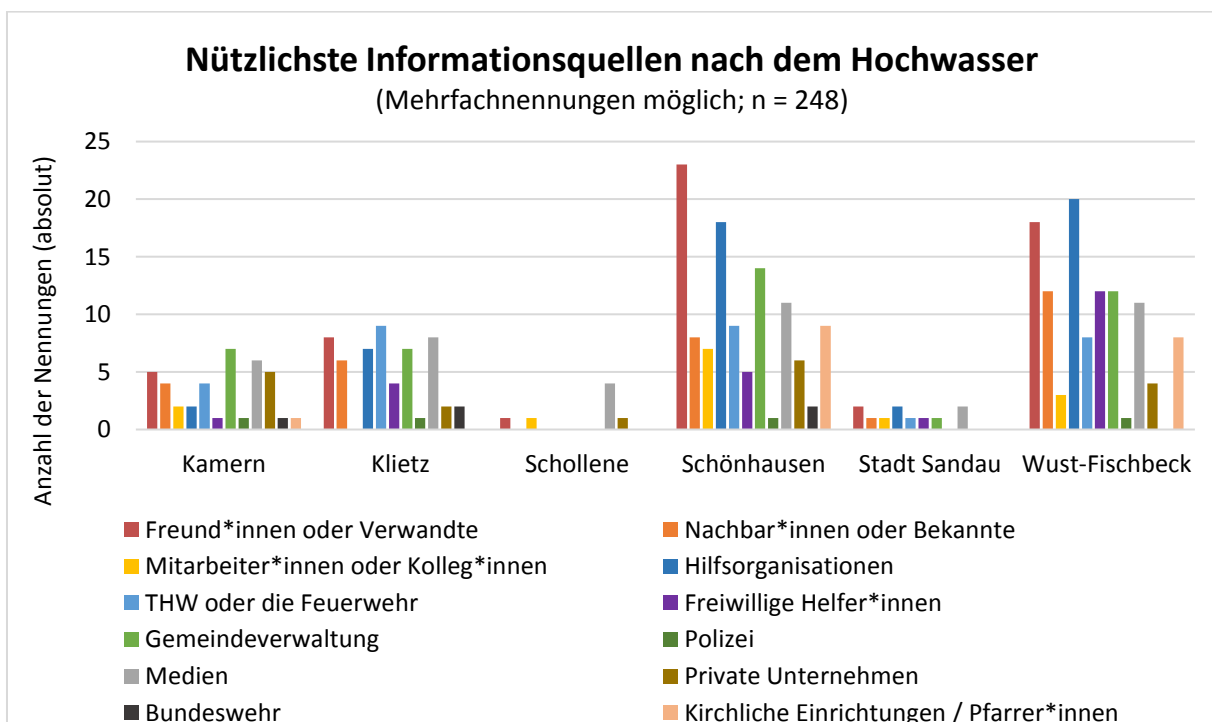


Abbildung 47: Nützlichste Informationsquellen nach dem Hochwasser (nach Gemeinden)

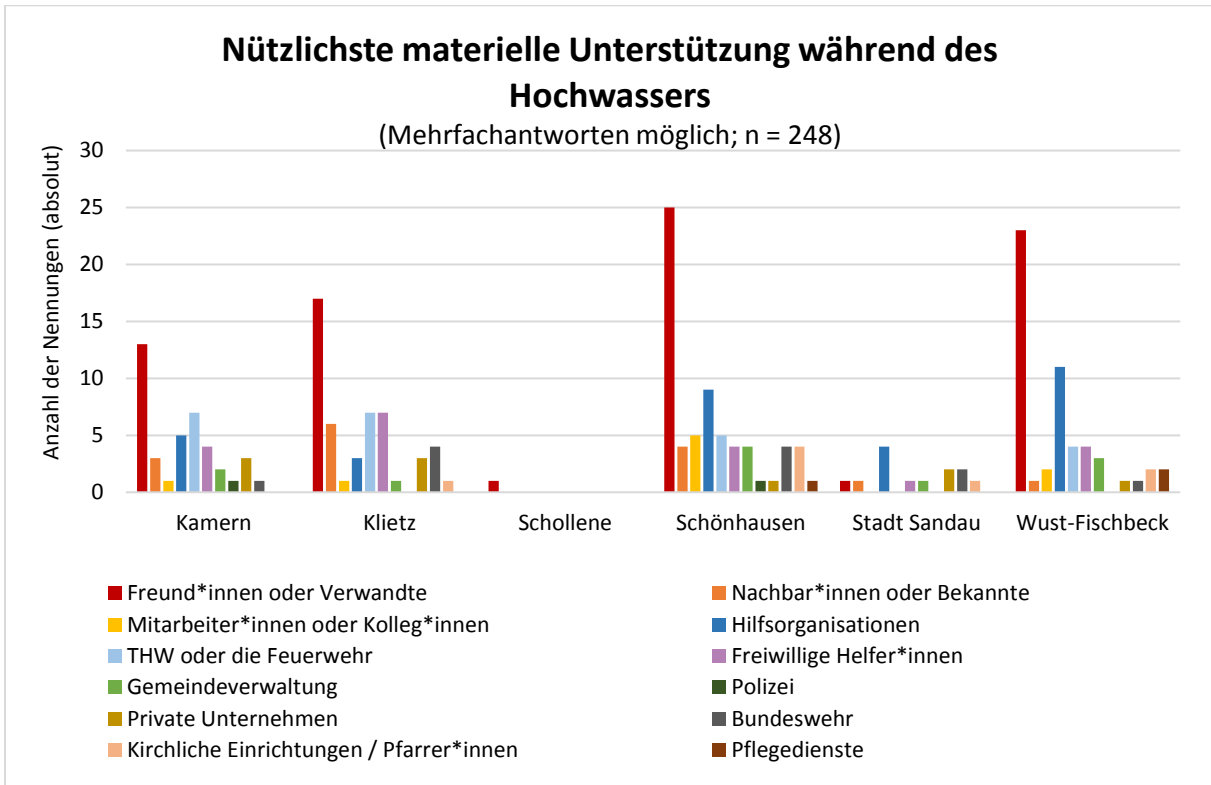


Abbildung 48: Nützlichste materielle Unterstützung während des Hochwassers (nach Gemeinden)

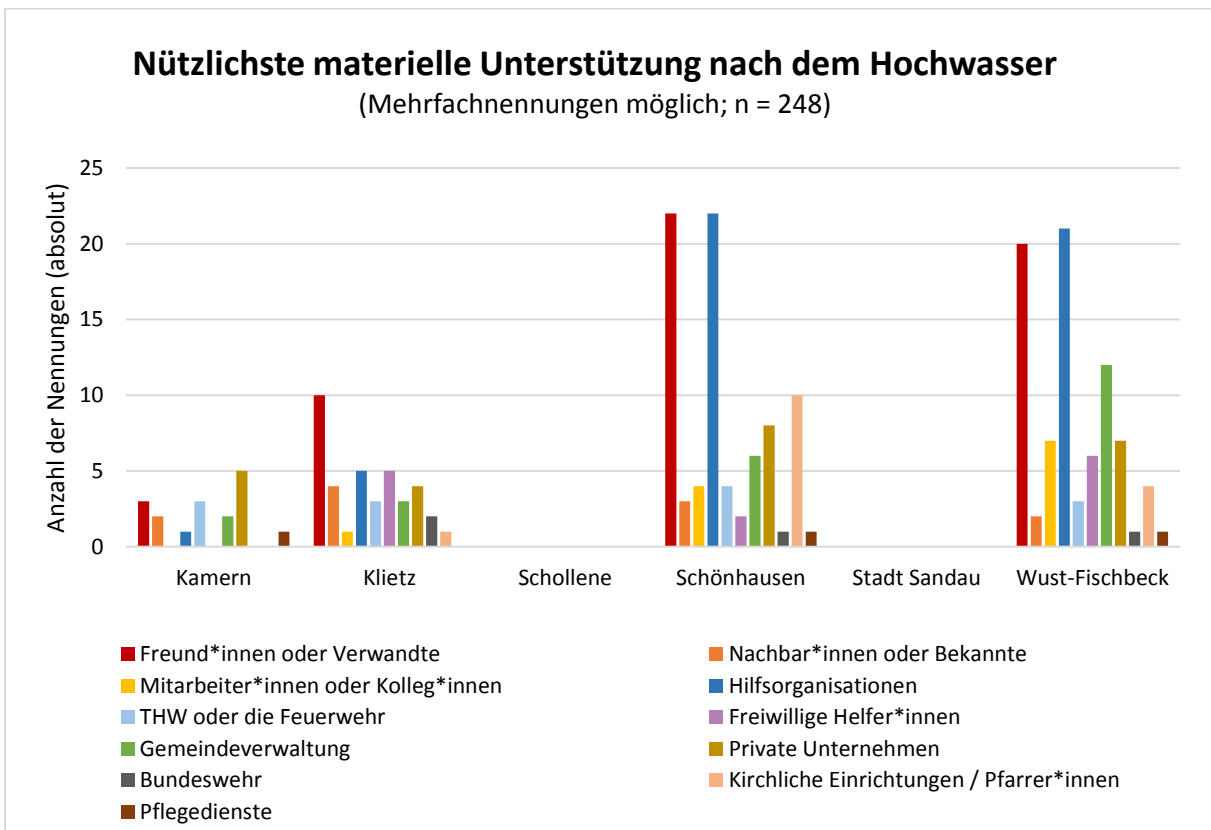


Abbildung 49: Nützlichste materielle Unterstützung nach dem Hochwasser (nach Gemeinden)

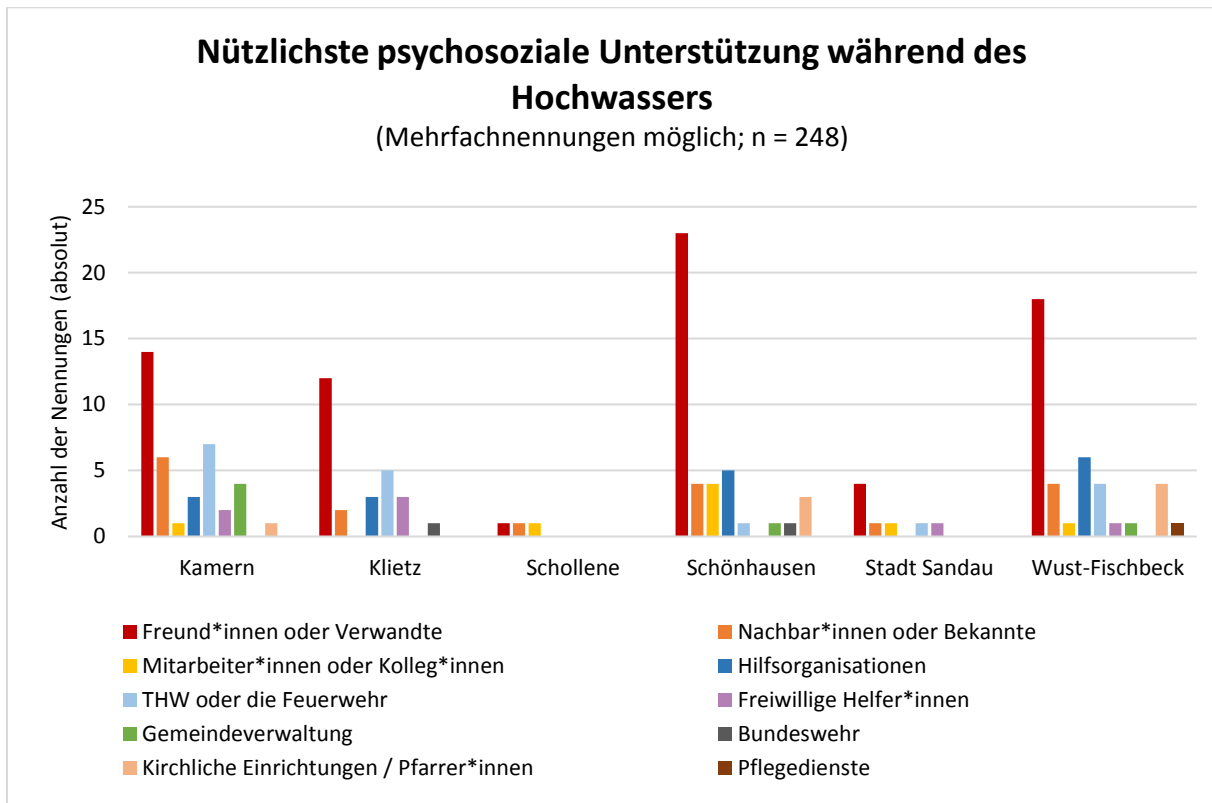


Abbildung 50: Nützlichste psychosoziale Unterstützung während des Hochwassers (nach Gemeinden)

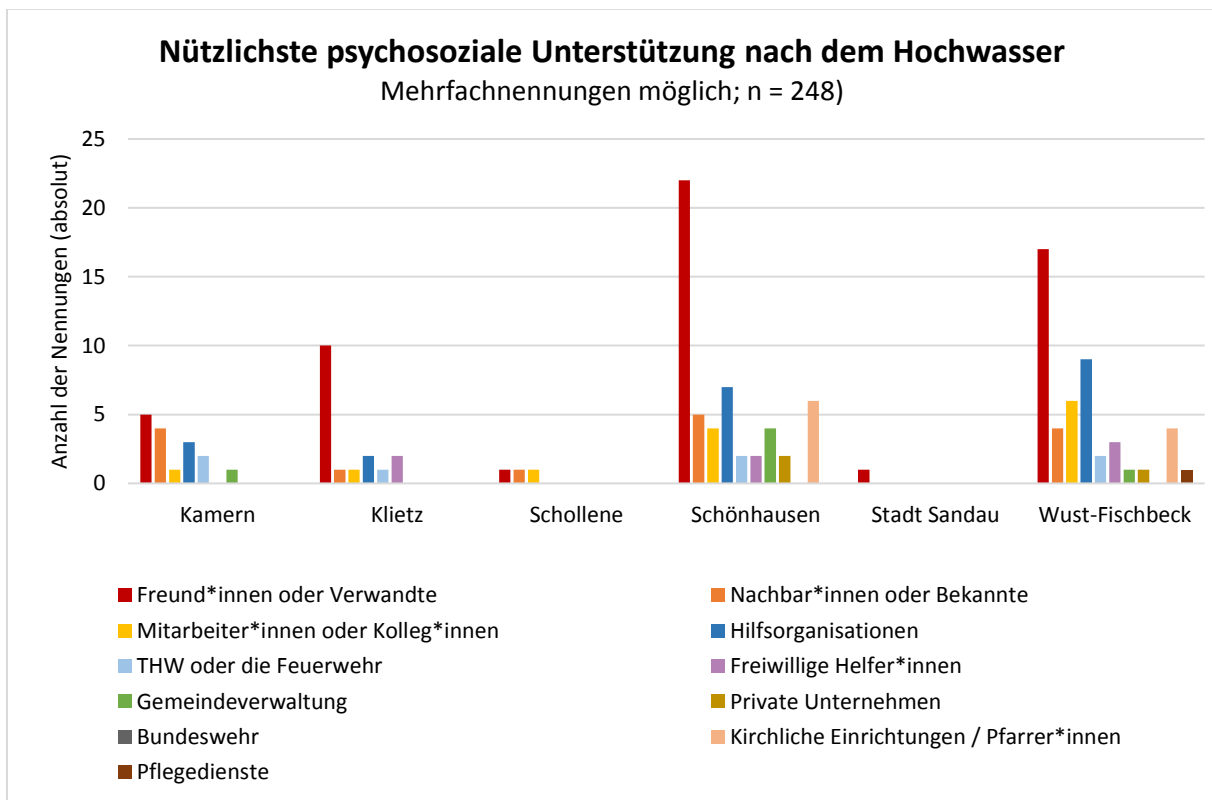


Abbildung 51: Nützlichste psychosoziale Unterstützung nach dem Hochwasser (nach Gemeinden)

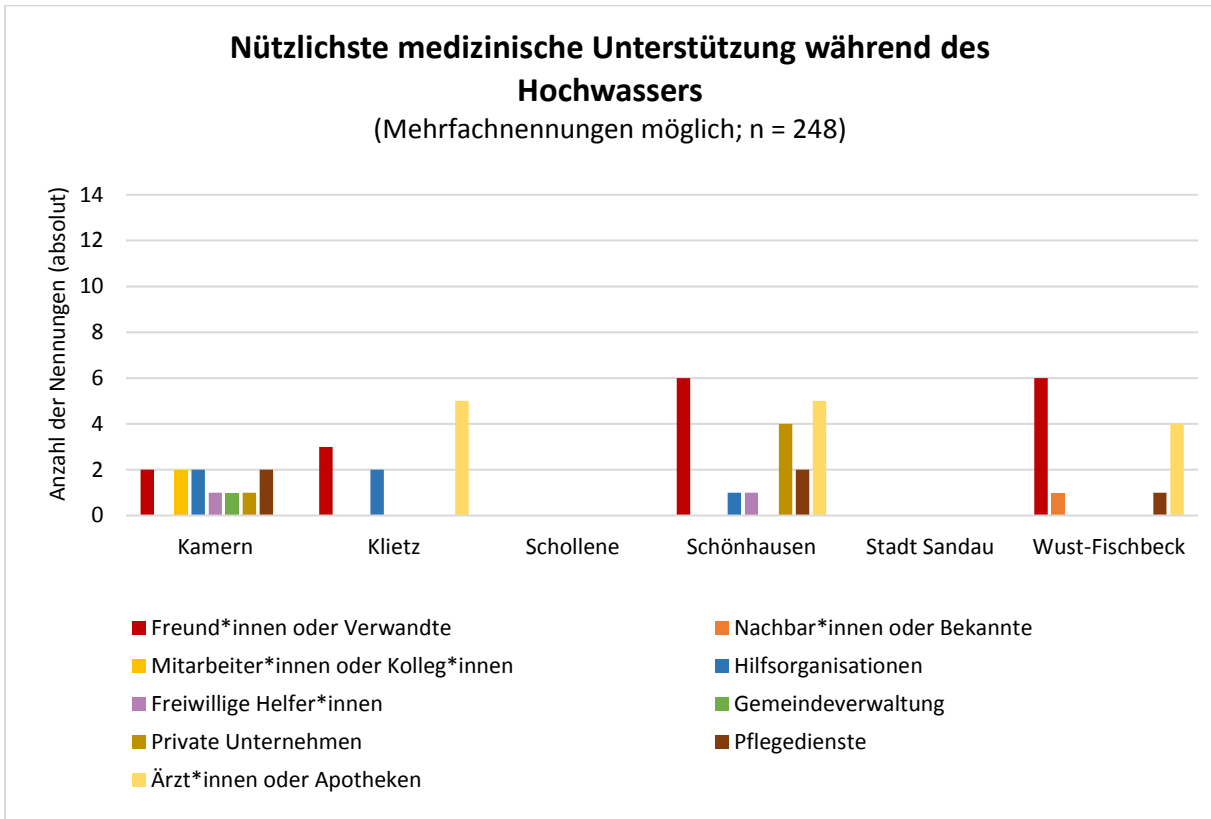


Abbildung 52: Nützlichste medizinische Unterstützung während des Hochwassers (nach Gemeinden)

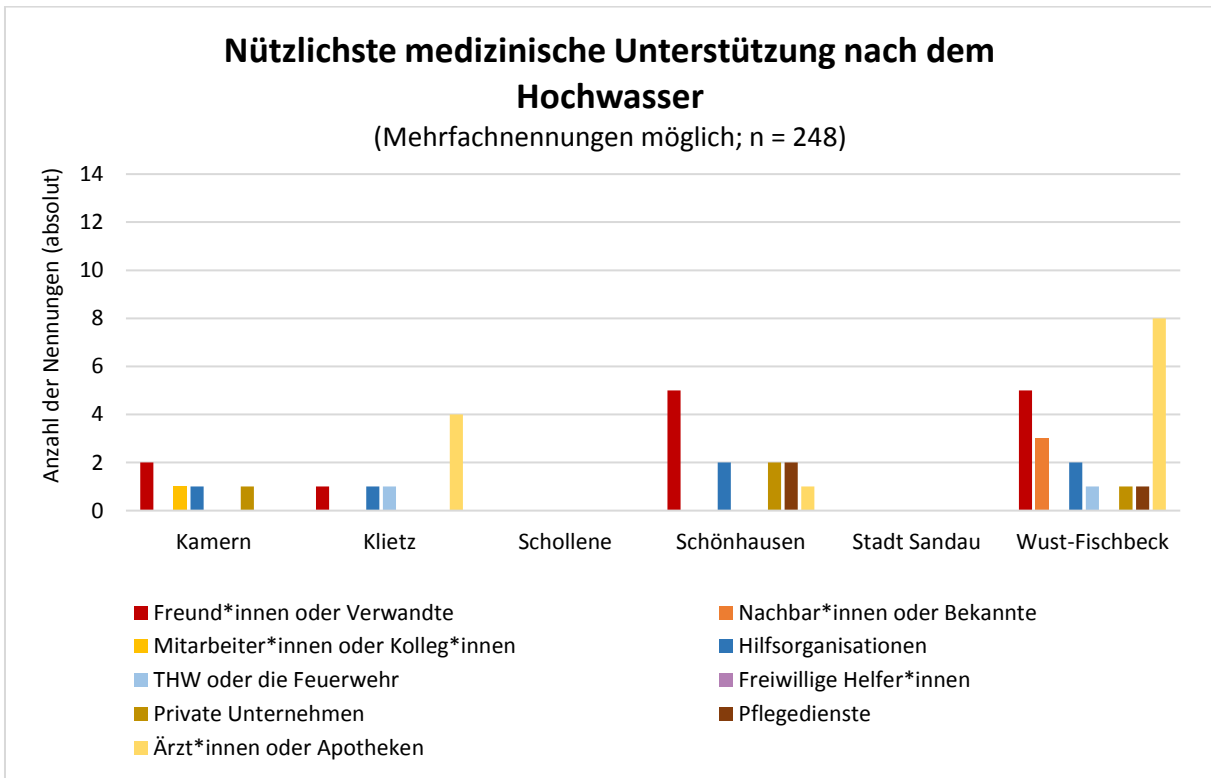


Abbildung 53: Nützlichste medizinische Unterstützung nach dem Hochwasser (nach Gemeinden)

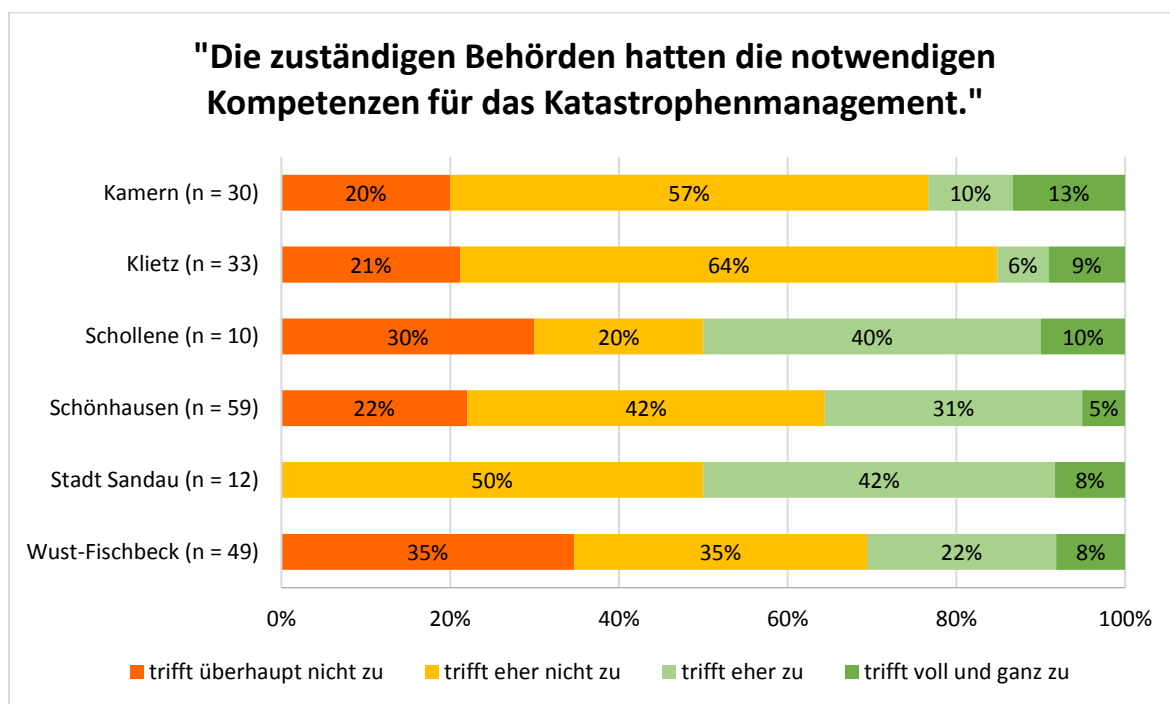


Abbildung 54: Einschätzung der Behördenkompetenz in der Katastrophe (nach Gemeinden)

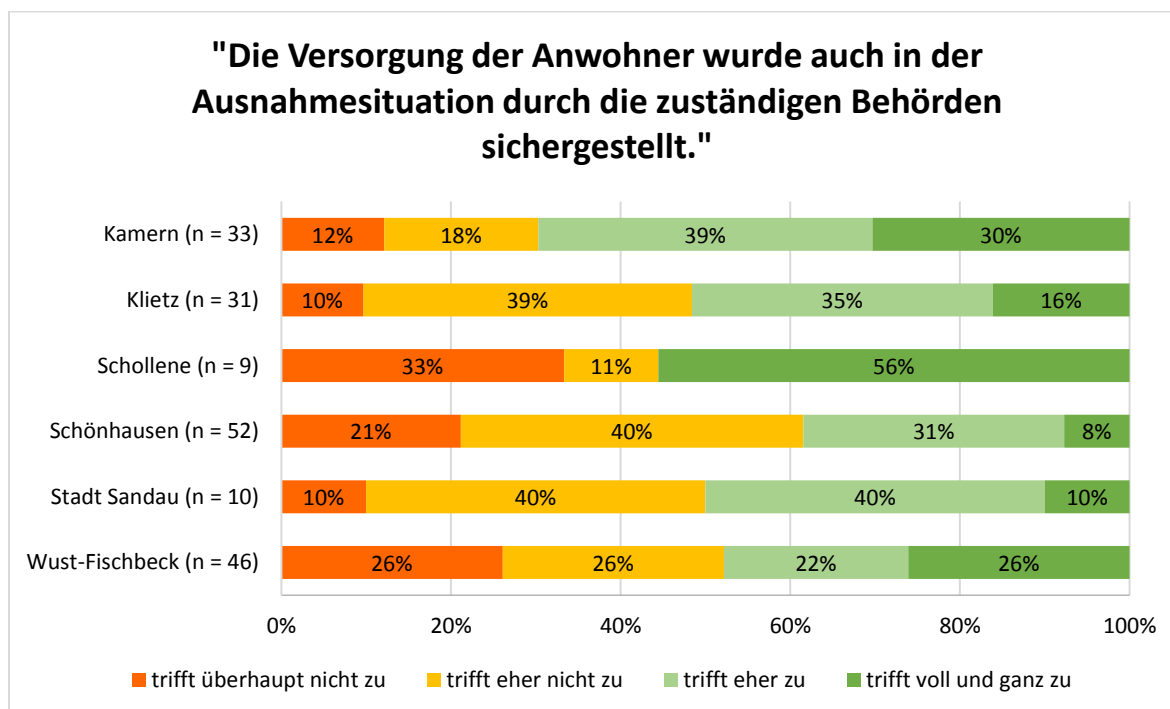


Abbildung 55: Einschätzung der Versorgung durch Behörden in der Katastrophe (nach Gemeinden)

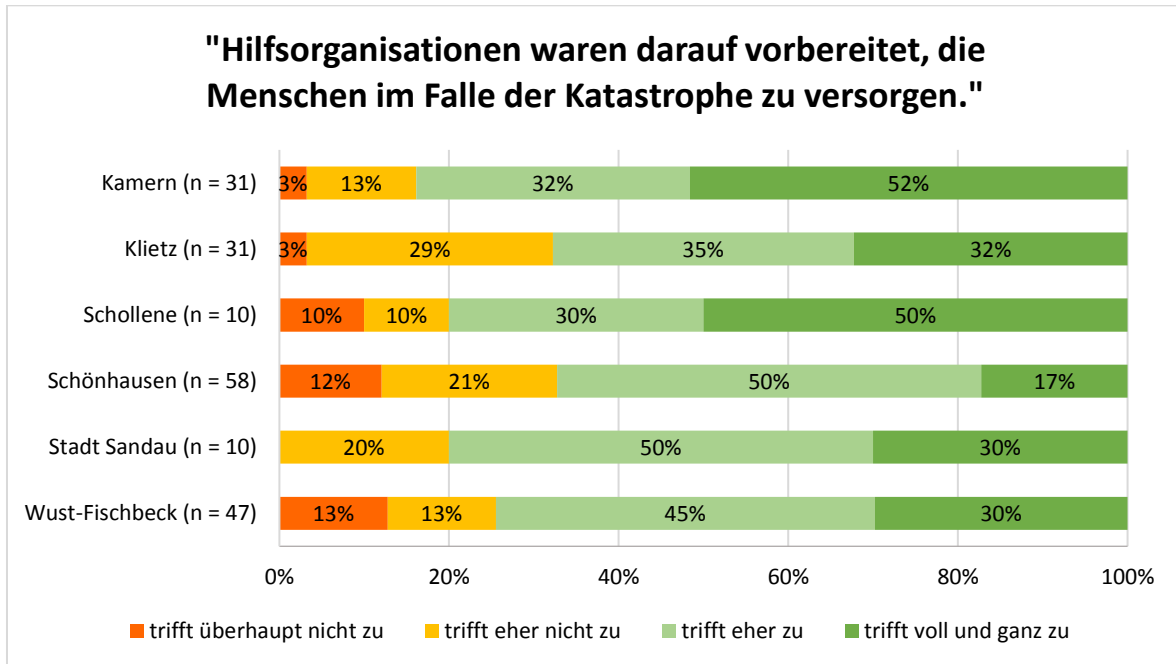


Abbildung 56: Einschätzung der Vorbereitung der Hilfsorganisationen (nach Gemeinden)

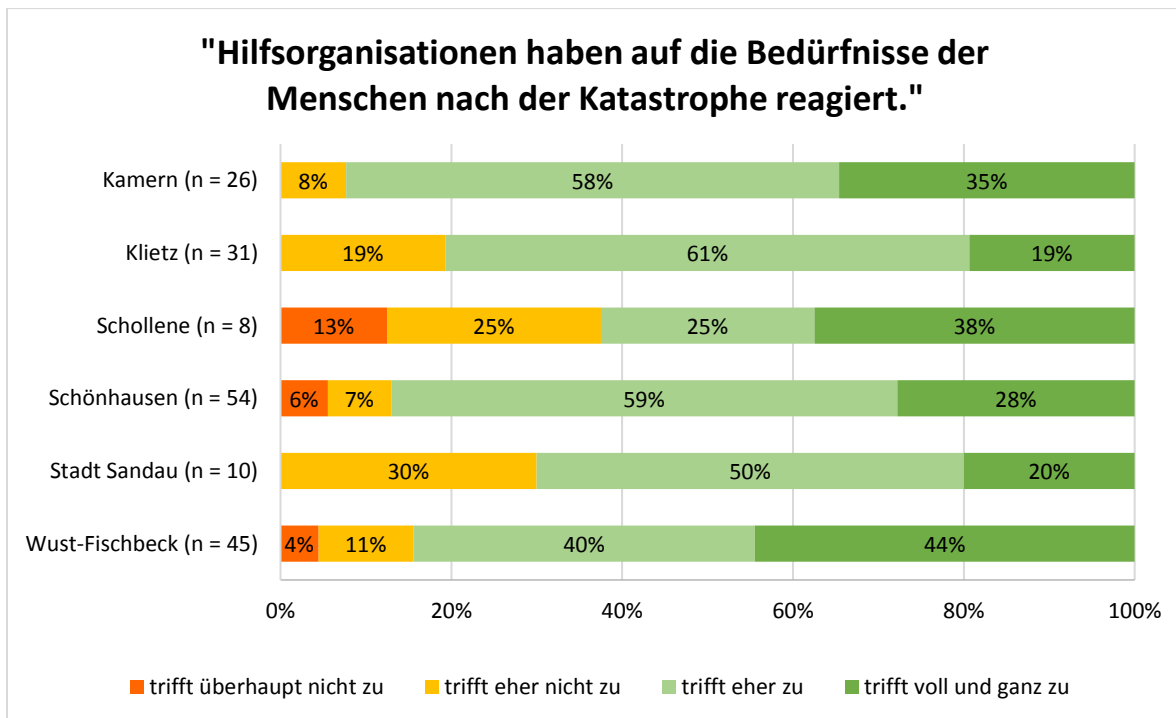


Abbildung 57: Einschätzung der Unterstützung durch Hilfsorganisationen (nach Gemeinden)

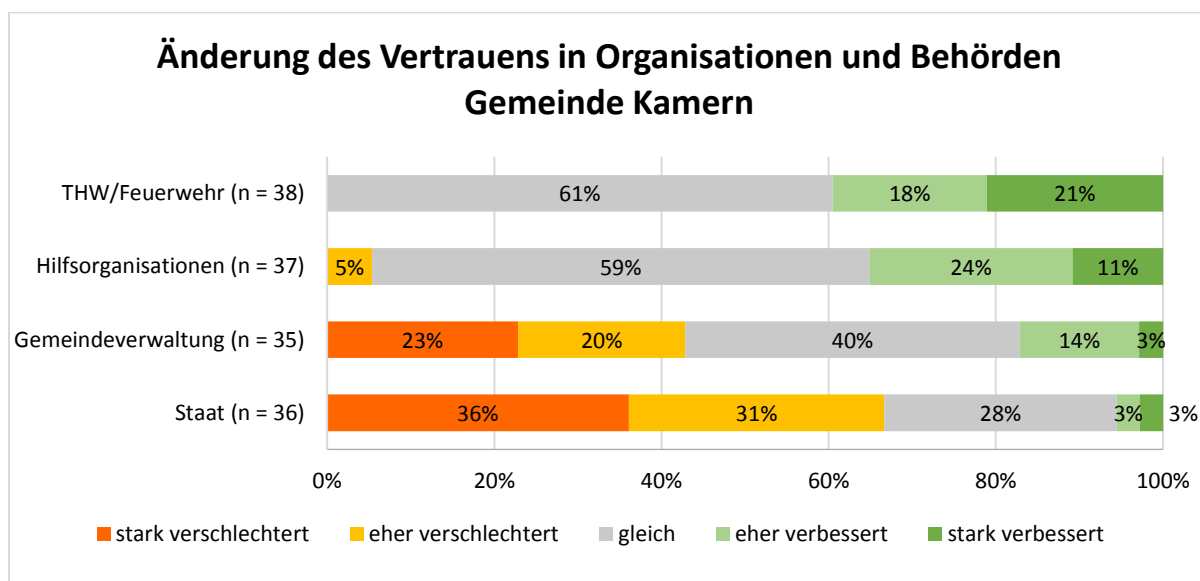


Abbildung 58: Änderung des Vertrauens in Organisationen und Behörden (Kamern)

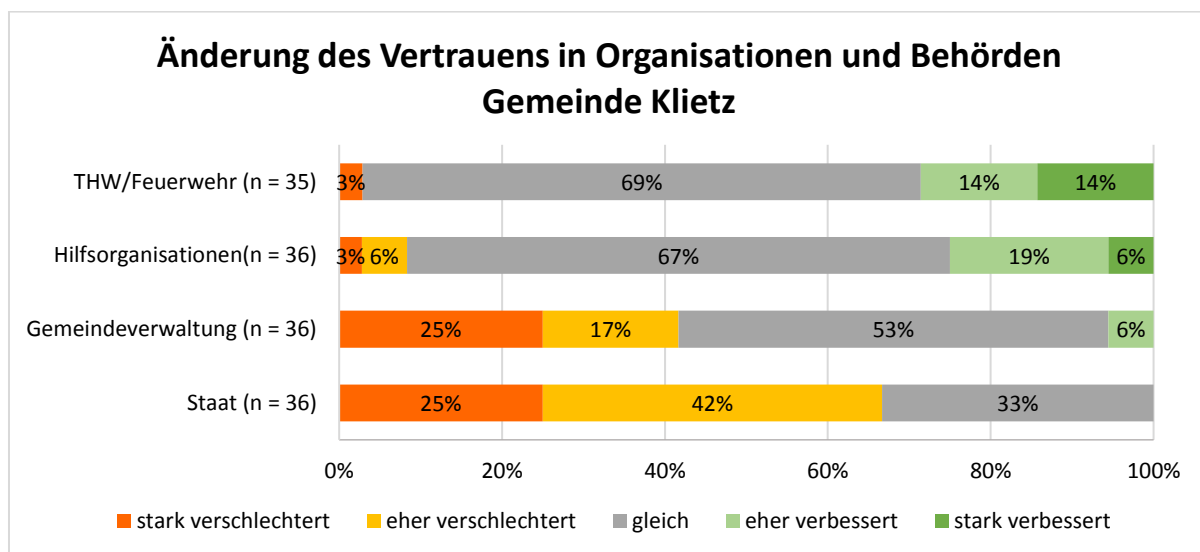


Abbildung 59: Änderung des Vertrauens in Organisationen und Behörden (Klietz)

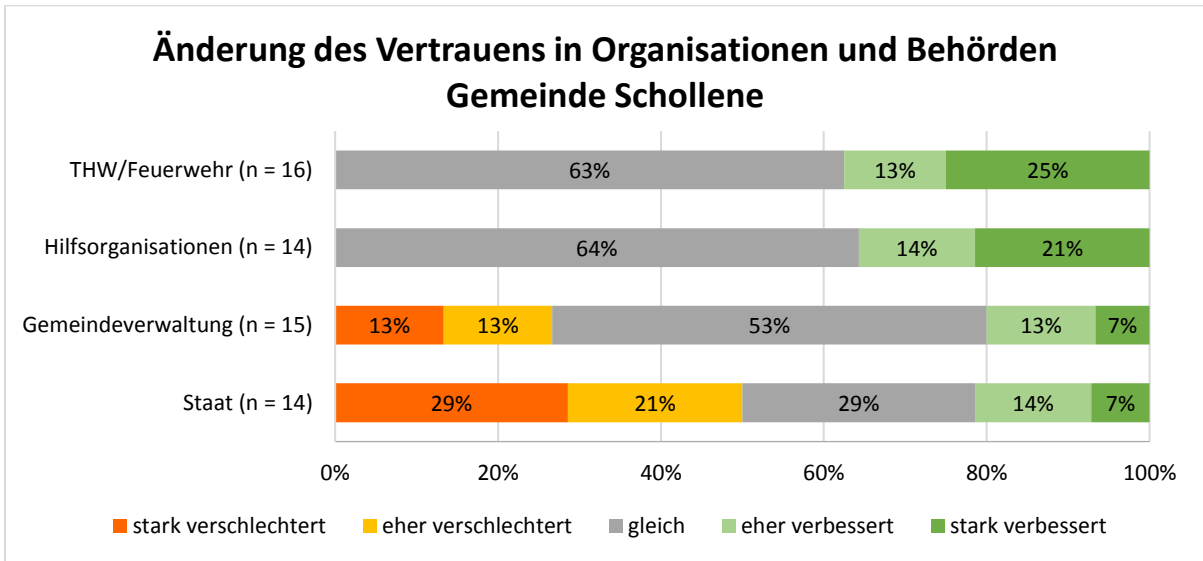


Abbildung 60: Änderung des Vertrauens in Organisationen und Behörden (Schollene)

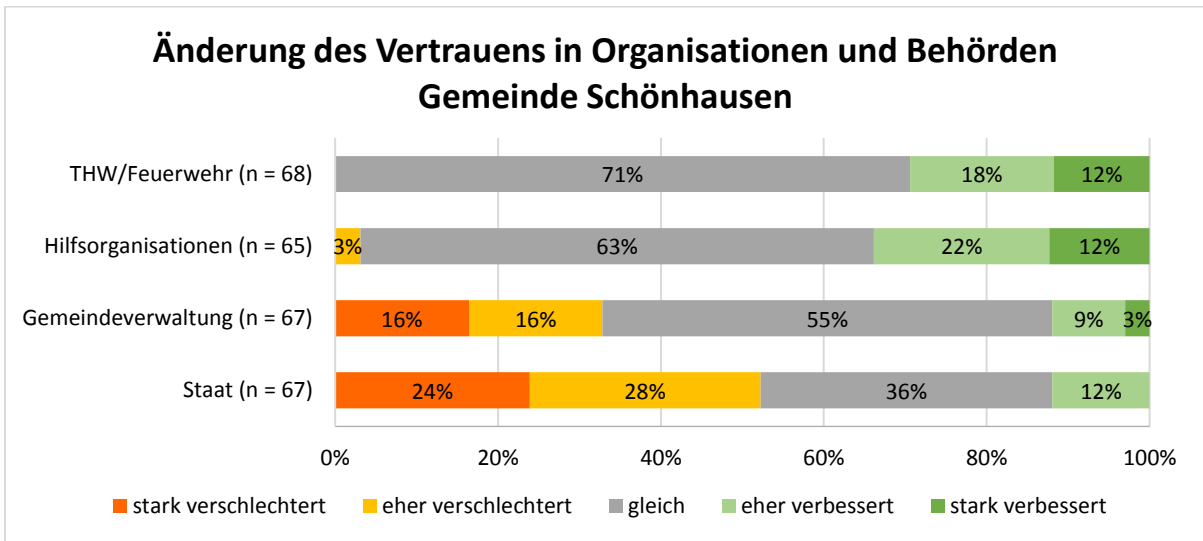


Abbildung 61: Änderung des Vertrauens in Organisationen und Behörden (Schönehausen)

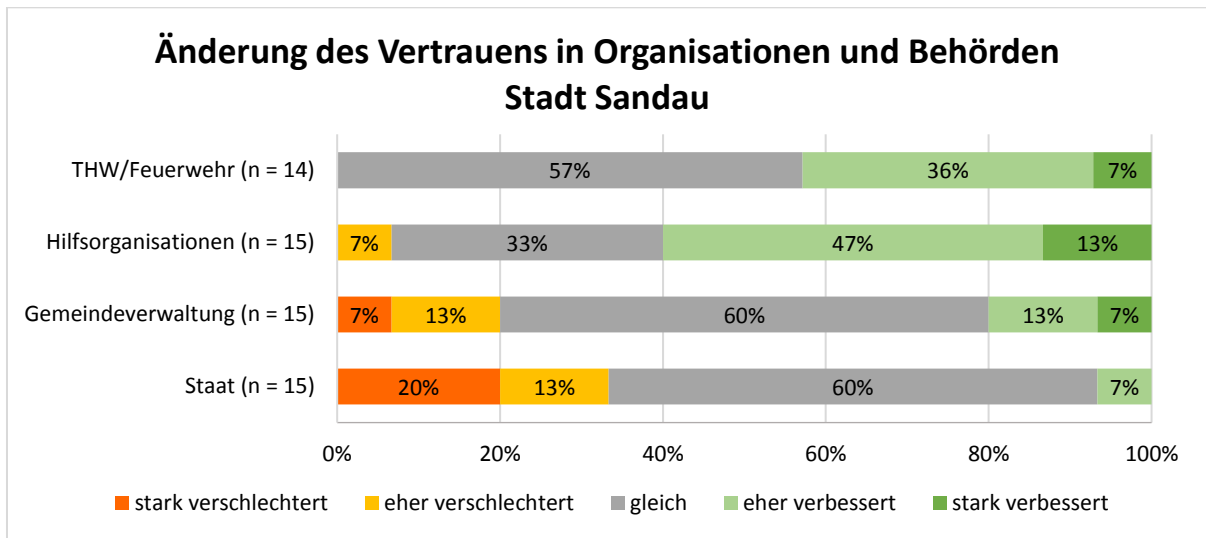


Abbildung 62: Änderung des Vertrauens in Organisationen und Behörden (Stadt Sandau)

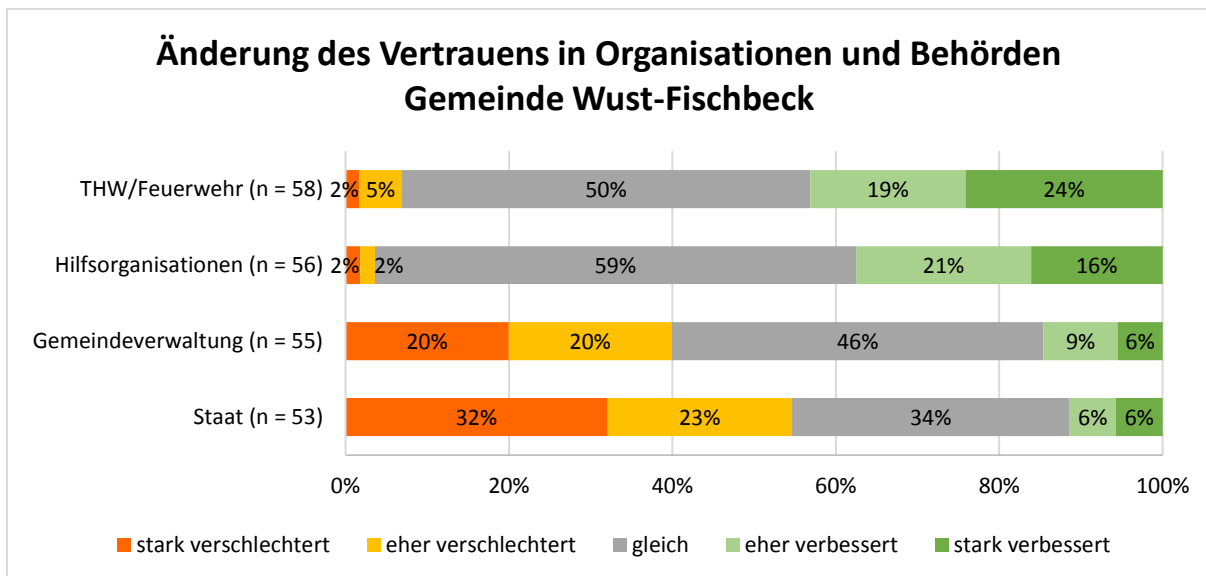


Abbildung 63: Änderung des Vertrauens in Organisationen und Behörden (Wust-Fischbeck)

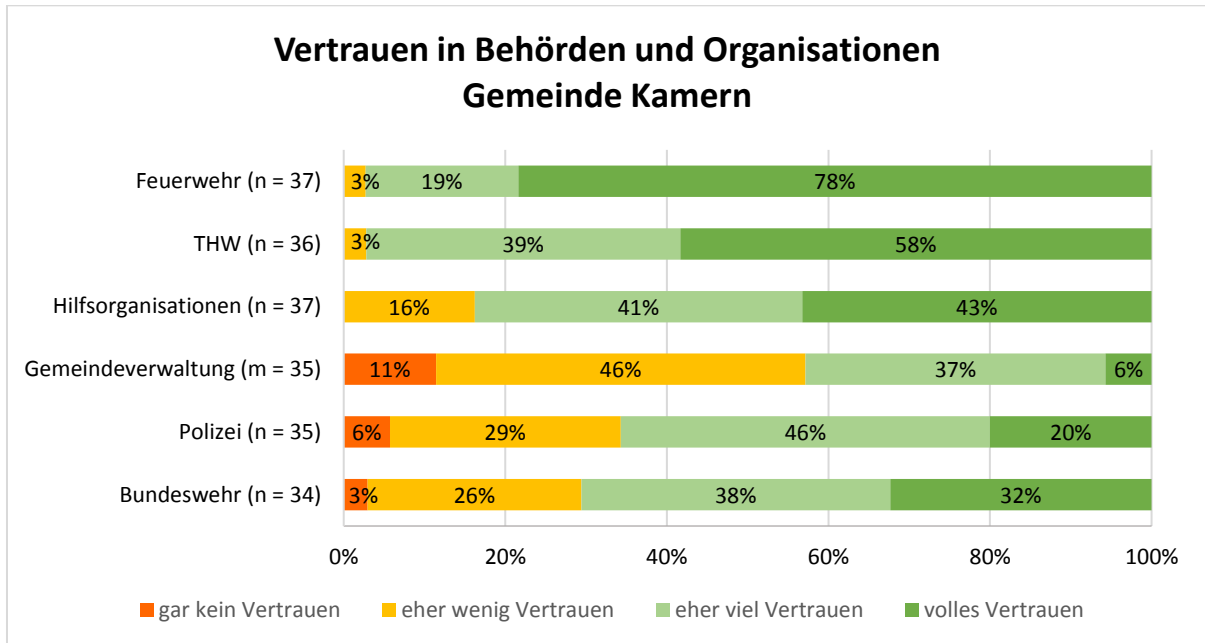


Abbildung 64: Vertrauen in Behörden und Organisationen (Kamern)

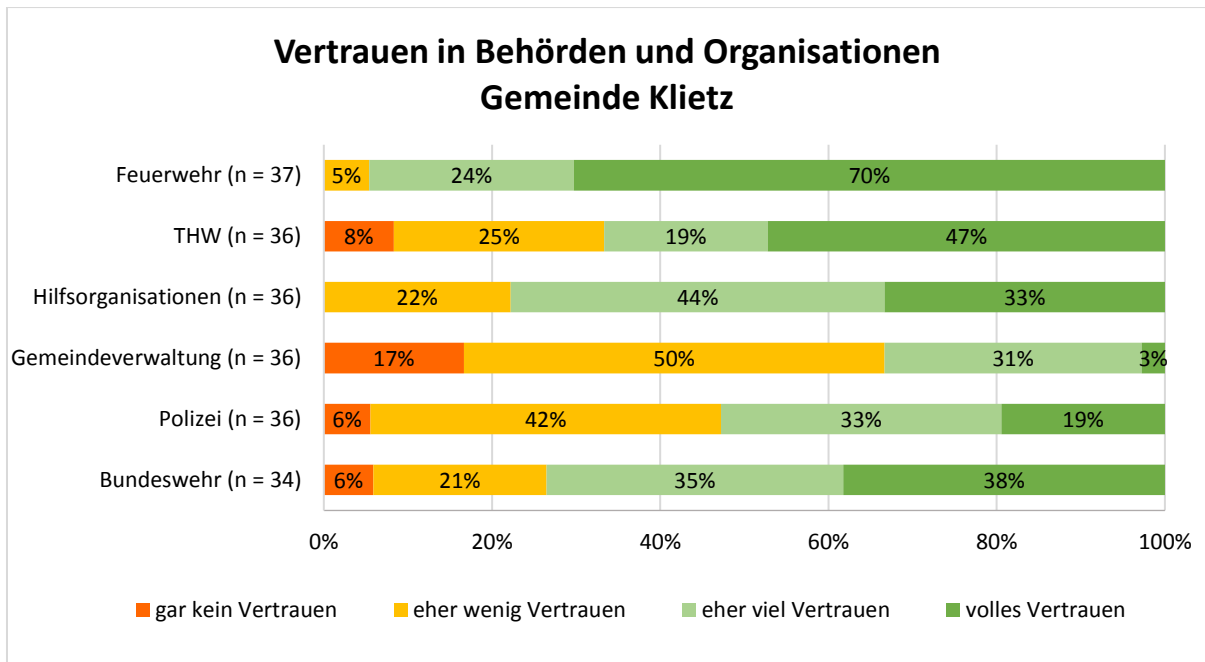


Abbildung 65: Vertrauen in Behörden und Organisationen (Kletz)

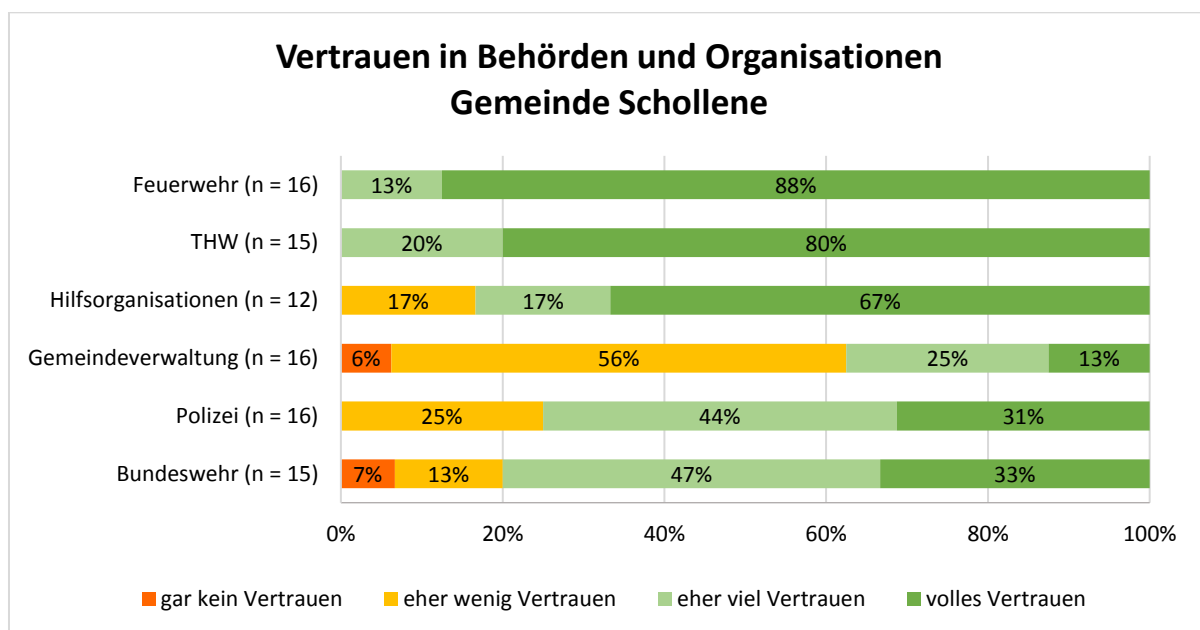


Abbildung 66: Vertrauen in Behörden und Organisationen (Schollene)

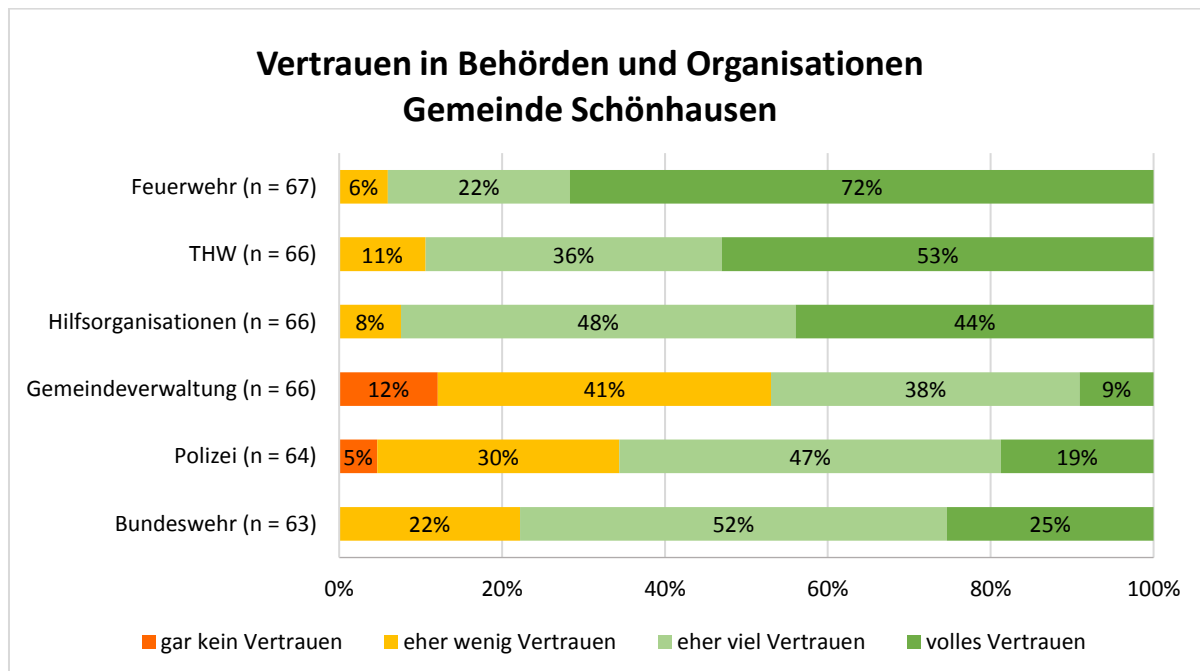


Abbildung 67: Vertrauen in Behörden und Organisationen (Schönhausen)

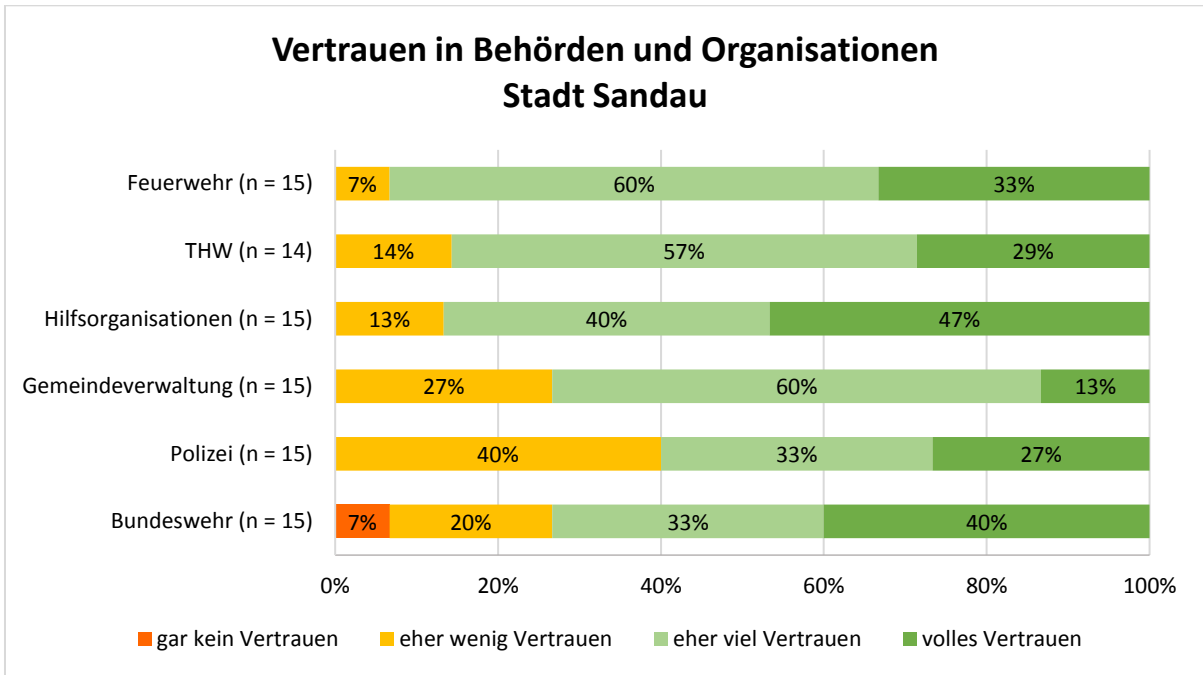


Abbildung 68: Vertrauen in Behörden und Organisationen (Stadt Sandau)

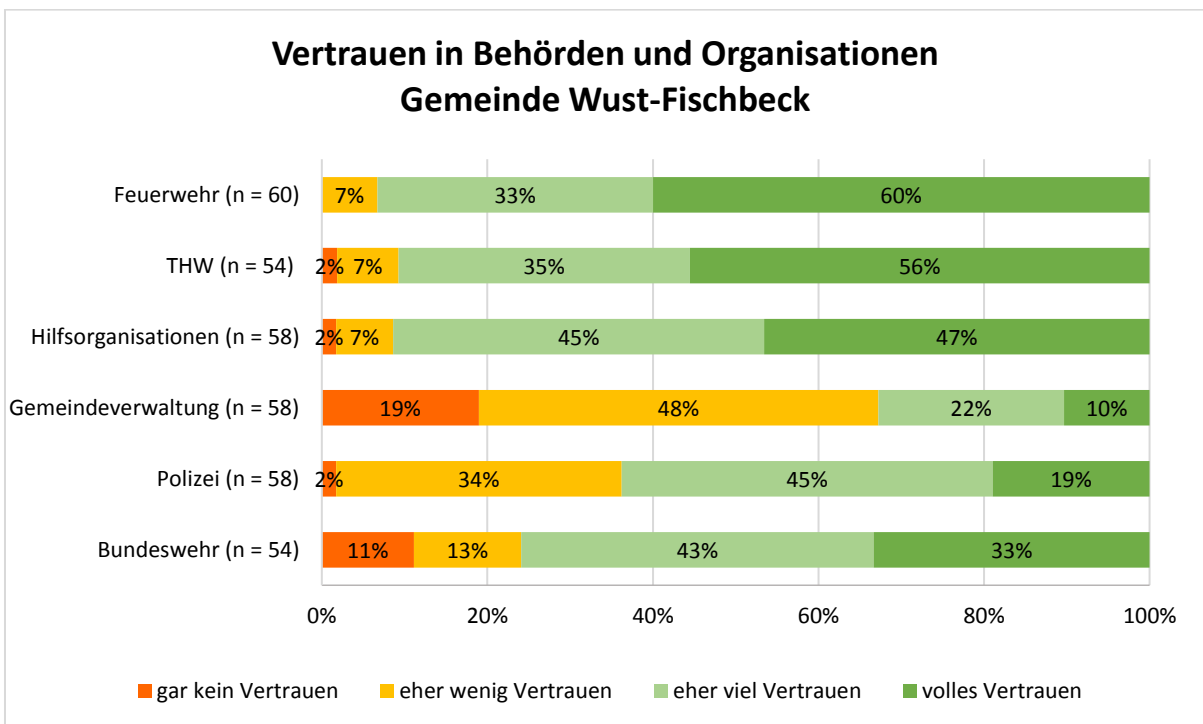


Abbildung 69: Vertrauen in Behörden und Organisationen (Wust-Fischbeck)

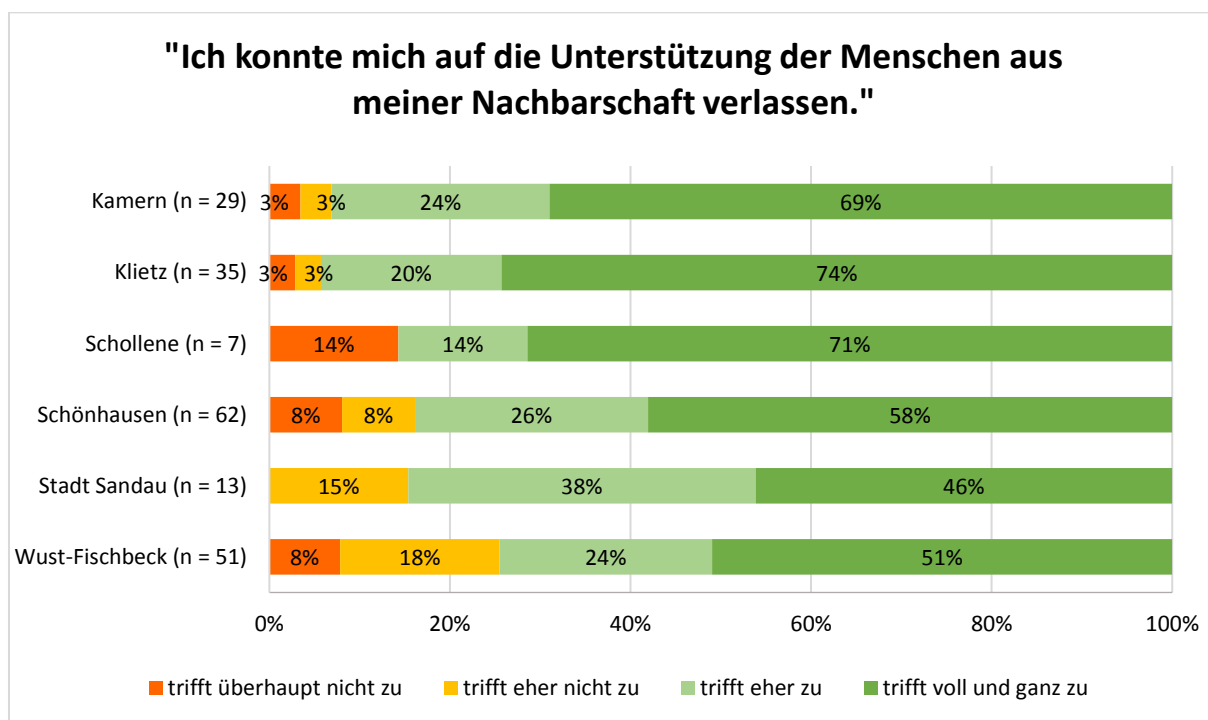


Abbildung 70: Einschätzung der Unterstützung durch die Nachbarschaft (nach Gemeinden)

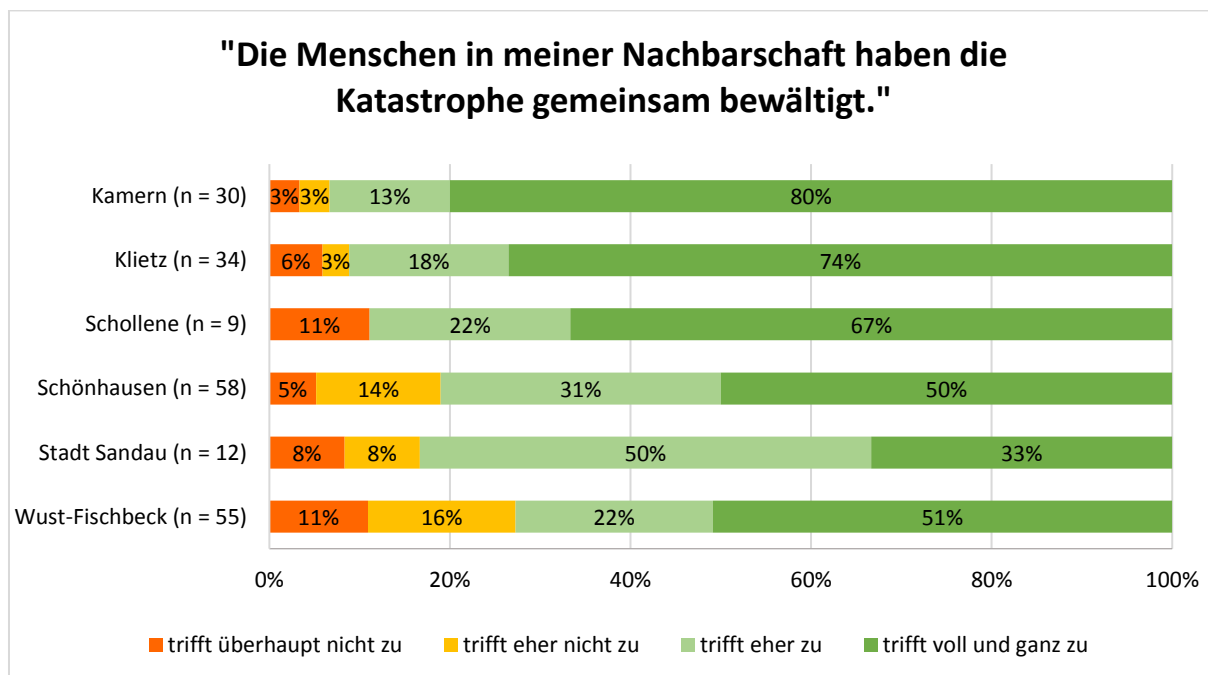


Abbildung 71: Einschätzung der Katastrophenbewältigung in der Nachbarschaft (nach Gemeinden)

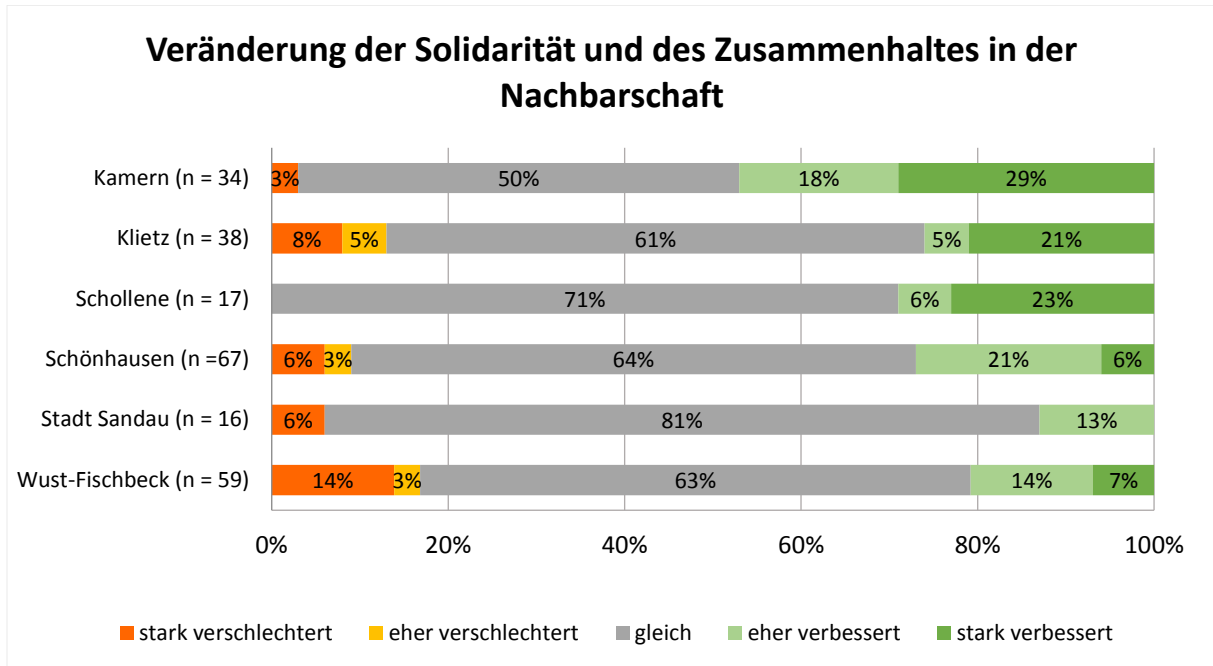


Abbildung 72: Veränderung der Solidarität nach dem Hochwasser (nach Gemeinden)

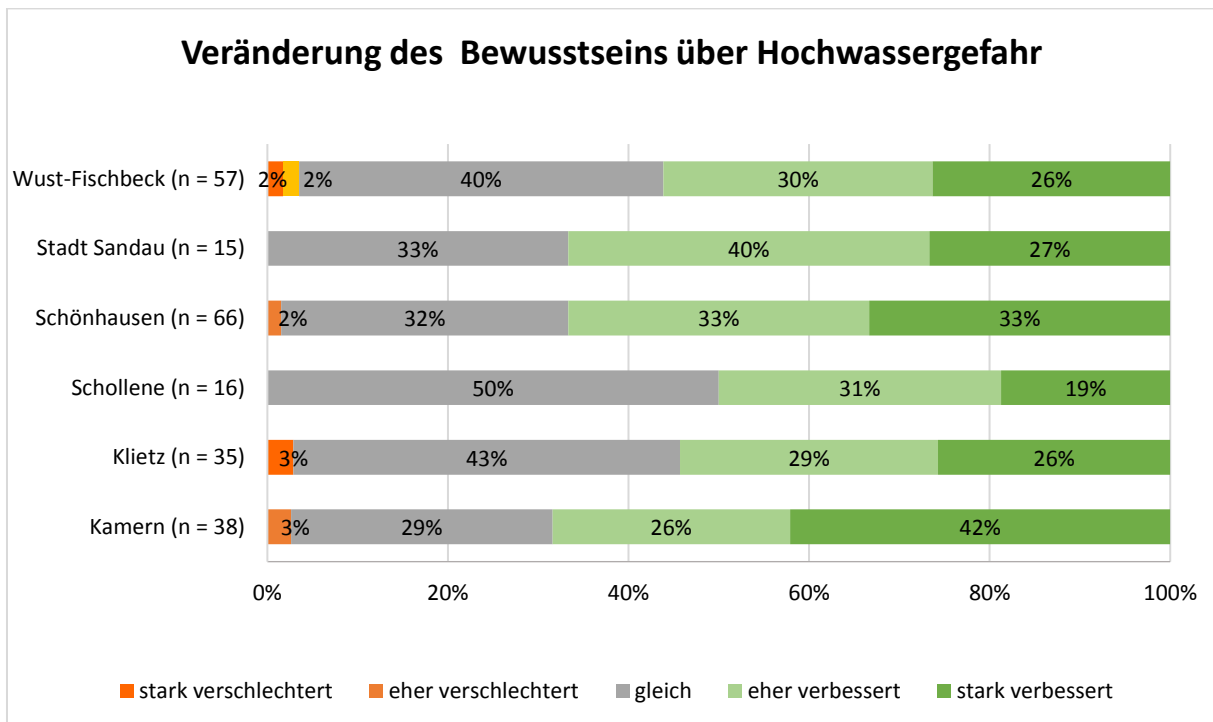


Abbildung 73: Veränderung des Bewusstseins über Hochwassergefahr (nach Gemeinden)

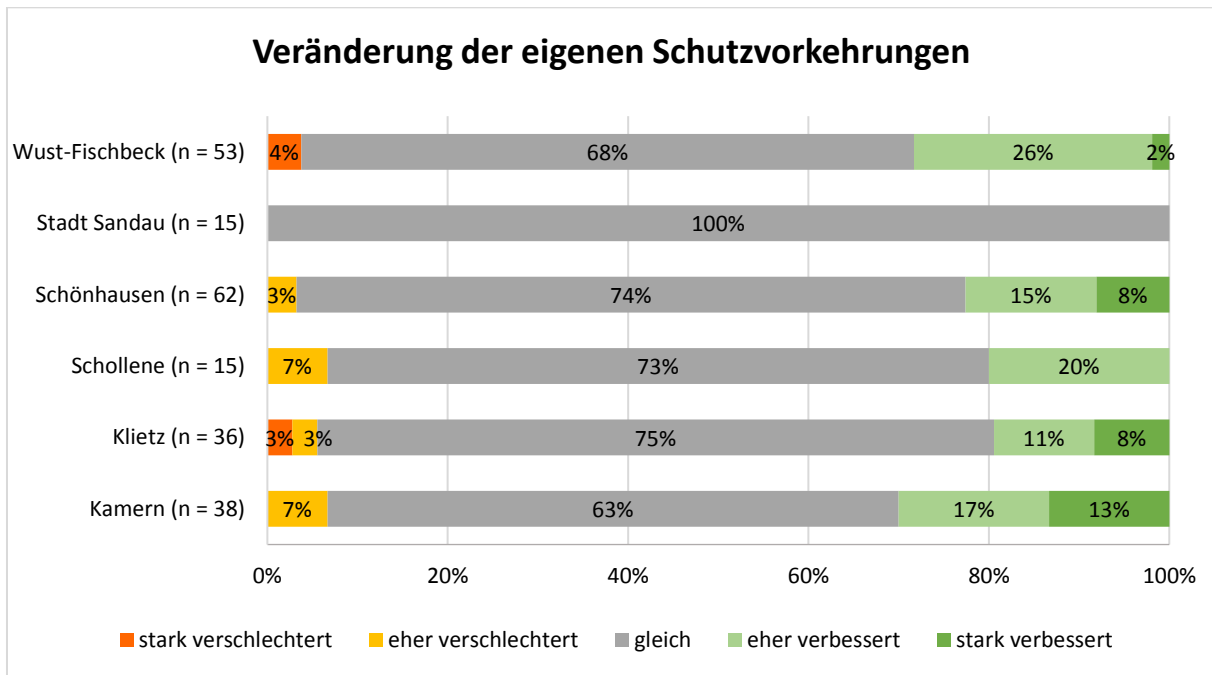


Abbildung 74: Veränderung der eigenen Schutzvorkehrungen (nach Gemeinden)

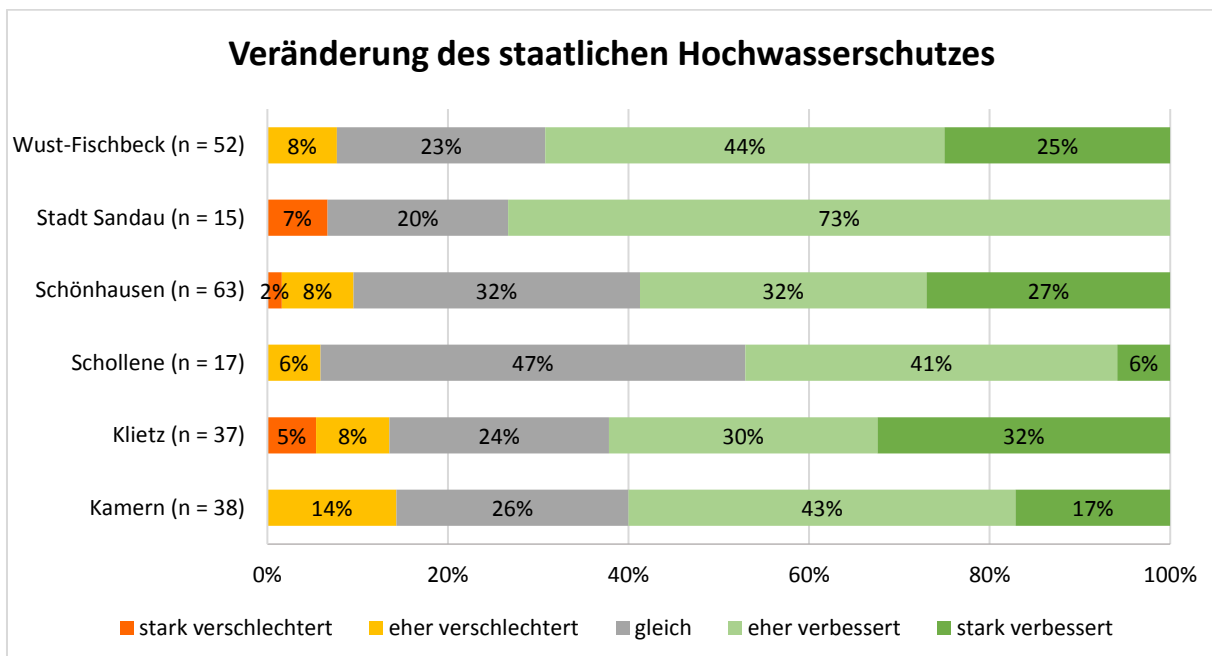


Abbildung 75: Veränderung des staatlichen Hochwasserschutzes (nach Gemeinden)

Literaturverzeichnis

- Dittmer, C.; Lorenz, D.F.; Reiter, J.; Wenzel, B.; Voss, M. (2016): Drei Jahre nach dem Deichbruch – Über die Gegenwart einer nicht abgeschlossenen Katastrophe. In: *Notfallvorsorge* 4/2016, S. 17-25.
- Landesregierung Sachsen-Anhalt (2014): Bericht der Landesregierung zur Hochwasserkatastrophe 2013. Magdeburg. Online verfügbar unter http://www.hochwasser.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/StK/Hochwasser/Dokumente/Bericht_der_Landesregierung_zur_Hochwasserkatastrophe_2013_27-05-14-incl-redakt-AEnderungen.pdf, letzter Zugriff: 15.08.2017.
- Lorenz, D.F.; Voss, M.; Wenzel, B. (2015): Zur Katastrophenstatistik in Deutschland – eine (katastrophensoziologische) Bestandsaufnahme. In: Haferkamp, R. und Arnold, H. (Hg.): Subjektive und objektivierte Bedingungen von (Un-)Sicherheit. Studien zum Barometer Sicherheit in Deutschland (BaSiD). Berlin: Duncker & Humblot, S. 87-115.
- Reiter, J.; Lorenz, D.F.; Dittmer, C.; Voss, M. (2017): Vulnerabilität aus der Perspektive der sozialwissenschaftlichen Katastrophenforschung. In: Deutsches Rotes Kreuz e.V. (Hg.): Stärkung von Resilienz durch den Betreuungsdienst – Teil 1. Wissenschaftliche Erkenntnisse zu Bedingungen für einen zukunftsfähigen Betreuungsdienst, Schriftenreihe der Forschung 4. Berlin: DRK-Service GmbH, S. 22-24.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2014): Zensus 2011. Bevölkerung und Haushalte. Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land am 9. Mai 2011. Halle/Saale. Online verfügbar unter <http://digital.bibliothek.uni-halle.de/pe/download/pdf/2124333?originalFilename=true>, letzter Zugriff: 15.08.2017
- Wenzel, B.; Reiter, J.; Dittmer, C.; Lorenz, D.F.; Voss, M. (2016): The Harmonization of People's Needs and Professional NGO Assistance. The Case of Flooding in Germany. In: Ghafory-Ashtiany, M.; Izadkhah, Y.O. and Parsizadeh, F. (Hg.): Proceedings of Extended Abstracts. 7th International Conference on Integrated Disaster Risk Management. Disasters and Development: Towards a Risk Aware Society. Teheran: IDRiM, pp. 171-172.

Impressum

Titel

Das Hochwasser 2013 im Elbe-Havel-Land aus Sicht der Bevölkerung. Forschungsbericht zur quantitativen Datenerhebung

Herausgeber

Prof. Dr. Martin Voss
Katastrophenforschungsstelle (KFS)
Freie Universität Berlin
FB Politik- und Sozialwissenschaften
Carl-Heinrich-Becker-Weg 6-10
12165 Berlin

Titelfoto

Daniel F. Lorenz, KFS

Die Autor*innen

Jessica Reiter, Dr. Bettina Wenzel, Dr. Cordula Dittmer und Daniel F. Lorenz sind wissenschaftliche Mitarbeiter*innen der Katastrophenforschungsstelle (KFS) der Freien Universität Berlin im Projekt „TIV-Milieu“ im Verbund INVOLVE. Das Teilprojekt wird von Prof. Dr. Martin Voss geleitet.

Der Bericht entstand unter Mitwirkung von Anke Desch, Laura Fischer und Anjuli Weigelt.

Danksagung

Die Autor*innen möchten an dieser Stelle allen Unterstützer*innen ihren Dank aussprechen, die bei der Durchführung der Befragung und Aufarbeitung der Daten mitgewirkt haben.

Ein besonderer Dank gilt allen Bewohner*innen von Elbe-Havel-Land, die im Rahmen der Befragung ihre Erfahrungen geteilt haben und somit wertvolle Perspektiven auf die Katastrophe und Herausforderungen bei der Bewältigung ermöglichten, ohne die eine adäquate Verbesserung von Hilfeleistungen im Katastrophenschutz nicht möglich ist.

Ebenfalls möchten wir uns bei Anke Schleusner-Reinfeldt von der Tageszeitung Volksstimme, dem damaligen Verbandsgemeindebürgermeister Bernd Witt, sowie Beteiligten der Hochwasserschutzinitiative Elbe-Havel-Winkel bedanken, die uns mit ihrer Arbeit einen Zugang in die Region und die Kommunikation der Ergebnisse ermöglichten.

Weiterhin bedanken wir uns bei allen Expert*innen vor Ort, die durch ihre Bereitschaft zu einem Interview und zu einem Expert*innenworkshop Hintergrundwissen und Anregungen zu relevanten Themen für die Befragung geleistet haben.

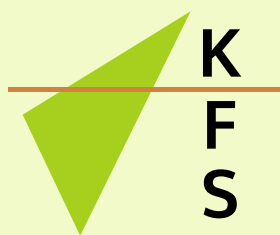
Danken möchten wir außerdem ganz herzlich den Studierenden der FU Berlin Alexander Traberth, Anjuli Weigelt, Anke Desch, Benjamin Spendrin, Laura Fischer, Lidiya Maidanova, Moritz Petri und Pascal Grohmann, die uns mit viel Engagement bei der Vorbereitung und Durchführung der Befragung unterstützt haben und ohne die insbesondere die Erhebung vor Ort nicht umsetzbar gewesen wäre.

Wir danken dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) für die Förderung der Forschungsarbeiten im Rahmen des Projektes INVOLVE.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Katastrophenforschungsstelle (KFS)
Freie Universität Berlin



<http://www.polsoz.fu-berlin.de/ethnologie/forschung/arbeitsstellen/katastrophenforschung>